

23. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. September 2000

Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung ...	1641	Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	1660
		Abg. Henkel (CDU)	1661
		Senatorin Wischer	1662
Für mehr Demokratie, Menschenrechte und Toleranz — Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt		Öffentlich geförderte Beschäftigung für ältere Langzeitarbeitslose	
Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2000 (Drucksache 15/460)		Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 4. Juli 2000 (Drucksache 15/402)	
Abg. Eckhoff (CDU)	1641	D a z u	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1643	Mitteilung des Senats vom 15. August 2000	
Abg. Isola (SPD)	1646	(Drucksache 15/421)	
Abg. Tittmann (DVU)	1648	Älter werden im Betrieb	
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1650	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. September 2000 (Drucksache 15/455)	
Abg. Tittmann (DVU)	1651	Abg. Frau Ziegert (SPD)	1664
Abg. Frau Dr. Trüpel (Bündnis 90/Die Grünen)	1651	Abg. Frau Dreyer (CDU)	1666
Abg. Tittmann (DVU)	1652	Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen)	1668
Senator Dr. Schulte	1652	Abg. Frau Ziegert (SPD)	1670
Abstimmung	1654	Staatsrat Dr. Knigge	1670
		Abstimmung	1672
Einsatz von RME (Biodiesel) aus nachwachsenden Rohstoffen		Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst	
Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 29. Juni 2000 (Drucksache 15/398)		Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2000 (Drucksache 15/379)	
D a z u		1. Lesung	
Mitteilung des Senats vom 29. August 2000		2. Lesung	
(Drucksache 15/436)			
Abg. Henkel (CDU)	1654		
Abg. Frau Wilts (SPD)	1656		
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) ..	1657		
Abg. Henkel (CDU)	1658		
Abg. Dr. Schuster (SPD)	1660		

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Bericht und Anträge des Rechtsausschusses vom 7. September 2000
(Drucksache 15/446)

Ausbildung der Rechtsreferendare absichern und verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. September 2000
(Drucksache 15/451)

Abg. Isola (SPD)	1673
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	1674
Abg. Dr. Lutz (CDU)	1676
Staatsrat Mäurer	1676
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	1677
Abstimmung	1677

Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2000
(Drucksache 15/409)

Zehn-Punkte-Programm zur Integration von Zuwanderern im Lande Bremen: Konkret handeln — gemeinsame Zukunft gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. September 2000
(Drucksache 15/447)

Staatsrat Dr. Knigge	1678
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)....	1680
Abg. Frau Iletmis (SPD)	1683
Abg. Peters (CDU)	1685
Abg. Tittmann (DVU).....	1686
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1687
Abg. Pietrzok (SPD)	1689
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	1691
Abg. Tittmann (DVU).....	1692
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)....	1692
Abstimmung	1693

Die historischen Hafengebäude im Bereich des Bremerhavener Alten/Neuen Hafens unter Denkmalschutz stellen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 1. August 2000
(Drucksache 15/413) 1694

Pflichten des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 14. August 2000
(Drucksache 15/417)

Abg. Tittmann (DVU).....	1694
Abg. Böhrnsen (SPD)	1695
Abg. Tittmann (DVU).....	1696
Abstimmung	1696

Öffentlicher Nahverkehr für Bremen und die Region

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000
(Drucksache 15/419)

Abg. Jägers (SPD)	1697
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1698
Abg. Pflugradt (CDU)	1700
Staatsrat Logemann	1701

Beschlüsse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 28. August 2000
(Drucksache 15/432)

Präsident Weber	1702
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1704
Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	1706
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	1706
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) ...	1708

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Günthner, Frau Hammerström, Frau Lemke-Schulte, Leo, Frau Marken.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Staatsrat **Dr. Böse** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit,
Jugend und Soziales)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

(A)

(C)

(B)

(D)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

Präsident Weber: Die 23. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schüler des Gymnasiums aus Osterholz-Scharmbeck.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz — Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2000, Drucksache 15/460.

Wie schon interfraktionell vereinbart, schlage ich Ihnen vor, diesen Antrag gleich zu Beginn der heutigen Sitzung aufzurufen.

Ich höre keinen Widerspruch. — Dann werden wir so verfahren.

(B) Nachträglich wurde vereinbart, die Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit der Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst befassen, heute zu Beginn der Nachmittagssitzung aufzurufen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Für mehr Demokratie, Menschenrechte und Toleranz — Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2000 (Drucksache 15/460)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Schulte, ihm beigeordnet Staatsrat Dr. Böse und Staatsrat Dr. Knigge.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Eckhoff.

Abg. **Eckhoff** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für Demokratie, Menschenrechte und Toleranz — Gegen Menschenverachtung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, so ist der Titel des gemeinsamen Antrags, den die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU in die heutige Sitzung eingebracht haben.

(C) Dieser Antrag unterstreicht die Notwendigkeit einer Diskussion, die wir hier auch in der Bremischen Bürgerschaft führen wollen zu den Übergriffen, die es insbesondere auch in der Zeit der Sommerferien in verschiedensten Teilen unserer Republik gegeben hat, Übergriffe auf ausländische Mitbürger, teilweise gab es ja in einigen Städten Jagdszenen auf ausländische Mitbürger.

Ich selbst habe gedacht und habe das eigentlich auch in der Schule so gelernt, dass diese Szenen in Deutschland der Vergangenheit angehören. Leider müssen wir heute zur Kenntnis nehmen, dass dies offensichtlich nicht so ist. Den Opfern dieser Übergriffe, die insbesondere in den letzten Wochen und Monaten von den Rechtsextremisten ausgeübt wurden, gilt unser ausdrückliches Mitgefühl.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Alle demokratischen Parteien, ob sie in Länderparlamenten vertreten sind oder auch nicht, müssen im Kampf gegen den politischen Extremismus zusammenstehen, und deshalb bin ich froh, dass wir diesen gemeinsamen Antrag hier heute auch vorlegen können.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Sehr geehrte Damen und Herren, die Gefahren, die sich aus politischem Extremismus ergeben, kommen sowohl von der linken wie auch von der rechten Seite. Gerade heute können wir auch im „Weser-Kurier“ — —.

(Unruhe)

Frau Jansen, ich meine, ich bin sonst immer ein Freund von Zwischenrufen, aber ich glaube, dass es diesem Thema nicht angemessen ist, hier tatsächlich Zwischenrufe zu tätigen. Sie sollten sich das überlegen!

(Beifall bei der CDU)

Gerade heute können wir auch im „Weser-Kurier“ nachlesen von einem Prozess in einem Mordfall, der hier in Bremen stattgefunden hat, es war ein Doppelmord, bei dem es offensichtlich auch politische Hintergründe für diese grausame Tat gab. Gerade dieser Prozess soll für uns alle auch eine Mahnung sein, gerade wenn es auch in dieser Stadt passiert ist, dass wir sowohl gegen Links- wie auch gegen Rechtsextremisten auf der Hut sein müssen, und dass eine Demokratie nur wachsam ist, wenn sie auf beiden Augen tatsächlich schaut, was passiert. Deshalb

(A) bin ich auch froh, dass dies aus dem Antrag deutlich wird,

(Beifall bei der CDU)

wie es in Punkt eins heißt: Die demokratischen Parteien in der Bremischen Bürgerschaft haben sich stets mit Entschiedenheit gegen jegliche Form des politischen Extremismus gewandt.

Sehr geehrte Damen und Herren, trotzdem, und das will ich gar nicht schönreden, haben wir in den letzten Monaten, insbesondere in der Phase der Sommerpause, es immer wieder mit verstärkten Übergriffen der rechtsextremen Szene zu tun gehabt. Gott sei Dank ist Bremen von diesen Übergriffen bisher weitestgehend verschont geblieben. Trotzdem ist es auch die Aufgabe der Bremischen Bürgerschaft, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, und wir, die demokratischen Parteien dieses Hauses, bieten anderen Bundesländern unsere solidarische Hilfe, unsere Unterstützung im Kampf gegen den politischen Extremismus an.

Schon einmal gab es in Deutschland eine Zeit, in der Demokratie nicht wachsam genug war, und schon einmal waren es dann die Rechtsextremen, die diese Schwäche von Demokratie ausgenutzt haben, die eine Demokratie dann in ein totalitäres Regime umgewandelt haben. Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns zusammenstehen, dass Demokratie nie wieder so geschwächt werden kann, wie es in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts der Fall war, und darauf müssen wir gemeinsam aufpassen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass es verschiedenste Einrichtungen, auch staatliche Einrichtungen gibt, die uns eine wichtige Grundlage, auch wichtige Informationen im Kampf gegen den politischen Extremismus liefern. Insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden sowohl der Länder wie auch des Bundes liefern immer wieder notwendige Informationen, die in den letzten fünfzig Jahren dazu geführt haben, dass zahlreiche extremistische Vereine, egal ob von links oder von rechts, verboten worden sind. Das zeigt auch, dass wir diese Informationen, die dort gesammelt werden, benötigen, um einen effektiven Kampf gegen den politischen Extremismus führen zu können.

Deshalb gilt insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Behörden auch unser Dank!

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus, und auch das muss man sagen, gibt es viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Polizei, die dort Informationen sammeln

und sie weiterleiten. Ich bin auch besonders dankbar, dass es den Innenministern und Innensenatoren der Länder möglich war, aufgrund der gesammelten Informationen, die sie bekommen haben, tatsächlich die zahlreichen Verabredungen zu treffen, die sie getroffen haben, und es gibt dort ja verschiedenste Vorgehen, die verabredet worden sind. Für dieses zügige Handeln gilt allen Innensenatoren und Innenministern der Länder unser besonderer Dank, und übermitteln möchte ich diesen Dank an Dr. Bernd Schulte.

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Damen und Herren, was uns besonders nachdenklich machen muss, ist, dass sich die Qualität der Gewalt verändert hat. Mittlerweile stehen Körperverletzungen im Mittelpunkt der Angriffe, schwere Körperverletzungen bis hin auch zu entsprechenden Mordanschlägen, die es dort gegeben hat. Dies war vor fünf oder zehn Jahren nicht üblich. Da sprach man mehr über Sachbeschädigungen. Dies macht aber deutlich, dass wir umso engagierter auch unseren Appell an die Justiz richten müssen, kurz und schnell und im Rahmen der Möglichkeiten, die ihr die Gesetze bieten, auch tatsächlich Urteile zu sprechen.

(Beifall bei der CDU)

Ich fordere alle Beteiligten im Bereich der Justiz auf, dies auch tatsächlich zu ermöglichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben, meine ich, interfraktionell einen sehr guten Antrag hier zu Papier gebracht. Wir haben eine breite Palette angesprochen. Ich habe zum Beispiel gerade schon die Unterstützung der Notwendigkeiten im Bereich der Polizei oder auch der Justiz erwähnt. Wir haben aber auch andere Sachen angesprochen. Es gibt in unserer Stadt zahlreiche Initiativen, die sich insbesondere auch zusammengetan haben, um aufkommenden Rechtsextremismus auch tatsächlich an der Wurzel zu bekämpfen, dort wo er aufkeimt. Den Initiativen gilt heute der Dank aller demokratischen Parteien.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben, sehr geehrte Damen und Herren, an vielen Schulen Arbeitsgruppen, Projektgruppen, Lehrer, die ihre Freizeit einbringen, um sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinander zu setzen. Ich glaube, diese Arbeit mit jungen Leuten ist ein ganz entscheidender Beitrag dazu, dass wir bisher Gott sei Dank von großen rechtsextremistischen Übergriffen und Aufmärschen hier in Bremen und Bremerhaven weitestgehend verschont geblieben sind. Auch diesen Menschen in unseren Bildungs-

(C)

(D)

(A) einrichtungen gilt unser Dank für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Bürgerschaft beschließt einen Antrag, den wir gemeinsam verabredet haben. Die Bürgerschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag. Wir müssen jetzt aber auch schauen, dass insbesondere die zehn Punkte, die wir in diesem Antrag als Beschluss vereinbart haben, umgesetzt werden, und müssen auch den Senat bei der Umsetzung entsprechend unterstützen. Ich glaube, dass wir damit eine gute Plattform und einen guten Ausgangspunkt für die Debatte, die uns sicherlich auch in den nächsten Wochen und Monaten weiter verfolgen wird, geschaffen haben, dass wir damit eine adäquate Antwort gefunden haben.

Wir als CDU-Fraktion haben unseren Vorschlag eines Aktionsbündnisses im Moment zurückgestellt. Ich will hoffen, dass wir, weil wir jetzt gemeinsam als Demokraten wachsam sind, dieses Aktionsbündnis auch in den nächsten Monaten nicht wieder als Vorschlag brauchen, weil wir in Bremen ein Netz von gut arbeitenden Initiativen haben. Das heißt, dass wir mit den Punkten, die wir hier gemeinsam verabreden, die erhoffte Wirkung auch tatsächlich erzielen werden, dass Bremen weiterhin von größeren Übergriffen verschont bleiben wird.

(B) Dazu müssen wir gemeinsam zusammenstehen. Deshalb finde ich es gut und richtig, dass wir diesen gemeinsamen Antrag heute vorgelegt haben und hoffentlich, oder davon gehe ich aus, auch entsprechend verabschieden werden. Ich bedanke mich bei den anderen Fraktionen, dass dies gelungen ist.

Ich gehe davon aus, dass wir uns noch an den verschiedensten Stellen mit diesem Thema beschäftigen müssen, dass wir aber im Endeffekt den Kampf gegen den politischen Extremismus sowohl in Bremen wie auch bundesweit positiv bestreiten werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Eckhoff hat bereits auf den Anlass dieser Debatte heute hier in der Bremischen Bürgerschaft hingewiesen. Ich möchte noch einmal versuchen, ihn uns in Erinnerung zu rufen. Es sind nicht nur, aber vordringlich Morde, Totschlag, Menschen, die ermordet, die zu-

*) Vom Redner nicht überprüft.

sammengeschlagen, -getreten, die durch Städte gehetzt und schwer verletzt worden sind, es ist nicht nur das, es ist in einigen Regionen Deutschlands bei Migranten, bei Menschen, die Minderheiten der unterschiedlichsten Art angehören, bei Juden ein Lebensgefühl entstanden, dass sie in Angst und Schrecken leben, wenn sie bei ihren normalen alltäglichen Dingen, die sie verrichten, auf die Straße gehen müssen, und — und das betrifft insbesondere die gesamte Bundesrepublik, hier können wir überhaupt nicht nur in den Osten schauen, sondern müssen dies auch in den Westen — die Zunahme organisierten Neonazismus, Rechtsextremismus in der gesamten Bundesrepublik mit seinen verschiedenen Formen. Ich werde noch darauf zurückkommen.

Wir haben öfter in der Debatte den Spruch vom Sommerlochthema gehört. Dort, wo — das passiert mir jetzt in meinem politischen Leben zum dritten oder vierten Mal — man sich so intensiv mit dieser Frage beschäftigen muss, weil es sich einfach von dem, was in unserem Land passiert, aufdrängt, kann man wohl kaum von einem Sommerlochthema sprechen. Auch zwischen den Wellen, die wir in den Medien wahrnehmen, weil sie dann dort besonders vorkommen, auch zwischen diesem Auf und Ab, wir hatten Anfang der neunziger Jahre — Stichworte Solingen und so weiter — eine solche Zeit, wir hatten es aber auch in den achtziger Jahren, entwickelt sich das Phänomen, über das wir heute sprechen, weiter und ist nicht verschwunden.

(D) Wenn Sie gerade darauf schauen, welche zunehmende Verbreitung rechtsextremistische Inhalte in den Medien, welche zunehmende Vernetzung diese Gruppen untereinander erreichen und wie sich auch die Gewaltbereitschaft in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten enorm gesteigert hat, kann man wohl kaum von einem Sommerlochthema sprechen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Der Umgang mit dem Thema, und das wird auch durch unseren gemeinsamen Antrag unterstrichen, Herr Eckhoff hat darauf hingewiesen, muss vor allen Dingen eines sein, er muss ernsthaft und glaubwürdig sein, daran messen die Menschen unseren Umgang mit diesem Thema. Was heißt das? Das sind im Wesentlichen drei Punkte.

Erstens, und das sage ich bewusst auch an erster Stelle: keine künstliche Dramatisierung des Themas. Da, wo Demokraten und friedliebende Menschen wie in Bremen das Lebensgefühl und politische Klima bestimmen, gibt es keinerlei Anlass, das Thema künstlich aufzuwerten oder zu dramatisieren. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(A) Zweitens: Genauso richtig ist: aber auch keine Bagatellisierung und Verharmlosung des Themas. Wenn wie auch in Bremen und den westdeutschen Bundesländern genügend beunruhigende Phänomene dieser Art existieren, dann ist vollkommen klar, dass wir in ständiger — eben nicht als Sommerlochthema — Wachsamkeit sein müssen und dass es keinerlei Anlass gibt, an welcher Stelle auch immer die Probleme, die wir hier an dieser Stelle haben, zu verharmlosen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie uns, diejenigen also, die in verschiedenen Bereichen davon gesprochen haben, mit dem Gerede vom Sommerlochthema aufhören! Da, wo Menschen getötet und verfolgt werden und wo wie auch in Bremen die geistigen Vorbereiter dieser Hetzkampagnen leben und arbeiten, auch in diesem Hause, ist das Gerede vom Sommerloch völlig deplatziert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

(B) Zu einem Sommerlochthema würde ein schnell wieder weggepackter wohlfeiler Appell gehören. Die drei demokratischen Fraktionen in diesem Hause haben aber stattdessen einen Antrag mit den Bund, aber auch Bremen betreffenden konkreten Schritten vorgelegt und haben damit meiner Ansicht nach genau das Richtige unternommen.

Neben der parlamentarischen Befassung, die wir heute üben, müssen wir bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus selbstverständlich auch in unsere beiden Städte hinausgehen und draußen informieren, Flagge zeigen und überzeugen. Wir haben als Fraktion, die anderen beiden Fraktionen tun dies auch, in den letzten Wochen zahlreiche Einrichtungen und Gruppen besucht, die sich dieses Themas annehmen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal den Verantwortlichen des Roland-Centers in Huchting danken, das ist ja nun ein Ort, an dem nicht große Reden gehalten werden, sondern an dem das Alltagsgeschäft stattfindet, dass sie eine Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz vorgelegt haben. Ich habe in dem Programm gesehen, dass viele von uns dort präsent sind. Ich denke, genau dahin gehören wir auch, und das ist auch ein weiterer richtiger Schritt, dass wir dort präsent sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Bevor ich zu einigen konkreten, das Land Bremen betreffenden Punkten komme, lassen Sie mich noch einmal eines sagen, was mir besonders wichtig ist,

und da hat es verschiedentlich auch Misstöne gegeben. Wir erwarten zu Recht als Land Bremen vom Bund und den anderen Ländern Solidarität in vielen finanziellen und auch anderen Fragen, wenn wir an bestimmten Punkten Schwierigkeiten haben. Deswegen erscheint es mir selbstverständlich, dass wir als Bremische Bürgerschaft, als bremischer Landtag dann, wenn in anderen Ländern diese bedrohlichen und hochschwappenden rechtsextremistischen Ausschreitungen stattfinden, unsere uneingeschränkte Solidarität in allen in Frage kommenden Arbeitsbereichen, wo Bund-Länder-Arbeitsgruppen oder gesetzliche und andere Regelungen gefragt sind, aussprechen. Es gibt viel zu tun, Bremen ist dabei an der Seite der anderen Länder. Das ist auch die Botschaft unseres gemeinsamen Antrages.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Zu diesen Aktivitäten, und da sind ja schon entsprechende Schritte eingeleitet worden, gehört natürlich auch die Frage des Verbotes der NPD. Hier sagen wir im Antrag ja auch, dass dies auf jeden Fall umgehend geprüft werden muss. Ich will nicht verhehlen, dass meine Fraktion und ich zu denjenigen gehören, die im Parteienverbot, auch der NPD, nicht das Allheilmittel, vielleicht noch nicht einmal das vordringlichste Mittel im Kampf um die Köpfe der Menschen, nicht um ihre Parteibücher, verstehen. Dennoch müssen wir hier in eine gründliche Prüfung gehen.

Es ist glasklar, wenn die NPD oder andere Parteien wie zum Beispiel auch die in diesem Haus vertretene DVU die Kriterien, die von der Verfassung sehr hoch angelegt sind und eine relativ hohe Schwelle darstellen, eines solchen Parteienverbotes erfüllen, dann kann und darf es keine andere Lösung als einen Antrag beim Bundesverfassungsgericht geben, denn hat man diese Debatte erst einmal losgetreten und kommt zu einer solchen rechtlichen Prüfung, wäre es fatal, dann auf halbem Wege stehen zu bleiben, weil wir uns alle unglaubwürdig machen würden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Die zweite, bundesweit, ja man muss sagen, aufgrund des Mediums weltweit geführte Debatte betrifft die Frage des Umgangs mit der rechtsextremistischen Propaganda, mit der sehr stark zunehmenden hässlichen Propaganda, die über das Internet betrieben wird. Wir waren uns in den Vorgesprächen zwischen den Fraktionen einig, dass das, was an anderer Stelle vom Strafgesetz in schriftlicher, mündlicher und anderer Form verboten ist, unmöglich im Internet oder in anderen Medien erlaubt sein kann. Hier muss es eine einheitliche rechtliche Si-

(C)

(D)

- (A) tuation geben, damit das, was hier verboten ist, natürlich auch für das Internet gilt und im Internet selbstverständlich auch verboten ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben aber, und da haben wir im Moment auch keine Lösung, das haben wir auch in den Vorgesprächen festgestellt, auch wenn Sie in die Medien schauen, ein technisches Problem. Um eine vollständige Eliminierung dieser Inhalte aus dem Internet erreichen zu können, müsste man eine totale Kontrolle über Filterprogramme und Ähnliches für das Internet in Erwägung ziehen. Ich glaube, dass wir in diesem Fall sehr genau zwischen verschiedenen Rechtsgütern abwägen müssen. Der Kampf gegen die rechte Dummheit und Gewalt darf gerade nicht dazu führen, dass deswegen zentrale Freiheiten und Rechte der Bürger aufgegeben werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Es wäre ein Sieg und keine Niederlage für die Rechtsextremen. Es wäre gegen die von uns vertretene Liberalität, wenn wir uns zu solchen Schritten, zum Beispiel einer zentralen Kontrolle des Internets, treiben lassen.

- (B) Lassen Sie uns kurzfristig lieber auf die vielen bunten Aktivitäten der Internetgemeinde setzen, die gerade mit den Mitteln des Mediums selbst, nicht gegen das Medium, versuchen, die rechten Bits und Bytes zu entern und gegen ihre Verbreiter umzufunktionieren! Hier liegt ein große Chance.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Langfristig müssen wir uns aber, glaube ich, das haben die Gespräche auch gezeigt, dieser Frage stellen, wie wir mit dem Internet umgehen, und das ist ja nicht nur der Rechtsextremismus, das ist Kinderpornographie und anderes, welche technischen Möglichkeiten es gibt und wo die Bemühung endet, das Internet von diesen Dingen zu befreien.

Lassen Sie mich zum Abschluss auch zu einigen konkreten Punkten kommen, die Bremen betreffen! Es ist keineswegs so, dass wir überhaupt keine rechtsextremistischen Aktivitäten hier in Bremen hätten. Wir haben unterhalb der Schwelle, die wir in einigen anderen Ländern erlebt haben — Gott sei Dank haben wir das hier in Bremen nicht erlebt —, eine ganze Menge von rechten Aktivitäten.

Es muss, und das ist der Trend, der sich herauschält, das ist ganz wichtig, zu einer länderübergreifenden Zusammenarbeit, vor allen Dingen zwischen den bremischen und niedersächsischen Stellen kom-

men, weil wir immer mehr beobachten, dass solche Kräfte aus dem direkten Umland nach Bremen und aus Bremen in das direkte Umland hin und her diffundieren und die Landesgrenze, die natürlich die behördliche Zusammenarbeit auch in einigen Fällen bestimmt, quasi ausnutzen. Hier muss eine ganz enge länderübergreifende Zusammenarbeit stattfinden. Das ist uns sehr wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Lassen Sie uns auch weiter gemeinsam an der Verbesserung der Wohn-, Lebens- und Arbeitssituation in einigen, sagen wir einmal, weniger begünstigten Stadtteilen Bremens und Bremerhavens arbeiten. Es ist ein ganz wichtiger Punkt für die Vorsorge, in diesen Stadtteilen dafür zu sorgen, dass menschenwürdige Wohn-, Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle Menschen existieren. Auch hier machen wir einen gehörigen Schritt in die richtige Richtung.

Lassen Sie uns drittens die präventive Jugendarbeit, die in Bremen Hervorragendes leistet, unbedingt erhalten, unterstützen und ausbauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ein Besuch beim Verein für aufsuchende Jugendarbeit mit seinem Projekt Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen — übrigens zeigt uns die Existenz dieses Projektes ja, dass es diese rechten Jugendlichen auch in Bremen gibt, sonst würden wir dieses Projekt nicht auch mit staatlichen Mitteln finanzieren — hat gezeigt, dass wir gerade in diesen Zeiten, in denen zum Beispiel die so genannte akzeptierende Jugendarbeit in Ostdeutschland durch einige, wirklich aus dem Ruder geratene Dinge in Misskredit geraten ist, die hervorragende Arbeit, die in Bremen geleistet wird und die unter Bremer Bedingungen auch Sinn macht, hier tatkräftig unterstützen und auch mit den nötigen Mitteln und dem nötigen Rückhalt versehen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Besuch beim Fanprojekt von Werder Bremen hat ergeben — für viele von uns, die wir eher auf der Haupttribüne als in der Ostkurve den Spielen zuschauen, nicht merkbar —, dass die, die dort ganz nah an den Fans sind, sagen, dass es gerade bei jüngeren Fans zunehmend ein Problem gibt, dass dort rechtsradikale Sprüche kommen. Das hatten wir auch früher im Bereich des Fußballs, auch bei Werder Bremen einmal, das haben wir aber sehr weit und sehr erfolgreich wieder eingedämmt. Jetzt kommt das gerade bei ganz jungen Fans wieder hoch.

Lassen Sie uns das nicht überbewerten, gerade bei diesen ganz Jungen, das sage ich auch hier an

(C)

(D)

(A) dieser Stelle, weil vieles wahrscheinlich gedankenlos und nicht organisiert ist! Der Ruf „Schiri nach Auschwitz“, den es in letzter Zeit öfter gegeben hat, darf sich aber auf gar keinen Fall in unserem Stadion einnisten und muss schleunigst wieder aus unserem Fußballstadion heraus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Auch wenn in Bremen und Bremerhaven keine Banden durch die Innenstadt ziehen und Ausländer, Juden oder andere Minderheiten vor sich hertreiben, obwohl es unterhalb dieser Schwelle schon genug Beunruhigendes gibt, gehen auch in Bremen Menschen ihrem schmutzigen Geschäft nach, geistigen Bodensatz für diese Aktivitäten in Form von Konzerten, CDs, Schrifttum in einer ganzen Reihe von nicht ganz unbedeutenden Verlagen und Musikverlagen zu betreiben.

Wir werden uns schwer tun, all das zu verbieten, weil vieles geschickt unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Eingriffsmöglichkeiten betrieben wird. Das ist wahr! Aber lassen Sie uns als Zivilgesellschaft genau hinsehen, und lassen Sie uns aufdecken, wo die Phänomene existieren, wer sie betreibt! Lassen Sie uns dafür sorgen, dass diese Nachfolger der „Böhsen Onkelz“ hier in Bremen nicht noch weiter Fuß fassen können!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Ich möchte abschließend den Bremer Bürgerinnen und Bürgern danken, denn sie sind es in erster Linie gewesen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten das freiheitliche, friedliebende und demokratische Klima in dieser Stadt geprägt haben. Wir alle stehen ihnen in diesen Fragen bei. Wir alle sind auch gewillt, die konkreten Punkte dieses Antrages weiter zu verfolgen und auf die Umsetzung zu drängen. Dann bin ich sehr hoffnungsfroh, dass es uns gelingt, in Bremen dieses Klima zu erhalten. — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola (SPD) ***: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute wurde in zwei großen Tageszeitungen die Liste der Opfer von rechtsextremen Terror- und Mordanschlägen veröffentlicht. Eine Liste, die sich über drei Seiten hinzieht! Die Opfer werden namentlich genannt, und

*) Vom Redner nicht überprüft.

die Tatvorgänge werden kurz beschrieben. Es ist eine Liste, die 1990 beginnt, und vor ein paar Wochen hat die letzte Tat stattgefunden. Ich befürchte, es war nicht die allerletzte.

Ich habe schon gedacht, dass man anstelle einer Rede zu Ehren dieser Opfer nur einmal diese Liste mit ihren Namen und diesen grauenhaften Taten verlesen sollte. Ich empfehle jedem, das einmal nachzulesen. Es verschlägt einem die Sprache.

Diese Blutspur hat es nach 1945 in Deutschland noch nicht gegeben. 96 Tote werden hier aufgelistet, wobei man an dieser Stelle auch kritisch anmerken muss, dass die Bundesregierung, die ja ebenfalls eine Statistik über diese Opfer führt, auf 26 kommt. Die SPD-geführte Bundesregierung, die rot-grüne Koalition! Die Kohl-Regierung hatte immerhin noch 35 Opfer auf dieser Liste. Ich sage das hier ganz offen als Sozialdemokrat, wie offensichtlich auch mit Zahlen manipuliert wird, um einer angeblichen Dramatisierung dieses Themas vorzubeugen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist völlig richtig, was der Kollege Dr. Güldner sagt, es ist kein Thema, und das hat ja auch Herr Eckhoff gesagt, das man jetzt dramatisiert und so womöglich noch den Eindruck erweckt, wir hätten bereits das Jahr 1932. Das waren ganz andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen, ein ganz anderes gesellschaftliches Klima. Aber zum Verharmlosen und vor allen Dingen zum Verschweigen der Fakten, was in dieser Gesellschaft stattfindet, besteht nun allemal kein Anlass.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich hoffe, dass der Deutsche Bundestag das zum Thema macht, dass die demokratischen Fraktionen das dort auch aufgreifen und aufklären über das, was hier in Deutschland passiert und was ja im Grunde genommen so empörend ist, dass einem fast die Worte dafür fehlen.

Ich verstehe auch nicht, dass es dann führende Politiker sowohl bei der CDU als auch bei der SPD gibt, die vor einer Dramatisierung dieses Themas Rechtsextremismus warnen. Das ist nicht nur Roland Koch, der das gesagt hat, der damit ja in die Kritik gekommen ist. Nein! Es war auch schon vor Jahren Stolpe, der meinte, als die ständigen Nachrichten über rechtsextremistische Terrorüberfälle von Skinheads in Brandenburg auftauchten, es handele sich doch um Bubenstrieche. Das ist eine Art, ein Klima in der Bevölkerung hervorzurufen, mit der man im Grunde genommen von staatlicher Seite den Eindruck erweckt, das sei alles gar nicht so schlimm,

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C)

(D)

(A) das kann man als Jugendsünde und wenn nötig dann eben mit Jugendarrest und Jugendstrafe ahnden.

Sicherlich! Die strafrechtliche Ahndung ist das eine, auch bei Jugendlichen. Das ist völlig klar. Aber dieses Problem Rechtsextremismus, was wir erleben und eben nicht seit heute und nicht seit gestern, seit Wochen, sondern seit geraumer Zeit, geht tief in diese Gesellschaft und verunsichert auch deswegen, weil es gleichzeitig auch politische Entwicklungen gibt. Gott sei Dank noch nicht so sehr bei uns, aber in dem kleinen deutschsprachigen Nachbarland Österreich gibt es mit der FPÖ eine rechtspopulistische Entwicklung, die sicherlich nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit Brandstiftungen und Mordtaten zu bringen ist, aber uns dennoch sehr beunruhigt und umtreibt, dass hier ein Klima entsteht, wo viele rechte Stammtischspießbürger meinen, das ist so schon in Ordnung, man muss sich darüber zumindest nicht groß aufregen, oder wir schauen weg. Dies ist eine Kultur, die wir als demokratische Parteien bekämpfen müssen als eine Unkultur.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir müssen, wenn wir hier zu Zivilcourage aufordern, und zwar alle demokratischen Fraktionen, auch beim Namen nennen, dass im Grunde genommen hier womöglich ein Klima entsteht, das solche Taten fördert, weil sich die Täter möglicherweise in Übereinstimmung mit Teilen dieser Bevölkerung glauben. Da müssen ihnen Grenzen aufgezeigt werden.

(B) Aus diesem Grund will ich auch an dieser Stelle einmal eine Frage aufgreifen, denn das Verbot einer rechtsextremen Organisation oder Partei wie der NPD ist ja sehr umstritten. Da kann man Gründe pro und kontra aufführen, wobei die wichtigste Frage ist, ob solch ein Verbot überhaupt Erfolg hat. Es wäre verheerend, einen Verbotsantrag einzubringen, und das Bundesverfassungsgericht sagt, die vorgelegten Beweise reichen nicht aus, um zu diesem Verbot zu kommen. Das wäre in der Tat verheerend auch für die weitere demokratische Entwicklung, denn die Rechtsextremen würden natürlich jubeln und Auftrieb bekommen. Daher Vorsicht vor der Verbotsfrage, aber die Prüfung ist natürlich dringend notwendig!

Ich denke aber, dass die Frage des Verbots doch auch vielen aufzeigt, auch vielen hier deutlich Grenzen aufgezeigt werden, die jetzt meinen, das irgendwie in Ordnung zu finden, dass man sich gegen Ausländer wendet. Deswegen halte ich die Diskussion über das NPD-Verbot für notwendig. Ich warne nur davor, das Bundesverfassungsgericht anzurufen und sich womöglich eine Niederlage dort zu holen. Wer im „Spiegel“ in dieser Woche das Interview mit einem Bundesverfassungsrichter, mit Hoffmann-Riem, gelesen hat, der weiß, welche Schwierigkeiten in der Verbotsfrage bestehen.

(C) Ich denke auch, ein Verbot kann nur ein, wenn auch nicht ganz unwichtiges, Instrument sein, um gegen diese rechtsextremistische Entwicklung anzutreten. Das Verbot nützt uns überhaupt nichts — abgesehen davon, dass die sich womöglich gleich wieder neu organisieren —, wenn nicht ein breiter Konsens in der Gesellschaft vorhanden ist, für diese Demokratie und für diese Werte einzutreten, die wir hier im Grundgesetz verankert haben, für die wir aber täglich leben müssen. Wenn die Gesellschaft sich hier nach und nach abwendet, insbesondere auch die Jugend damit nichts mehr anfangen kann, sich fragt, was eigentlich Mitmenschlichkeit ist, was es heißt, sich für Behinderte, für Ausländer und deren Nöte einzusetzen, wenn die Solidarität in dieser Gesellschaft nicht gelebt wird, wenn wir hier nicht als Parteien vorbildlich sind, nützen uns Organisationsverbote überhaupt nichts! Dann kommen wir an dieser Stelle nicht weiter!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Ich denke, dass wir in der gegenwärtigen Debatte zweierlei aufzeigen müssen: Wir müssen den Rechtsextremen und ihren geistigen Mitläufern die Grenzen aufzeigen und mit den Mitteln des Rechtsstaats mit aller Entschiedenheit darauf reagieren, so dass hier kein Irrtum entsteht, diese Gesellschaft sei so liberal, dass sie sich das gefallen lässt. Nein, wir sind, ich mag diesen Begriff an sich nicht so gern, aber an dieser Stelle werde ich ihn doch einmal sagen, in dieser Beziehung eine wehrhafte Demokratie. Wir haben hier Instrumente, und die werden wir anwenden, um etwas zu verhindern, worunter Deutschland, aber auch die halbe Welt, wenn nicht darüber hinaus, gelitten haben von 1932 bis 1945.

(Beifall bei der SPD)

Das wird sich hier nicht wiederholen, auch nicht als Farce! Es war eine Tragödie, aber es wird sich auch nicht als Farce wiederholen. Dafür, denke ich, werden alle demokratischen Parteien sorgen.

Wir werden aber auch deutlich machen, dass wir unsere sozialen, wirtschaftlichen, rechtsstaatlichen und politischen Errungenschaften nicht von völkischen Schlägern und Hetzern in Frage stellen lassen. Hier werden wir auch eindeutig mit den Instrumenten der Strafverfolgung und des Polizei- und Verwaltungsrechts reagieren. Insofern sind alle, auch die Polizei und Justiz, aufgefordert, diese Auseinandersetzung zu führen.

Aber entscheidend ist die Auseinandersetzung in der gesellschaftlichen Mitte. Ich sage einmal, in einer Gesellschaft, wo am Frühstückstisch sich Eltern womöglich vor ihren Kindern über Vorgänge in dieser Gesellschaft auslassen, ist das gefährlicher als so mancher öffentliche Auftritt von Rechtsextremen.

(A) Das heißt, diesem Rechtsextremismus der Mitte, den man verbreitet vorfindet, muss durch entsprechende Aufklärung, muss durch die politischen Parteien, durch Gewerkschaften und durch Verbände begegnet werden. Der ist viel gefährlicher als der organisierte Rechtsextremismus, der zum Beispiel durch einen Abgeordneten hier in diesem Parlament dargestellt wird. Entscheidend ist also die politische Auseinandersetzung in unserer politischen Mitte.

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen Rechts darf nicht die Einschränkung demokratischer Rechte und rechtsstaatlicher Prinzipien zum Ziel haben. Gegner in dieser Auseinandersetzung sind die Verfassungsfeinde, aber nicht die Verfassung selbst. Deswegen warnen wir als Sozialdemokraten an dieser Stelle auch immer davor, selbst Einschränkungen in der Verfassung vorzunehmen, um uns, sage ich einmal, selbst an die Kette zu legen. Diese freiheitliche Verfassung muss bestehen bleiben, deswegen auch Vorsicht bei dem Verbot von Parteien!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Meine Damen und Herren, wir haben Ihnen mit diesem Antrag den Vorschlag gemacht, den Senat zu bitten, im Grunde genommen seinen Bericht über Rechtsextremismus und das Aktionsprogramm, das wir in den letzten Jahren bereits hatten, fortzuschreiben. Wir hatten in der Legislaturperiode von 1991 bis 1995 hier längere Debatten über dieses Thema und seinerzeit mit dem Senat und dem Parlament einen hervorragenden Bericht und einen Maßnahmenkatalog erarbeitet. Ich denke, dass neue Maßnahmen insofern nicht erforderlich sind, sondern es ist notwendig, diese Maßnahmen fortzuschreiben.

Wir haben das in unserem Antrag vorgeschlagen. Wir erwarten, dass der Senat bis Ende des Jahres vorschlägt und Überlegungen anstellt, wie er im Einzelnen auf diese neue Herausforderung reagieren will. Ich denke, dass wir diesem Antrag so zustimmen können. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun wollen wir hier einmal Tacheles reden! Bei Ihren Ausführungen könnte man ja meinen, der Leibhaftige sei wieder auferstanden.

Meine Damen und Herren, eine noch nie da gewesene Hetzkampagne der Altparteien, Hand in Hand mit der Medienmafia und willigen Helfern aus der Skinheadszene, gegen alles, was demokratisch rechts ist, stellt die vorhergehenden Aktionen ge-

gen Kampfhunde oder die Serben ja mühelos in den Schatten. Die Bosse der Medienmafia geben unumwunden zu, dass sie um die verheerenden Wirkungen ihres Tuns wissen. Da gibt es zum Beispiel ein Positionspapier des Rundfunkrates des Westdeutschen Rundfunks aus dem Jahre 1994. Zum Thema „Rechtsradikalismus/Ausländerfeindlichkeit“ heißt es da, Herr Präsident, ich darf zitieren: „Es ist davon auszugehen, dass die Berichterstattung zu Nachahmungstaten führen kann. Durch sensationsgierige Berichte würden namenlose Psychopathen zu Prominenten hochstilisiert.“

In dieser Zeit einer hysterischen Hetze gegen rechte Demokraten passt dieser hilflose Antrag natürlich wie die Faust auf das Auge, um von dem politischen Versagen und von den Skandalen der Altparteien abzulenken. Ich frage mich als Demokrat, besorgt um unsere Demokratie,

(Widerspruch bei der SPD)

wann Sie endlich einmal ein Zeichen setzen wollen, ein Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, fremdenfeindliche Sprüche der ach so toleranten und so genannten demokratischen Altparteien gründen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau **W i e d e m e y e r**
[SPD])

Sie können das ja gleich widerlegen, kommen Sie nach vorn!

Meine Damen und Herren, ich habe hier einen Artikel aus der unverdächtigen „taz“ zum Thema „Rechtsradikalismus/Rechtsextremismus“ mit der Überschrift „Euch haben sie beim Wort genommen — Stichworte aus der politischen Mitte, die die Straße mobilisieren“. Zitiert werden hier Politiker aller, aber auch aller Altparteien in Bezug auf rechtsradikalistische und fremdenfeindliche Sprüche.

Ich will nur einige Zitate, da ich nun leider nur eine begrenzte Redezeit habe, zitieren dürfen. Herr Präsident, ich darf zitieren. Meine Damen und Herren, hier sagt zum Beispiel Otto Schily, SPD, ehemals Grüner: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Es geht doch noch weiter, bleiben Sie ganz ruhig!

Dann sagt hier zum Beispiel Christine Ostrowski, PDS: „Jeder dritte Bauarbeiter im Osten ist arbeitslos, gleichzeitig arbeiten nicht wenige ausländische Beschäftigte auf dem Bau.“ Da kommen dann noch einige radikalere Sprüche von der PDS-Dame.

Dann zum Beispiel ein gewisser Wolfgang Zeitlmann, CSU-Bundestagsabgeordneter: „Das Boot ist mehr als voll, es sinkt bereits! Wo steht geschrieben, dass Ausländer dieselben sozialen Leistungen erhalten müssen wie Deutsche?“

(C)

(D)

(A) Dann unser Herr Bundeskanzler Schröder, genüsslich zitiere ich den einmal: „Wir dürfen nicht mehr so zaghaft sein beim Ertappen ausländischer Straftäter. Wer unser Gastrecht missbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und das so schnell wie möglich.“

Oder ein Herr Jörg Schönbohm, CDU, damaliger Innensenator von Berlin: „Die Zeit der Gastfreundschaft geht zu Ende.“ Dann noch eines: „Wenn Ausländer eine Bereicherung sind, dann können wir schon seit langem sagen, wir sind reich genug. Eine multikulturelle Gesellschaft ist eine latente Konfliktgesellschaft, die inneren Frieden und Sicherheit gefährdet.“

Meine Damen und Herren, das sind Ihre Abgeordneten! Diesbezüglich möchte ich Sie noch einmal darauf hinweisen, dass ich als DVU-Abgeordneter noch nie, aber noch nie eine so Ekel erregende und fremdenfeindliche Aussage gemacht habe wie der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Clemens Reif, der den hessischen Fraktionschef vom Bündnis 90/Die Grünen, Herrn Al-Wazir, doch tatsächlich aufgefordert hat, nach Sanaa zurückzukehren, obwohl Herr Al-Wazir deutscher Staatsbürger ist. Herr Eckhoff, solche Ekel erregenden fremdenfeindlichen Aussagen Ihrer Parteikollegen und auch von der SPD müssen Sie mir erst einmal erklären, bevor Sie hier einen solchen hilflosen Antrag einbringen, bevor wir uns hier überhaupt über Rechtsradikalismus unterhalten können.

(B) Also, meine Damen und Herren der Altparteien, räumen Sie erst einmal im Bereich Extremismus in den eigenen Reihen auf, bevor wir uns hier darüber unterhalten können! Obwohl ich mich fragen muss, wenn damals schon ein Bündnis gegen Linksextremisten gegründet worden wäre, ob wir dann heutzutage einen so kampferprobten ehemaligen Straßenkämpfer wie unseren heutigen Außenminister Fischer hätten! Ich glaube kaum.

Herr Eckhoff, in Bezug auf diesen Antrag äußern Sie sich in der „taz“ vom 24. 8. 2000 wie folgt, ich darf zitieren: „Auf die Unterstützung von Herrn Tittmann legen wir keinen Wert, da die DVU den Nährboden für Rechtsextremismus bereiten würde.“

(Beifall bei der CDU)

Nachdem ich eben die Aussagen Ihrer Kollegen aus der „taz“ zitiert habe und auch die der SPD-Abgeordneten, können wir uns ja wirklich darüber streiten, wer hier die wirklichen Extremisten sind!

Meine Damen und Herren, die Zahlen und Statistiken belegen ganz eindeutig, dass es in Bremen und Bremerhaven praktisch überhaupt keinen Rechtsextremismus gibt. Auch ist es Tatsache, dass es in den ganzen 13 Jahren, in denen die Deutsche Volksunion in Bremerhaven politische Mitverantwortung trägt, nicht einen einzigen Fall politisch motivierter gewalttätiger Angriffe oder Übergriffe gegen Aus-

länder gab. Diese Tatsachen beweisen die Richtigkeit meiner Aussagen, meine Damen und Herren. Wenn ich wirklich ein so großer schlimmer Hetzer und Demagoge bin, wie Sie hier ja immer behaupten, dann müssen Sie mir diesen nicht vorhandenen Rechtsextremismus im Lande Bremen erst einmal erklären. Wie wollen Sie denn etwas bekämpfen, was praktisch nicht existiert? Hier erinnern Sie mich alle an Don Quichote, der ebenfalls damals erfolglos gegen Windmühlen angekämpft hat.

Meine Damen und Herren, und nun hören Sie genau zu! Der beste Demokratieschutz sind nicht die staatliche Repression, Verbote oder solche hilflosen Anträge gegen angeblichen Rechtsextremismus, es wird in einer Demokratie immer ein linkes und ein rechtes politisches Spektrum geben. Damit müssen Sie sich abfinden, das ist eben Demokratie.

Die Politiker der Altparteien aber, also Sie, entscheiden mit Ihrer Politik, wie stark eine jeweilige politische Ideologie in unserer Gesellschaft wird, wie viel Macht und wie viel Einfluss sie bekommt. Betreiben Sie also eine bessere Arbeitsmarkt-, Sozial- und eine realistische Ausländerpolitik, eine normale deutsche Politik, eine Politik im Interesse und zum Nutzen der Bürger! Dann bräuchten Sie hier heute nicht solch einen nutzlosen Schauantrag zu stellen.

Meine Damen und Herren, wenn es um Rechtsextremismus geht, kommt in Verbindung immer dieser schwachsinnige Spruch „Kampf gegen rechte Gewalt“. Ich aber sage Ihnen: Gewalt ist immer in jeder Form rigoros zu bekämpfen. Als deutliches Zeichen gegen rechte Gewalt hat ja letzte Woche unser Bundeskanzler Schröder in Dessau einen Kranz für den ermordeten Mosambikaner Andriano niedergelegt. Ist in Ordnung! Nur einmal eben ein Fall von vielen!

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Verlogen und scheinheilig!)

Ich habe Sie — nein, ich sage nichts, ich kann mich ja beherrschen —, ich habe Sie als Oberguru Ihrer Partei intelligenter eingeschätzt. In Bielefeld, meine Damen und Herren, stehen derzeit drei türkische Jugendliche vor Gericht. Sie haben einen einundsechzigjährigen gehbehinderten deutschen Rentner aus Verl bestialisch umgebracht, um die IC-Karte zu rauben. Nun bin ich einmal gespannt, ob unser Bundeskanzler Schröder auch diesem Opfer als Zeichen von Gewalt von Ausländern an Deutschen einen letzten Gruß erweisen wird. Die Deutsche Volksunion jedenfalls ist gegen jede Gewalt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

Herr Dr. Güldner, ich darf Ihnen hier einmal etwas in Bezug auf ein Verbot vorlesen, das kommt allerdings wirklich aus München, das ist das Einzige, was wirklich aus München kommt. Hier steht etwas, was Sie sich zu Herzen nehmen sollten: „Die Deutsche Volksunion bekennt sich seit ihrer Grün-

(C)

(D)

(A) dung ohne Wenn und Aber zum Grundgesetz und hält sich strikt an die bestehenden Rechtsordnungen.“ Nun hören Sie zu! Der bayerische Innenminister Beckstein, der als Erster die Forderung nach einem NPD-Verbot erhoben hat und überhaupt die schärfsten Maßnahmen gegen Rechts fordert, hat zur Deutschen Volksunion erklärt: „Die Deutsche Volksunion distanziert sich von Gewalt, bietet keinen Anhaltspunkt für ein Verbot und ist juristisch glänzend beraten.“ Zudem darf ich Sie darauf hinweisen, dass das Parteiprogramm der DVU der führende Staatsrechtler Professor Theodor Maunz, der geistige Vater des Grundgesetzes, geschrieben hat. Demokratischer geht es wohl nicht mehr. Herr Töpfer, ich glaube Ihnen ja, dass Sie den nicht kennen.

Meine Damen und Herren, da ist mir noch ein schreckliches Bild in Erinnerung, und einige Abgeordnete des Bündnis 90/Die Grünen können mir das ja vielleicht als aktive Teilnehmer bestätigen, wie anlässlich einer Demonstration in Bezug auf die Startbahn West ein Polizeibeamter in den Graben gerutscht ist und ein ach so friedlicher linker Demonstrant versucht hat, diesen Polizeibeamten mit einem Spaten zu erschlagen.

Was ich mit Bestimmtheit weiß, ist, dass unser heutiger Bürgermeister Dr. Scherf als aktiver Zeitzeuge und Gegendemonstrant anlässlich einer Gelöbnisfeier für unsere Soldaten im Weserstadion bestätigen kann, dass die Gewalt grundsätzlich vom linken Spektrum und linken Demonstranten ausgeübt wird. Allerdings hätte ich mir damals gewünscht, dass Sie an der Seite der vielen sehr schwer verletzten Polizeibeamten gestanden hätten und als politisch Verantwortlicher unsere Beamten in Schutz genommen hätten.

Meine Damen und Herren, da muss ich mich doch schon sehr wundern, dass Sie heute so einen Antrag stellen. Es wundert mich auch, dass ausgerechnet die achtundsechziger Linksfaschisten, die damals diesen widerwärtigen Spruch geschrien haben — —.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, ich weise diesen Ausdruck zurück!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich mäßige mich ja schon, seien Sie froh! Dass die, die damals den widerlichen Spruch, entschuldigen Sie den Ausdruck, „Bullenschweine“ und „Deutschland verrecke“ geprägt haben und die die staatliche Rechtsordnung vernichten wollten, heute ausgerechnet dieselben Typen sind, die nach staatlicher Rechtsordnung, nach Verboten und Ausgrenzung und Polizei schreien, das wundert mich doch schon sehr.

Meine Damen und Herren von der SPD, ich weiß, dass das alles für Sie nur sehr schwer zu ertragen ist, das weiß ich. Aber wer so tolerant ist wie Sie,

immer die Wahrheit sucht, der muss sich auch von mir gefallen lassen, dass ich Ihnen die Wahrheit sage. Das müssen Sie hier schon ertragen, immer und zu jeder Zeit. Ich werde es mir auch nicht nehmen lassen, die Wahrheit hier auch immer deutlich zum Ausdruck zu bringen.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Nächstes Mal gehe ich hinaus!)

Also, ich lehne diesen Scheinantrag, diesen Sommerlochantrag ab. — Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke, dass man diesen Beitrag, so wie er gehalten worden ist in seiner ganzen scheinheiligen und verlogenen Art, hier in diesem Hause nicht stehen lassen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU — Zuruf des Abg. **Tittmann** [DVU])

Ich danke, das, was Sie versucht haben, Herr Tittmann,

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Dazu sind Sie nicht in der Lage!)

und das, was Sie hier ständig versuchen mit Anträgen zum Denkmalschutz, zum Tierschutz und zu was weiß ich nicht allem, was Sie hier versuchen, ist, die wahren Urheber und Ihre eigene Verstrickung in dieses schreckliche Geschehen hier in Deutschland, und nicht nur im Moment, sondern schon seit langer Zeit, diese Spuren Ihrer direkten Beteiligung an diesem Geschehen zu verwischen hier in diesem Hause und einen falschen Eindruck zu erwecken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Sie sprechen von Wahrheit, die Sie uns hier verkünden müssen,

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Jawohl!)

die Wahrheit ist das, was Sie im letzten Wahlkampf in Bremerhaven und Bremen plakatiert und geklebt haben.

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Jawohl!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Sie werden es nicht erkennen können, es ist ein Aufkleber der DVU, verantwortlich Siegfried Tittmann, Stadtverordneter, Auf der Heide 2, 27574 Bremerhaven.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Jawohl!)

Sie haben hier dieses auch in der Grafik deutliche, an einen Hitlerkopf erinnernde Machwerk geklebt, mit Ihrem eigenen Namen, auf dem steht: „Istanbul den Türken, Deutschland den Deutschen, Bremen den Deutschen. DVU.“ Das ist Ihre wahre Herkunft, und das ist Ihre wahre Verstrickung in diese Geschichte!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU — Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Das ist Ihr Punkt und nicht die Wahrheitsaufklärung und nicht Ihre ach so große Sorge jetzt um irgendwelche Sprüche gegenüber Ausländern und nicht all das, was Sie hier mit Krokodilstränen verbreiten, der Denkmalschutz nicht, der Tierschutz nicht, sondern das hier. Das musste noch einmal gesagt werden! — Danke schön!

(Starker Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

- (B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, das müssen Sie mir einmal erklären! Wo ist da ein Hitlerkopf? Das müssen Sie mir einmal erklären! Wahrscheinlich können Sie nicht richtig sehen, aber das ist Ihr Problem. Herr Dr. Güldner, ich darf hier einmal zitieren,

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und Sie bleiben einmal ganz ruhig! Ich weiß nicht, ob Sie das kennen. Die türkische Zeitschrift „Hürriyet“ hat eine Auflagengröße wie die hiesige „Bild-Zeitung“, die werden Sie kennen. Da steht oben jedes Mal auf der ersten Seite: Türkei den Türken! Was ist daran rassistisch, wenn wir diesen Leuten Recht geben? Wir sind ja auch dafür, die Türkei den Türken. Da können Sie doch nicht von Rassismus sprechen. Wo leben Sie eigentlich?

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das hat damit doch nichts zu tun. Sie dürfen da nichts verwechseln. Rechter als bei den Türken geht

es wohl nicht mehr. Das nur einmal zu Ihren Ausführungen! — Ich bedanke mich!

(C)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Trüpel.

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte mir nicht vorgenommen, mich hier noch einmal zu Wort zu melden, zumal ich die Rede meines Fraktionskollegen Dr. Güldner im Sinne des gemeinsamen Antrags so gut fand, dass ich das eigentlich nicht für notwendig gehalten habe. Aber die Äußerungen von Herrn Tittmann bringen mich dazu, noch einiges zu sagen.

Sie wissen, dass ich einmal Senatorin für Kultur und Ausländerintegration war, und das hatte damals den Sinn, diese Perspektive der Migration und eines multikulturellen Zusammenlebens politisch anders zu betonen. Wir hatten damals hier in diesem Hause mit Herrn Weidenbach große Auseinandersetzungen, auch im Rahmen der Kulturpolitik,

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Ich nicht!)

ob eine Gesellschaft in der Lage ist, mit der Herausforderung, mit verschiedenen Ethnien, mit verschiedenen Religionen, mit Volksgruppen, mit Menschen verschiedener Hautfarben friedlich zusammenleben zu können. Die Polemik von Herrn Tittmann vorhin zielte wieder darauf, dass Gesellschaften per se damit überfordert seien, dass es so konfliktreich wäre, dass man Gesellschaften davor schützen muss.

(D)

Das sagt nicht nur die DVU, sondern das geht weit in andere Parteien hinein, dass es Menschen gibt, die eine solche Herausforderung für eine zu hohe Anforderung an Gesellschaften halten. Nun würde ich immer sagen, dass dies in der Tat eine der Fragen ist, die die große Herausforderung für alle pluralen und modernen Gesellschaften ist und dass es nicht leicht ist. Aber ich möchte genauso deutlich sagen: Dazu, meine Damen und Herren und Herr Tittmann, gibt es keine friedliche Alternative!

Wir reden immer über Globalisierung, über das Zusammenwachsen der Welt, über Migrationsströme aufgrund von Krieg, von Ökokatastrophen, von ethnischen Auseinandersetzungen, seien sie jetzt in Algerien, im Kosovo, in Tschetschenien, in Afghanistan oder wo auch immer. Wir haben so viele Konfliktherde in der Welt, dass es allein deshalb schon so sein wird, dass wir mit Menschen aus anderen Ländern zusammenleben müssen.

Wir haben die Auseinandersetzung um die Green Card, weil unsere Volkswirtschaft ohne diese Menschen von außen, ohne diese Experten, nicht in der Lage ist zu konkurrieren, und wir haben weite Be-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) reiche in unserer Ökonomie, die ohne Menschen aus anderen Ländern gar nicht mehr funktionieren würden,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weder die Hotellerie noch die Gastronomie, der Wissenschaftsbereich sowieso nicht, und in der Kultur ist es auch üblich, dass Künstler und Künstlerinnen aus der ganzen Welt in den verschiedensten Ländern arbeiten, leben und auftreten.

Mittlerweile, und Herr Isola hat eben darauf hingewiesen, ist es leider so, dass Menschen angegriffen werden, weil sie anders aussehen, weil sie eine dunkle Hautfarbe haben, weil sie schwarze Haare haben, weil die Frauen Schleier tragen, die ihnen abgerissen werden. Sie werden einfach angegriffen, gelyncht und ermordet, weil sie anders sind. Jetzt weiß man aus der psychologischen Forschung, dass die Fähigkeit von Menschen, mit Andersartigkeit und Differenz umzugehen, eine große Herausforderung ist, denn man muss sich schon selbst sehr sicher sein, um Andersartigkeit als einen Gewinn und positiv aufnehmen zu können. Aber auch dazu, finde ich, gibt es gesamtgesellschaftlich keine Alternative, als diese Herausforderung anzunehmen. Wenn man sie liquidieren will, von wegen „Ausländer raus“, kann das nur eine gewalttätige Lösung sein, dann muss man in der Tat Menschen richtig wegschieben oder eben töten, und das ist eine brutale Alternative, die man als Demokrat nicht wagen kann.

(B)

Einer der deutschen Philosophen jüdischer Abstammung, Theodor Adorno, hat einmal gesagt, eine befreite Gesellschaft ist es erst, wenn man ohne Angst verschieden sein kann. Mit dieser Verschiedenartigkeit, meine Damen und Herren, ob Juden oder Lesben oder Homosexuelle oder Schwarze oder Chinesen, erst wenn eine Gesellschaft in der Lage ist, mit dieser Andersartigkeit positiv umzugehen und sie als eine Bereicherung zu erleben, und es nicht den Zwang gibt, dass alle gleich sein müssen, dann sind wir einen Schritt weiter. Die türkische Schriftstellerin und Schauspielerinnen Renan Demirkan wurde letztes in einer Fernseh-Talkshow gefragt, was sie denn eigentlich glauben würde, wann es in Deutschland anders wäre, und dann sagte sie nur zu dem Moderator: Wenn Sie mir solche Fragen nicht mehr stellen! — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss noch einmal nach vorn kommen, Frau Dr. Trüpel, es nutzt alles nichts. Frau Dr. Trüpel, wenn Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass

die Deutsche Volksunion noch nie geschrieben oder gerufen hat: „Ausländer raus“!

(C)

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe zufälligerweise einen Ausschnitt unserer letzten Großkundgebung in Passau da, und wenn Sie mir da einmal folgen könnten, da sehen Sie hier eine Reihe von farbigen Mitbürgern, Mitmenschen, die bei uns als Gastredner oder Gäste tätig waren und auch unterdrückte Ureinwohner Amerikas, die da im Holocaust sterben mussten. Würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass wir noch nie gesagt haben „Ausländer raus“?

(Abg. **Töpfer** [SPD]: Das stand doch auf Ihren Plakaten!)

Dass es im Sinn und zum Nutzen auch der hier lebenden anständigen Ausländer ist, wenn kriminelle Ausländer hinaus kommen, und das sofort! Die müssen verschwinden! Kriminelle Ausländer müssen hinaus, und es ist auch im Sinne und zum Nutzen der hier anständig lebenden Ausländer. Das haben wir immer wieder betont, also verdrehen Sie hier bitte nichts! — Danke schön!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Senator Dr. Schulte.

(D)

Senator Dr. Schulte: Die Kleinheit dieses Rednerpults entspricht der kleinformigen Rede meines Vorgängers, aber ich muss es erdulden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich danke ganz ausdrücklich den drei Fraktionen der demokratischen Parteien dieses Hauses, dass sie mit diesem Antrag, mit dieser Initiative den Senat zu Maßnahmen auffordern — ich komme gleich auf die einzelnen Punkte —, aber insbesondere die Solidarität, die Gemeinsamkeit in einer uns alle gemeinsam drängenden Frage unterstreichen, wie wir mit den Tendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland zurecht kommen. Gerade weil uns Herr Tittmann mit seiner Rede in dieser Einigkeit gestört hat, ist deutlich zu sagen: Wenn ein Landtagsabgeordneter in Deutschland so viel dummes Zeug, Wahrheitsverfälschung und zum Teil Fälschung daherreden kann,

(Abg. **Tittmann** [DVU]: Welche?)

zeigt es noch deutlicher, wie wichtig es ist, dass wir zusammenstehen und gemeinsame Aktionen starten, um hier in solidarischen Aktionen solchen Ten-

- (A) denzen entgegenzutreten, die die Gefahren des Rechtsextremismus bedeuten.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, natürlich ist es jetzt nicht notwendig, insbesondere darauf hinzuweisen, ich werde aber gleich noch ein paar Zahlen liefern, dass wir glücklicherweise im Land Bremen solche traurigen Vorfälle nicht zu beklagen haben, die wir ansonsten bundesweit sehen. Gleichwohl aber haben wir — und so verstehe ich die heutige Debatte, alle Redner der demokratischen Fraktionen haben darauf hingewiesen —, insgesamt eine Verantwortung gegenüber Erscheinungen, die wir in Deutschland haben. Gerade wir Deutschen haben Verantwortung vor der Geschichte, und darum müssen wir bei dieser Problematik ein besonderes Engagement an den Tag legen. Wir haben zweitens eine Verpflichtung gegenüber unserem Grundgesetz, das wir einhalten wollen, und wir haben drittens eine Solidarität in der Welt zu erfüllen. Diese drei Verpflichtungen, denke ich, zeichnen uns aus, und sie geben uns auch das Recht und die notwendige Kraft, etwas zu tun, um den Gefahren entgegenzutreten.

- (B) Meine Damen und Herren, ich sagte es schon: In Bremen haben wir glücklicherweise keine entsprechenden Vorfälle zu verzeichnen. Die Gewaltmaßnahmen von Rechtsextremisten sind glücklicherweise minimal, und auch die Informationen über verfassungsfeindliche Aktivitäten sind glücklicherweise gering. Aber gleichwohl muss ich Ihnen sagen: Von den uns bekannten Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund in den letzten Jahren sind von 59 Tatverdächtigen im Jahr 1999 allein 51 in der Jahrgangsguppe zwischen 14 und 24. Von den 30 Tatverdächtigen im Jahr 2000 sind 27 ebenfalls in der Jahrgangsguppe von 14 bis 24.

Was bedeutet das? Das bedeutet, dass hier insbesondere junge Leute diesem rechtsextremistischen Gedankengut anhängen und sich auch entsprechend verhalten und Straftaten begehen. Das ist der Grund, weshalb wir im Senat beschlossen haben, eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Federführung der Kollegin Adolf einzurichten, um gerade gegenüber jugendlichen Gruppierungen vorzugehen, aufklärend zu wirken, Maßnahmen einzuleiten und zu verstärken im Vergleich zu dem, was wir bereits in den Vorjahren getan haben. Hier haben Sie, Herr Abgeordneter Isola, darauf hingewiesen, dass es um eine Fortschreibung des bereits vorliegenden Maßnahmenbündels geht. Genau das ist der Sinn dessen, was wir uns vorgenommen haben.

Bei einer Analyse der Jugendlichen, die solche Taten begehen, muss man feststellen: Es sind erstens Jugendliche, die offensichtlich perspektivlos sind, die in der Zukunft keine Chance sehen, die vielleicht ernüchert sind, die vielleicht von Arbeitslosigkeit

bedroht sind und von daher leicht von solchen Heilverkündern eingefangen werden, denen sie nachlaufen. Es sind zweitens aber leider auch Jugendliche, die aus allen möglichen, auch gesicherten beruflichen Bereichen kommen, die aber auch mit einer Null-Bock-Generation das in Frage stellen, was ihre Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Das heißt, wir müssen uns hier alle denkbaren jugendlichen Gruppen anschauen, die durch solche Taten und Gedankengänge in Erscheinung treten, und deshalb ist es wichtig, dass unsere Maßnahmen und Aktionen alle Bereiche umfassen.

Ich darf Ihnen aus der Vielzahl der Maßnahmen, die bereits in den letzten Jahren verabredet worden sind, einige darstellen. Sie ergänzen sich mit dem, was Sie jetzt in Ihrem Antrag vorlegen, und ich denke, es gibt eine gute Grundlage für einen Bericht, den wir dann Ende des Jahres Ihrem Antrag entsprechend vorlegen wollen.

Punkt eins: Sie haben in Ihrem Antrag das Internet angesprochen. Dem rechtsextremistischen Schmutz, der heute im Internet zu finden ist, der übrigens gerade auch aus Herkunftsländern außerhalb Europas kommt, müssen wir etwas entgegensetzen. Wir haben in der norddeutschen Innenministerkonferenz verabredet, dass wir mit unseren Verfassungsschutzorganen gemeinsame Internet-Seiten auflegen wollen, um diesem entgegenzutreten. Das werden die Verfassungsschutzorgane aber nicht allein leisten können. Hier müssen alle möglichen Ressorts und alle möglichen Initiativen beitragen, um hier eine Antwort auf diese extremistischen Internet-Seiten zu geben.

Wir haben, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ aufgelegt. Es ist deshalb wichtig, weil dort gemeinsam mit den ausländischen Mitbürgern, gemeinsam mit schwierigen, sozial bedrohten Familien und Menschen Stabilisierungsmaßnahmen in bedrohten Stadtgebieten stattfinden sollen. Dieses Programm muss fortgesetzt werden.

Wir haben die Maßnahmen im Bereich des Ihnen vorliegenden Berichts zur inneren Sicherheit und Jugendkriminalität im Land Bremen fortzuentwickeln. Das Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus“ liegt vor. Auch das ist ein wichtiger Ansatz, um weitere Schritte zu gehen. Es gibt eine Kooperationspartnerschaft zwischen dem Landeskriminalamt und Bremer Schulen zur Erarbeitung von Handlungsgrundsätzen für Lehrerinnen und Lehrer unter anderem zum Umgang mit Gewalt. Es gibt eine Vernetzung von Jugendaktivitäten und jugendkriminalpolitischen Aktivitäten auf der Ebene des Stadtteils, und wir haben die Ausbildung von Streitschlichtern in Schulen durch den Täter-Opfer-Ausgleich unter Federführung des Senators für Bildung.

Dies alles sind Maßnahmen, die man ergänzen muss und kann und die wir zum Ende des Jahres

(C)

(D)

(A) auch im Detail darstellen werden. Sie sollen unterstreichen, dass der Senat auch in der Vergangenheit nicht untätig gewesen ist.

Wir haben bei der norddeutschen Innenministerkonferenz verabredet, einen Datenaustausch vorzunehmen, um uns über extremistische Aktivitäten, die erkannt worden sind, sofort länderübergreifend auszutauschen und sie bundesweit abzugleichen, um sofort Erkenntnisse aus anderen Bundesländern zu sammeln, um sie auch im eigenen Land umsetzen zu können. Das bietet eine stärkere Information, eine bessere Möglichkeit, gemeinsam vorzugehen!

Wir haben schließlich verabredet, dass in allen Ländern bei der Polizei eine Hotline gegen rechts eingerichtet wird, damit ein Bürger sich, wenn er die Erkenntnis hat, dass hier von rechtsextremistischen Tätern eine Straftat vorliegt oder eine Aktion stattfindet, unter dieser Telefonnummer direkt bei der Polizei melden kann, so dass eingegriffen werden kann. Ich darf diese Nummer auch für die Hörer, die jetzt vielleicht mithören, noch einmal nennen: Es ist die Telefonnummer 04 21 / 3 62 38 87. Das ist die Hotline der Bremer Polizei, die eingerichtet worden ist, um auch eine entsprechende Mitwirkung der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

(B) Meine Damen und Herren, ein Satz zum Verbot der NPD! Ich unterstreiche das, was von den drei Rednern gesagt worden ist: Wir müssen sehr sorgfältig prüfen. Herr Isola, Sie haben völlig Recht: Wenn ein Verbotsantrag nachher scheitert, wäre das schlimmer, als wenn wir diesen Antrag nicht stellen würden. Es gibt bereits, von der IMK verabredet, eine Arbeitsgruppe, an der sich Bremen beteiligt. Diese Arbeitsgruppe bereitet sehr sorgfältig eine solche Prüfung vor, und wir müssen dann gemeinsam entscheiden, ob wir einen solchen Verbotsantrag stellen wollen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch einmal im Namen des Senats für die Initiative danken, diesen Antrag einzubringen. Ich gehe davon aus, dass wir nach Vorliegen der von Ihnen erbetenen Unterlagen eine weitere Debatte führen werden, um dann die einzelnen Maßnahmen zu beraten und dann auch umzusetzen. — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-

Nummer 15/460 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. T i t t m a n n [DVU])

Stimmhaltungen?

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Einsatz von RME (Biodiesel) aus nachwachsenden Rohstoffen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 29. Juni 2000
(Drucksache 15/398)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 29. August 2000

(Drucksache 15/436)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Wischer.

(D) Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten.

(Senatorin W i s c h e r : Ja!)

Meine Damen und Herren, wir treten dann in die Aussprache ein.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Henkel.

Abg. **Henkel** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben meinen Namen richtig ausgesprochen, unter der Anfrage war damals ein kleiner Druckfehler. Henkel ist mein Name!

Es geht hier um das Thema, das uns ja eigentlich immer begleitet, Umwelt, Zukunft, Klimaschutz. Ich will einmal, bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, vorweg sagen, welches Ziel wir eigentlich verfolgen. Ich habe mitbekommen, dass es in der letzten Legislaturperiode gelungen ist, im Bereich Umweltschutz zum Thema Windenergie hier einen Konsens quer durch alle Fraktionen herzustellen und dort auch eine Initiative auf den Weg zu bringen, die diesem Ziel dient. Wir hoffen, dass es auch hier gelingt, zu diesem Thema einen Konsens herzustellen, um eine Entwicklung, von der wir meinen, sie sei sinn-

(A) voll, vorwärts zu treiben, und das auch hier im Land Bremen.

Nun im Einzelnen zum Thema! Wir hatten die Anfrage zum Einsatz von Rapsölmethylester, kurz RME, auch als Biodiesel bekannt, eigentlich in der Hoffnung an den Senat gerichtet, dass dort noch einmal eine gründliche Prüfung dieses Themas erfolgt. Ich muss ganz ehrlich sagen, von dem Ergebnis sind wir enttäuscht.

Die Antwort ist sehr mager. In vielen Punkten, die ich im Einzelnen noch nennen werde, ist die Anfrage meines Erachtens überhaupt nicht beantwortet. Im Übrigen wurde mehr oder weniger aus einer Stellungnahme des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2000 zitiert, die sich inhaltlich nicht wesentlich von der aus dem Jahr 1993 unterscheidet, darauf komme ich aber gleich noch einmal zurück. Es wird hier im Grunde genommen gesagt, das Ganze bringt eigentlich nicht viel, und am Ende steht: Aber prüfen werden wir es trotzdem. Man kann sich vorstellen, wie solch eine Prüfung aussieht, wenn man schon vorher in der Antwort auf die Anfrage gesagt hat, dass das ein Thema sei, das eigentlich überhaupt nicht interessiert.

(B) Ich muss das in Anbetracht der Zeit etwas kurz fassen, ich kann nicht die ganze Breite dieses Themas darstellen, möglicherweise kommen wir in der Diskussion noch auf die spannenden Punkte. Ich will jetzt noch einmal die Kritik an der Antwort des Senats, die ich für unbefriedigend halte, etwas präzisieren. Insbesondere vermissen wir Antworten auf die Fragen nach dem Schadstoffausstoß. Auf das sehr wichtige Thema CO₂, das für die Frage des Klimas ganz entscheidend ist, das brauche ich jetzt hier nicht im Einzelnen zu erläutern, ist überhaupt nicht eingegangen worden, obwohl wir hier beim Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen ja das Phänomen haben, dass kein Kohlenstoff, der in Jahrmillionen festgesetzt und gespeichert worden ist, in die Atmosphäre freigesetzt wird. Hier handelt es sich bei dem verbrannten Kohlenstoff um solchen, der durch die Photosynthese von der Pflanze gebunden wird und in dem Maß wieder freigesetzt wird.

Unbestreitbar wird bei der Herstellung von Rapsöl, bei der Anpflanzung und bei der Verarbeitung, noch zusätzlich Energie aufgewandt, aber das gilt natürlich auch für andere Brennstoffe. Oder glaubt irgendjemand, dass eine Raffinerie noch funktioniert, wenn ich den Strom ausschalte? Oder dass ich Öl herstellen kann, Erdöl umwandeln kann in seine verschiedenen Endprodukte — Benzin, Diesel, und wie sie alle heißen —, ohne Energie zuzuführen?

Dann komme ich zu dem ganz entscheidenden Punkt der Rußpartikel. Die Ausführung hierzu fand ich sehr enttäuschend. Wir wissen alle, dass in einigen Bereichen der Einsatz von Diesel mitunter strittig ist, weil bekannt ist, dass Krebs erregende Rußpartikel freigesetzt werden. Gerade da ist zum Bei-

spiel RME, Biodiesel, Kraftstoff, der ein anderes Verhalten zeigt, auf das ich gleich noch eingehe.

(C)

Dann wurde auf die Frage nach Erfahrungen anderer Anwender nicht tiefer eingegangen, die zwar in der Großen Anfrage nicht aufgelistet worden waren, aber ich habe zehn Großenwender noch einmal dem Ressort nachgereicht und quasi die Quellen angegeben, wo man wirklich vergleichen kann. Es gibt beispielsweise einen großen Verkehrsbetrieb in Geilenkirchen, ich könnte sie alle auflisten, bis hin zu Graz, wo es mittlerweile ein Projekt gibt, das auch auf der Expo unter dem Titel „Von der Pfanne in den Tank“ vorgestellt wurde, wo Gebrauchtfette von der Gastronomie abgeholt und verwendet werden, um Biodiesel herzustellen. All diese Dinge sind hier nicht geprüft worden. Es wurde lediglich auf einen nicht näher beschriebenen und dokumentierten Versuch in Bremerhaven hingewiesen, aber ohne präzise Angaben, und damit im Grunde das Thema beendet. Kurzum: Das kann nicht alles gewesen sein!

Ich möchte, ohne jetzt noch weiter darauf einzugehen, ich könnte dazu noch sehr viel sagen, vielleicht einen Gesichtspunkt doch noch nennen. In der Stellungnahme des Umweltbundesamtes, auf die das Ressort Bezug nimmt, wird behauptet, das Substitutionspotential Diesel durch RME, Mineraldiesel, betrage in Deutschland 0,5 Prozent. Dies wird auch wieder vom Ressort übernommen. Das ist nachweislich falsch! Nur um einmal zu zeigen, mit welchen Werten da gearbeitet wird: Selbst ESSO, Rockefeller's alte Standard Oil, die im Internet fürchterlich aus nachvollziehbaren Gründen gegen Biodiesel polemisieren, gestehen zu, dass das Substitutionspotential in Deutschland zwischen fünf und sieben Prozent liegt.

(D)

In Frankreich, ich weiß nicht, ob das jedem bekannt ist, ist dem Diesel grundsätzlich fünf Prozent Biodiesel beigemischt. In Frankreich sind die Verhältnisse nicht so viel anders als in Deutschland. Dort hat man die Frage einfach auf diese Art und Weise gelöst.

Das heißt also, ich kann das dann auch im Einzelnen mit Hektarangaben und so weiter belegen, dass die Zahlen definitiv falsch sind, dass diese Stellungnahme des Umweltbundesamtes mehr als fragwürdig ist. Das kann ich Ihnen auch noch an anderen Punkten belegen. Man kann nur zu dem Ergebnis kommen: Nicht immer wenn Umwelt darauf steht, ist auch Umwelt darin. Das gilt für das Umweltbundesamt ganz besonders!

(Beifall bei der CDU)

Jetzt gestatten Sie mir, dass ich noch einmal auf das eigentliche Thema, was ist Biodiesel, wieso haben wir das hier in die Diskussion gebracht, eingehe! Biodiesel wird, wie ich schon gesagt habe, aus nachwachsenden Rohstoffen hergestellt, aus Raps-

(A) öl. Wobei man gleich dazu sagen muss, dass auch andere Pflanzenöle geeignet sind. Nur in dem geographischen Zusammenhang — in den USA sieht es ein bisschen anders aus, da kann man auch mit Soja arbeiten — ist Raps die Pflanze, die sich anbietet.

Raps ist eine ökologisch wertvolle Alternative zu Flächenstilllegungen. Die Stilllegungsfläche in Deutschland beträgt 1,5 Millionen Hektar. Ich brauche nur eine Million Hektar mit Raps zu bebauen und in Biodiesel umzuwandeln, dann habe ich schon die fünf Prozent erzeugt, von denen ich anfangs gesprochen habe.

Raps ist ein Tiefwurzler, er durchdringt auch verdichtete Böden und sorgt für eine bessere Bodendurchlüftung. Er fördert die biologische Bodenaktivität und verbessert damit auch die Bodenstruktur für Nachfolgefrüchte. Raps nutzt organische Dünger hervorragend, das hängt mit der sehr feinfasrigen Wurzelstruktur zusammen, wodurch auch der Einsatz mineralischen Düngers auf ein Minimum reduziert oder sogar ganz vermieden werden kann.

Bei der Verbrennung von Biodiesel entsteht etwa so viel CO₂, wie die Pflanze in der Photosynthese beim Wachstum aufgenommen hat. Das heißt, wir können hier von einem weitgehend geschlossenen CO₂-Kreislauf reden. Biodiesel ist fast schwefelfrei, der Anteil liegt unter 0,001 Prozent, weshalb Schwefeldioxidemissionen sehr gering sind, und es auch möglich ist, darauf komme ich auch gleich noch, Oxidationsfilter in den Fahrzeugen einzusetzen.

(B) Biodiesel verbrennt besser als Diesel, weshalb die Rußemissionen ohne irgendwelche Filter bereits um 50 Prozent reduziert werden. Das hängt damit zusammen, dass Sie im Molekül von RME zwei Sauerstoffatome haben, die bereits bei der Verbrennung zur Verfügung stehen und von daher eine intensivere Verbrennung haben, die rückstandsfrei ist.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, ich höre Ihren Ausführungen sehr gern zu, aber Ihre Redezeit läuft ganz langsam ab.

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Abg. **Henkel** (CDU): Entschuldigung, aber es ist ein spannendes Thema, und ich habe Schwierigkeiten, alles unterzubringen.

(Heiterkeit bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will noch einmal ein paar Punkte nennen, und dann komme ich zum Schluss. Biodiesel ist ein Stoff, der biologisch leicht abbaubar ist. Ich sage nur Boden- und Wasserschutz! Ich brauche nicht darzustel-

len, welche Probleme wir durch die großen Tankerunfälle haben, wenn Erdöl um den halben Erdball transportiert wird. Biodiesel als Öl wird durch Bakterien abgebaut, wenn es wirklich einmal in das Wasser gelangt, und es muss nicht um die ganze Welt transportiert werden. Ich denke, ich mache damit erst einmal Schluss und setze voraus, dass Sie sich schon mit dem Thema befasst haben. Ich warte ganz gespannt, wie das von den anderen Fraktionen beurteilt wird. Ich bin gern bereit, dann in die weitere Diskussion wieder einzusteigen. Vielleicht haben wir den Konsens, den wir uns wünschen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wilts.

Abg. Frau **Wilts** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Henkel, Ihre Begeisterung reißt einen geradezu mit, aber man muss hier und da auch noch gewisse Bedenken berücksichtigen. Das will ich einmal versuchen darzustellen. Es klingt zunächst beeindruckend, wenn man hört, Biodiesel aus nachwachsenden Rohstoffen kann das gebräuchliche Dieselöl aus fossilen Vorkommen ersetzen, die in Millionen von Jahren entstandenen Energiereserven bleiben erhalten, stattdessen wird die Energie für Fahrzeuge direkt aus erneuerbaren, regenerativen Quellen geschöpft. Ein faszinierender Gedanke! Leuchtend gelbe Rapsfelder im Sommer, und im Herbst wird aus den Samen Öl gepresst.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Und Honig!)

Auch Honig, aber den kann man in den Motoren nicht so gut verwenden! Hier soll ja Rapsmethylester, RME, gewonnen werden, der als Biodiesel in jedem Dieselmotor, wie Sie richtig gesagt haben, verbrannt werden kann. Biodiesel hat eine Menge gleicher Eigenschaften wie Diesel aus Erdöl. Er ist zum Beispiel leicht entzündlich, es bilden sich mit Luft und dem Sauerstoff, der dort ohnehin schon gebunden ist, explosive Gemische, die bei ausreichender Kompression im Motor ohne Zündkerzen auskommen, wie beim Dieselmotor ja auch.

Allerdings haben chemische Ester — und RME, Rapsmethylester gehört zu dieser Gruppe — auch ein paar Eigenschaften, die für den Gebrauch in Tanks und Motoren etwas ungünstig sind, wie ja auch aus der Antwort auf die Große Anfrage hervorgeht. Sie sind eine Vorstufe der Essigsäure und daher ein wenig aggressiv. Zu ihrer Herstellung wird unter anderem übrigens konzentrierte Schwefelsäure als Katalysator benötigt. Sie steckt dann am Ende zwar nicht mehr im Biodiesel in Form von irgend-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) welchen Schwefelverbindungen, muss aber ja auch irgendwie aufgefangen und bereitgestellt werden. RME emittiert allerdings eindeutig angenehmere Aromen als Diesel aus Erdöl. Sie haben das eben schon zitiert, obwohl der Duft nach Pommes Frites nicht zu vergleichen wäre mit dem anderer Ester, zum Beispiel Methylbutanat oder Ethylmethanat, Rumaroma.

Noch zu bedenken wäre, dass Dieselöl und Heizöl bei der Destillation und Fraktion von Erdöl ohnehin anfallen. Eine Einsparung bei einem Anteil der Erdölbehandlung muss immer auch im Zusammenhang mit den anderen Fraktionen gesehen werden. Wenn Sie weniger Dieselöl verwenden wollen, haben Sie am Ende auch weniger Benzin, weniger schweres Heizöl, weniger Kerosin und weniger Bitumen für den Straßenbau in Form von Teer.

Vergleicht man die Informationen, die man aus dem Internet, das Sie auch eben zitiert haben, zum Thema Biodiesel bekommt, so gibt es auffallende Übereinstimmungen mit der Großen Anfrage der CDU. Allerdings fehlen da schlicht die Erkenntnisse, die das Umweltbundesamt, wie der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen ist, inzwischen veröffentlicht hat. Ich nehme zunächst einmal an, dass die Zahlen richtig sind. Solange kein Gegenbeweis angetreten worden ist, glaube ich zunächst einmal diesen Zahlen.

(B) Da ist vor allen Dingen der hohe Flächenverbrauch. 10 000 Quadratkilometer Rapsanbau, Sie haben das auch zitiert, werden zur Treibstoffgewinnung benötigt, um fünf Prozent des Dieselbedarfs in Deutschland zu ersetzen. Diese Zahlen haben Sie auch genannt, also werden sie wohl stimmen. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, und das ist entscheidend, ist bei einer solchen Monokultur beachtlich.

Nun kann man in diesen Tagen trefflich über die Höhe von Kraftstoffpreisen streiten, wie wir überall hören. Vorgestern kostete ein Liter Diesel an meiner Tankstelle 172,9 Pfennig. Das ist ein enorm hoher Preis, der eine Reihe von Ursachen hat, wie Sie alle wissen. Die Ökosteuer hat ja nur einen sehr geringen Anteil daran. Wenn Sie vielleicht Gelegenheit haben, ins europäische Ausland zu fahren, werden Sie bemerken, dass dort die Benzinpreise höher liegen als bei uns. Nach einem Bericht der „Nordsee-Zeitung“ vom 12. September liegt Deutschland bei den Benzin- und Dieselpreisen an neunter Stelle. In Portugal ist der Sprit allerdings noch billiger.

Ist eine Nutzung von Biodiesel für Fahrzeuge des Landes Bremen wirtschaftlich sinnvoll? Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, dass es im Land Bremen durchaus Versuche gegeben hat, Biodiesel zu nutzen. Die Ergebnisse waren eher negativ. Positiv werten sollten wir, dass demnächst eine Informationsveranstaltung zu alternativen Kraftstoffen, wie aus der Antwort zu entnehmen ist, vorgesehen ist.

Abschließend möchte ich noch auf eine Initiative aus dem Bundesverkehrsministerium hinweisen: Trainingskurse zu kraftstoffsparendem Autofahren! Leider wurden sie bisher wenig angenommen. Ich kann mich gut an einen Vergleich in der eigenen Familie erinnern, bei dem mit demselben Auto auf der gleichen Strecke bei gleicher Fahrzeit und gleichen Wetterbedingungen 25 Prozent weniger Sprit verbraucht werden konnte, von älteren Fahrern.

(Beifall bei der SPD — Abg. S c h r a m m [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht jeder Porschefahrer ist über 50!)

Da war ich noch nicht ganz 50!

Vielleicht wäre ein Fahrertraining mit der Intention, optimal zu fahren bei geringstem Spritverbrauch, für alle Fahrzeugführer der beiden Kommunen und des Landes am sinnvollsten. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen stimmen weitgehend der Mitteilung des Senats und den von Frau Wilts ausgeführten Erläuterungen zu, und ich möchte hier auch nicht mehr Details hinsichtlich ökologischer, chemischer und biologischer Prozesse ausführen, sondern stärker auf das politische Agieren, insbesondere der CDU, eingehen.

Biodiesel ist sinnvoll als ein Teil eines Mixes verschiedener Möglichkeiten, die Abhängigkeit von Mineralölprodukten herunterzufahren und die Umwelt zu entlasten, ein Teil in einem Mix! Dabei muss man sehr genau hinschauen, ob es zur heutigen Zeit Sinn macht, im Bereich des motorisierten Straßenverkehrs diesen Anteil in dem Mix weiter auszubauen, ob das die technologische Antwort ist. Da sagen wir: Nein! Es ist nicht sinnvoll, den Ausbau des Einsatzes von Biodiesel in der kommunalen und landeseigenen Fahrzeugflotte weiter zu forcieren.

Durch den Vorschlag der CDU, muss ich leider sagen, sehe ich mich in die Diskussion von vor zehn Jahren zurückversetzt, und die Argumente sind ja auch auf der Ebene gekommen, als man das ernsthaft diskutiert hat. Es sind viele Pilotvorhaben, Forschungen durchgeführt worden, die zu dem Ergebnis kommen, dass es keinen Sinn macht, für den motorisierten Straßenverkehr einen weiteren Ausbau stark zu forcieren, sondern dass Biodiesel insbesondere in den umweltsensiblen Bereichen Sinn macht. Umweltsensible Bereiche sind die Landwirtschaft und die Schifffahrt, wo es um Gewässerschutz-

(C)

(D)

(A) fragen geht, weil nämlich dort, wenn es zu Verschmutzungen kommt, aufgrund der biologischen Abbaubarkeit des Rapsmethylesters die Verschmutzungen nur kurzfristig sind und die Substanzen wieder in den Kreislauf integriert werden.

Das ist der Sachstand, und das hat auch die Industrie erkannt. Die Industrie setzt nicht mehr für den motorisierten Individualverkehr auf Biodiesel, sondern sie setzt auf die mit Wasserstoff betriebene Brennstoffzelle, den man dann sozusagen als Vision durch Sonnenenergie erzeugt. Das ist, was man entwickeln sollte und Biodiesels-technologie in den umweltsensiblen Bereichen. Dort werden nämlich die größten Umweltentlastungen erreicht. Das Problem hängt eben mit dem enormen Flächenanspruch zusammen, den der Rapsanbau hat.

Jetzt komme ich aber zum politischen Agieren der CDU, und da möchte ich mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Vorspann zu Ihrer Großen Anfrage zitieren: „Unbestreitbar ist auch die Tatsache, dass der Verkehr und da insbesondere der motorisierte Straßenverkehr in Mitteleuropa und Nordamerika den größten Teil an Schadstoffemissionen aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe in Form von Mineralölprodukten verursacht.“ Hier hat die CDU Recht. Das Problem, das ich sehe, ist nur, dass sie völlig anders agiert.

(B) Ich fasse den Sachverhalt, den ich jetzt versucht habe deutlich zu machen, noch einmal zusammen: Es ist nicht sinnvoll, den Einsatz von Biodiesel im motorisierten Straßenverkehr weiter voranzutreiben. Wichtig ist, die Anbaupotentiale des Ölpflanzenanbaus in Deutschland für die umweltsensiblen Bereiche zu nutzen. Das ist der Sachstand, das wissen wir. Deswegen hat die rotgrüne Bundesregierung beziehungsweise haben die Fraktionen der Grünen und der SPD am 22. Februar einen entsprechenden Antrag in den Bundestag eingebracht, und ich zitiere hier aus der Drucksache 14/2766 des Deutschen Bundestages: „Der Bundestag wolle beschließen: Der Deutsche Bundestag stellt fest, die Förderung und die Markteinführung von biogenen Treib- und Schmierstoffen in umweltsensiblen Bereichen auf der Grundlage der geplanten Mittel von 20 Millionen DM zu verstetigen und weiter auszubauen.“ Das müsste doch ganz im Sinne der Bremer CDU sein. Aber was passierte? Der Antrag wurde an den Finanzausschuss überwiesen, und in dessen Sitzung am 30. Juni 2000 stimmte die CDU gegen diesen Antrag.

Meine Damen und Herren von der CDU, Sie sind also für den Einsatz von Biodiesel und den weiteren Ausbau in Bereichen, in denen er ökonomisch und ökologisch nicht sinnvoll ist, aber in den Bereichen, in denen er Sinn macht, stimmen Sie auf Bundesebene dagegen. Das kann ich nicht mehr nachvollziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(C) Vielleicht noch einmal für die Landwirtschaft: Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse wird dieses Markteinführungsprogramm durchgeführt, und es wird in den nächsten Tagen auch ein entsprechendes Förderprogramm ausgeschrieben, nämlich Förderung eines Demonstrationsvorhabens im Rahmen des Förderprogramms Nachwachsende Rohstoffe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Schwerpunkt Praxiseinsatz von neuen, serienmäßig rapsöлтаuglichen Traktoren. Auch dies ist ein Beispiel für die vielen Aktivitäten, die die rotgrüne Bundesregierung unternimmt, um umweltfreundliche Alternativen zum Einsatz von Mineralölprodukten zu entwickeln.

Hier bin ich beim zweiten und letzten Stichwort, nämlich Klimaschutz. Ich bin mittlerweile wirklich der Überzeugung, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie das Wort Klimaschutz eigentlich nicht mehr in den Mund nehmen dürften. Wenn man Ihre Kampagne gegen die Ökosteuer und alles zusammen nimmt

(Widerspruch bei der CDU)

und zudem weiß, dass die Vereinbarungen von Kyoto — wenn jetzt keine Trendwende passiert — vor allen Dingen aus dem Grund nicht einhaltbar sein werden, dass trotz der Reduktionsvorgaben im Straßenverkehr die CO₂-Emissionen um 11,1 Prozent zugenommen haben, dann ist doch klar, dass hier in der Tat eine Trendwende erforderlich ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Die Säulen des Klimaschutzprogramms werden ja demnächst auch im Bundestag debattiert. Der Zwischenbericht der Bundesregierung liegt vor, und dort wird es ein ganzes Maßnahmenpaket mit Alternativen geben, und hier bin ich wirklich einmal gespannt, ob sich die CDU ebenso verhält, wie sie hier mit ihrem Antrag zum Ausdruck bringen will. — Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Henkel.

Abg. **Henkel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist genau das eingetreten, was ich befürchtet habe. Parteipolitische Gesichtspunkte sind dann doch wichtiger als die Gesundheit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und die Umwelt.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist ziemlich frech, Herr Henkel!)

(A) Frau Dr. Mathes, wir sind gemeinsam in der Umweltdeputation damit konfrontiert worden, dass wir in der Innenstadt in Bremen am Messpunkt Am Wall einen Wert an Rußemissionen, an Partikelausstoß haben, der über der 1995 festgelegten Obergrenze ist. Wenn Sie sich am Schüsselkorb hinstellen, wo nicht gemessen wird, wird es wahrscheinlich noch schlimmer sein, weil da ja ein Tunneleffekt ist. Am Messpunkt Am Wall ist ja noch relativ viel Möglichkeit, dass der Wind das vertreibt.

Es ist klar, da fährt jede Minute ein Linienbus durch. Jede Minute! Schauen Sie sich einmal den Fahrplan von der Straßenbahn an! Dann kommen noch Taxis hinzu, alles Dieselfahrzeuge. Wenn Sie jetzt beispielsweise etwas für die Bürgerinnen und Bürger tun wollen, die dort ja tagsüber nicht in geringem Maß vorkommen, sondern den Dreck dann auch einatmen, dann wäre das zum Beispiel ein erster konkreter Schritt, bevor Sie anfangen, hier über Wasserstoff zu philosophieren und gleichzeitig als Grüne bundesweit den Strom abschalten, mit dem Sie ja den Wasserstoff erst einmal erzeugen müssen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wenn Sie Kernenergie stilllegen wollen, wenn Sie sie durch fossile Energie ersetzen wollen, dann schaffen Sie am Ende Wasserstoffautos, bei denen zwar kein Abgas freigesetzt wird, deren Auspuff aber das Kohlekraftwerk, Braunkohlekraftwerk, was immer Sie da fördern, ist, ob das kraft-wärme-gekoppelt ist oder nicht, es wird die Umwelt und das Klima damit belastet. Das ist die Unehrllichkeit von grüner Energie- und Umweltpolitik.

(Beifall bei der CDU)

Da muss man leider auch Ihnen sagen: Nicht immer, wenn Umwelt darauf steht oder wenn einer für sich behauptet, Umweltpolitik zu machen und das wie eine Monstranz vor sich herträgt, betreibt er wirklich Umweltpolitik. Das ist ein ganz konkreter Fall, wo wir Ihnen das belegen können.

(Beifall bei der CDU — Abg. Frau L i n - n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum haben Sie das im Bundestag abgelehnt?)

Frau Linnert, Sie können sich gleich zu Wort melden, ich unterbreche Sie auch nicht. Oder stellen Sie eine Zwischenfrage, die beantworte ich Ihnen gern!

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. **Henkel** (CDU): Bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Linnert!

(C)

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Henkel, erklären Sie uns doch bitte, warum Ihre Fraktion das im Haushaltsausschuss des Bundestags abgelehnt hat. Sagen Sie das doch dann einmal hier!

Abg. **Henkel** (CDU): Ich kann über das, was jetzt in der Bundestagsfraktion diskutiert worden ist, schlicht und ergreifend nichts sagen, weil ich nicht mit den Kollegen dort gesprochen habe. Nur macht es natürlich wenig Sinn, wenn Sie das begrenzt vorhandene Rapsöl für irgendwelche Traktoren draußen einsetzen — übrigens würde es gar nicht für die gesamte Landwirtschaft reichen —, und in den wirklich umweltsensiblen Bereichen, sprich urbanen, innenstädtischen Bereichen, wo die Leute unmittelbar mit den Emissionen aus den Auspuffrohren konfrontiert werden, interessiert Sie das nicht.

Wenn Sie zum Beispiel die Dieselfahrzeuge mit RME betreiben, haben Sie ohne Katalysator bereits eine Reduktion um 50 Prozent. Arbeitsmediziner der Göttinger Universität haben 1998 belegt, dass die Rußpartikel, die bei Biodiesel ausgestoßen werden, außerdem zehnmal weniger Krebs erregend sind als die des Mineralöldiesels. Statt Sie diese Biodieselfahrzeuge mit Oxydationskatalysatoren aus, die Sie nämlich nur mit dem schwefelfreien Kraftstoff betreiben können, dann haben Sie einen Rußausstoß, der an der Nachweisgrenze liegt. Das ist ein ganz konkreter, unmittelbar umsetzbarer Beitrag für Gesundheit und Umwelt hier in Bremen, für Ihre Bürgerinnen und Bürger!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Da verweigern Sie sich. Da ist die Stunde der Wahrheit.

Es geht nämlich um etwas ganz anderes! Wenn das Umweltbundesamt hier gemeinsam mit Standard Oil, Esso ist ja nichts anderes, früher war Rockefeller's Standard Oil das beliebteste Objekt aller Kapitalismuskritiker, jetzt auf einmal Seite an Seite stehen, ist das hochinteressant! Ja, um was geht es denn? Es geht um Geld! Wenn hier fünf Prozent Diesel substituiert werden, also ersetzt werden, dann geht natürlich der Bundesregierung Mineralölsteuer in Höhe von 1,3 Milliarden DM verloren. Für Pflanzenöl können Sie genauso wenig Mineralölsteuer verlangen, wie Sie für Mineralwasser Sektsteuer verlangen können. Das ist klar!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Da ist das Problem! Dann sehen Sie natürlich mit Ihrer Ökosteuer nicht ganz gut aus, weil Sie auch schlecht Ökosteuer erheben können. Es ist ja ein

- (A) ökologischer Treibstoff. Sehen Sie, und so schnell schließt sich der Kreis.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Standard Oil auf Grüne trifft und es ans Geld geht, dann reagieren Sie mit Pawlow'schem Reflex: Nein, das wollen wir nicht, hier geht es um Kohle, Staatsknete, schlicht und ergreifend! Das ist doch die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Haben Sie sich einmal durchgelesen, was das Umweltbundesamt geschrieben hat? Das ist eine abenteuerliche Argumentation! Wo man zugeben muss, dass die Energiebilanz ja eigentlich günstiger ist, weil bei der Herstellung von RME auch Glycerin anfällt, das die chemische Industrie braucht und zu wenig aus biologischen Quellen vorhanden ist — darum wird es aus fossilen hergestellt —, da wird gesagt, der Vorteil wäre gar nicht so groß. Wenn nämlich mehr Glycerin hergestellt wird, dann fällt bestimmt der Marktpreis, dann bringt das nicht mehr so viel.

Es entsteht bei der Herstellung von RME auch Viehfutter, Rapsschrot. Da wird gesagt — das kann man ja nicht leugnen, das ist ja auch eine Energieeinsparung, die in die Energiebilanz einfließt —, das können wir nicht machen, denn wir haben ein Abkommen mit den USA, dass wir deren Sojaschrot einführen. Sehr ökologisch! Das Soja wird quer über den Atlantik geholt, und das Rapsschrot dürfen wir hier nach dem Blairhouse-Abkommen nicht verwenden. Anstatt dann den richtigen Schluss zu ziehen und zu sagen, dass man dann solche Abkommen ändern muss, wenn man ökologisch und umweltorientiert ist, wird das als absolute Tatsache, als unveränderlich angenommen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Qualität Ihrer Argumentation und Ihrer Politik!

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Den Vertrag hat wahrscheinlich damals die von Ihnen geführte Bundesregierung geschlossen!)

Es gibt nichts Schlimmeres, als wenn das Thema Umwelt von Ideologen besetzt wird, die statt Umwelt nur noch den Fetisch haben: Ausstieg aus der Kernenergie, ohne Rücksicht auf Verluste und Klima! Das ist das Problem. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schuster.

Abg. **Dr. Schuster** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Henkel, Ihren letzten Aufruf, dass man in der Umweltpolitik zur Sachlichkeit zurückkommen muss, kann ich völlig unterschreiben

(C)

(Abg. Frau **D r . T r ü p e l** [Bündnis 90/Die Grünen]: Und zurückgeben!)

und zurückgeben.

Man kann den Grünen viel vorwerfen, aber dass sie in der Umweltpolitik nur auf den Ausstieg aus der Kernenergie setzen und ansonsten Kreislaufzusammenhänge nicht begreifen, das geht wirklich vorbei.

(Abg. **H e r d e r h o r s t** [CDU]: Brauchen die Grünen jetzt schon einen Anwalt?)

Zum anderen möchte ich betonen, dass viele der umweltpolitischen Vorstellungen der Grünen auch von der SPD geteilt werden, deswegen rede ich auch in eigener Sache, Herr Herderhorst!

Zwei Bemerkungen möchte ich mir allerdings nicht verkneifen. Worüber ich mich richtig freue, ist, dass die CDU-Fraktion das Thema Reduzierung der Umweltbelastung des Verkehrs offensiv in Bremen angehen will. Das finde ich gut.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

Ich freue mich darauf, dass wir die CDU bald beim Wort nehmen können. Diesen Ball greife ich gern auf, und mir fallen viele Maßnahmen ein, wie man in Bremen die Umweltbelastung des Verkehrs reduzieren kann. Darüber werden wir in der Umweltdeputation debattieren, und dann wird sich zeigen, wie ernsthaft bestimmte Äußerungen sind, oder wo dann doch ein paar Haken sind. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht auf Details eingehen. Ich muss natürlich nur das von mir weisen, was Sie mir und uns Bündnisgrünen alles hier vorgeworfen haben. Ich möchte das auch an einem Beispiel machen. Herr Henkel, es tut mir Leid, ich kann Ihre Logik nicht nachvollziehen. Das ist für meine Sicht schon fast kabarettreif, aber lassen wir es.

Ich freue mich natürlich als Sprecherin der Umweltdeputation darauf, ebenso wie Herr Schuster, wenn die CDU umweltpolitisch jetzt auch Maßnah-

(A) men mit umsetzt und mit ergreift, das dann zu machen, so dass wir dann wirklich zu Taten kommen und weg von Sonntagsreden. Das wäre wirklich ein Ziel, und dann lassen wir das jetzt so stehen.

Ein Beispiel, was Sie ja genannt haben, ist, dass wir jetzt in der öffentlichen Fahrzeugflotte Biodiesel brauchen, weil Am Wall die Werte hinsichtlich des Rußes zu hoch sind. Da könnten wir ganz einfach verkehrsregelnde und verkehrsbeschränkende Maßnahmen machen. Frau Wilts ist auf das Fahrverhalten eingegangen und so weiter. Wie viele Autos kommen denn von außerhalb? Wie wollen Sie die jetzt alle dazu bringen, mit dem privaten Pkw auf Biodiesel umzusteigen?

Dann sind wir wieder bei dem Punkt der enormen Mengen, die gebraucht werden, und es geht hier im Endeffekt um eine auch umweltmäßige und entlastungsmäßige Optimierung, da den besten Weg zu finden. Der ist hinsichtlich des Einsatzes von Biodiesel in den umweltsensiblen Bereichen belegt durch viele Gutachten, und da haben wir Grüne zusammen mit der SPD die Initiativen eingebracht, und da haben Sie dagegen gestimmt. Das sind Punkte, die dann für mich auch nicht mehr nachvollziehbar sind. — Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Henkel.

Abg. **Henkel** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes, ich verstehe Ihr Problem. Wenn man einmal ideologisch festgelegt ist, und dann wird etwas gesagt, was gar nicht in das Schema passt, ist das schwer einzuordnen. Dann muss man das einfach ignorieren.

Bleiben wir einmal ganz konkret bei dem Thema Messpunkt Am Wall! Da habe ich Ihnen gesagt, jetzt wiederhole ich es noch einmal, weil Sie es offensichtlich nicht mitbekommen haben, wir haben dort ein hohes Aufkommen an Dieselmotoren. Das ist etwas anderes als die von Ihnen zitierten Leute, die mit dem Auto in die Stadt kommen. Darauf haben Sie gesagt — als ich in dem Zusammenhang darauf hingewiesen habe —, dann verbieten wir den Leuten, mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Wunderbar! Das ist klar, dass Ihnen irgendeine Form von wirtschaftlichem Aufschwung hier in Bremen ein Dorn im Auge ist, das habe ich inzwischen auch gelernt.

Wir werden die Leute nicht aussperren. Wir werden, wenn technische Lösungen so greifbar nahe sind —. Die sind nicht neu erfunden. Ich könnte Ihnen die ganzen Betriebe aufzählen, die mittlerweile mit Rapsöl fahren. In Graz, und das wird Sie natürlich etwas erstaunen oder in Verlegenheit bringen, sind sie von Greenpeace für ihre Initiative aus-

gezeichnet worden, dass sie ihre Fahrzeuge auf Rapsöl umgestellt haben. Hinzu kommt dieses Gebrauchtfett, dieses Speiseöl aus der Gastronomie, das vorher kostenpflichtig entsorgt werden musste — übrigens auch hier in Bremen, nach wie vor, die müssen dafür bezahlen, wenn sie es nicht heimlich entsorgen —, das kann man dort umsonst abliefern. Daran ist ein Beschäftigungsprojekt angehängt, bei dem Langzeitarbeitslose beschäftigt werden, dieses Öl einzusammeln. Das kostet die Stadt Graz überhaupt nichts, weil sie dieses Altöl an den Weiterverarbeiter verkauft, der es zu Biodiesel verarbeitet.

Das heißt, dass dies eine Technologie ist, bei der nicht zusätzlicher Diesel hergestellt wird, sondern Diesel als externer Treibstoff, der uns hier als Bodenschatz auch gar nicht zur Verfügung steht, substituiert wird, wo wir ein kleines Stück Unabhängigkeit von der externen Versorgung gewinnen. Das müssten Sie als Grüne normalerweise, wenn ich Ihre Ansprüche immer höre, begrüßen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Mathes?

Abg. **Henkel** (CDU): Selbstverständlich!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Henkel, würden Sie zur Kenntnis nehmen, und ich möchte da wirklich nicht missverstanden werden, dass ich gesagt habe, dass ein nennenswerter Ausbau in dem Bereich des motorisierten Straßenverkehrs keinen Sinn mehr macht? Das heißt nicht, dass die Vorhaben, die bisher gemacht wurden, richtig und wichtig waren. Im Anschluss kommt jetzt meine Frage: Was glauben Sie, wie groß die Anbaufläche für Raps sein muss, um das, was Sie wollen, auch zu erreichen? Wie viel Fläche muss bebaut werden, damit diese Umstellung passieren kann?

Abg. **Henkel** (CDU): Die Frage kann ich Ihnen natürlich, darauf bin ich vorbereitet, gern beantworten. Ich habe auch die genauen Zahlen da. Das sind die hier schon vielfach zitierten eine Million Hektar, das sind drei Prozent der landwirtschaftlichen Anbaufläche. Wir haben in Deutschland allein an Straßen- und Verkehrsflächen von der Gesamtfläche Deutschlands sieben Prozent belegt. Das ist etwa die Hälfte dessen, was wir an Verkehrsfläche haben, wobei übrigens auch der Spruch von der Monokultur unsinnig ist. Sie können Raps nicht immer an derselben Stelle anbauen. Das heißt, Sie müssen Raps in die ganz normale Fruchtfolge einbauen, dann ist das für den Boden gut. Aber wenn Sie Raps immer an derselben Stelle anbauen, wird der Raps nicht

(A) mehr gedeihen, weil er den Boden einseitig belastet. Von daher ist das eine verschwindend geringe Menge. Drei Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche, nicht der Gesamtfläche Deutschlands, wobei 80 Prozent Deutschlands land- und forstwirtschaftlich genutzt werden! Das sind 35 Millionen Hektar.

(Beifall bei der CDU)

Von daher befürchte ich, dass wir heute zu keinem Ergebnis mehr kommen werden, aber ich mache Ihnen einmal folgenden Vorschlag, und ich möchte den auch als versöhnlichen Vorschlag gewertet wissen: Diese Geschichte, die dort in Graz gemacht wird, ist schon einen Schritt weiter. Das ist Öl, das sowieso schon für Speiseöl hergestellt worden ist. Wir sollten uns das einfach einmal gemeinsam anschauen. Ich habe von dem dortigen Umweltamt in Hannover, von der Expo, eine Einladung mitgenommen. Sie haben uns herzlich eingeladen, ich weiß gar nicht, was für eine Partei dort an der Regierung ist, das interessiert mich in dem Zusammenhang nicht,

(Heiterkeit bei der CDU)

(B) sondern es geht nur um die Sache. Lassen Sie uns da einmal hinfahren, dieses von Europa und von Greenpeace prämierte Projekt anschauen, und dann lassen Sie uns einmal ganz sachlich weiterreden! Vielleicht kommen wir doch noch auf einen Nenner.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Wilts?

Abg. **Henkel** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Frau Wilts!

Abg. Frau **Wilts** (SPD): Herr Abgeordneter Henkel, es ist Ihnen vielleicht entgangen, aber das hängt sicher auch damit zusammen, dass es am Dienstag im Fernsehen gesendet wurde, dass solch ein Projekt auch in Niedersachsen schon stattfindet! Dann brauchen wir nicht so weit zu fahren.

Abg. **Henkel** (CDU): Wo bitte? Das ist mir entgangen. Ich habe im Internet alles Mögliche erforscht, aber das habe ich nicht gefunden.

Abg. Frau **Wilts** (SPD): In Niedersachsen!

Abg. **Henkel** (CDU): Auf der Expo in Hannover wird das vorgestellt, das ist richtig. Aber wo in Niedersachsen?

Abg. Frau **Wilts** (SPD): Das werde ich Ihnen in der Umweltdeputation noch genauer sagen.

(C)

Abg. **Henkel** (CDU): Wunderbar! Aber wenn wir uns dann schon einmal einigen, dass wir das Thema in aller Sachlichkeit, sine ira et studio, aber mit Sachverstand versuchen weiterzuverfolgen, denke ich, haben wir einen ersten Schritt erreicht. Ich kann Ihnen für die CDU-Fraktion versprechen, weil wir das Thema Umwelt sehr ernst nehmen, wir werden weiter daranbleiben.

Lassen Sie mich doch noch einen Satz sagen! Selbstverständlich weiß ich, dass gerade im Verkehr das Thema Wasserstoff und Brennstoffzelle eine ganz wichtige Zukunftstechnologie ist, aber bevor Sie diese einführen, die ganze Infrastruktur dafür haben, vergeht noch ganz viel Zeit. Lassen Sie mich einmal einen Vergleich bringen, dann bin ich auch fertig: Wenn im Jahre 1890 oder 1894, als Herr Siemens seine erste Elektrolokomotive vorgestellt hat, so als Gartenbahn, alle Konstrukteure gesagt hätten, irgendwann bekommen wir die elektrische Lokomotive und die Oberleitungen, dann lasst uns einmal alle weiteren Entwicklungen liegen lassen, die waren damals zum Beispiel bei der Dampflokomotive, dann hätten wir einen technischen Rückschritt sondergleichen zum Schaden für die Gesamtwirtschaft erlebt. Das heißt, wir müssen, auch wenn wir wissen, dass zukünftig Wasserstoff und Brennstoffzelle eine ganz große Rolle spielen werden, auch für die Zeit bis dahin alles tun, um unsere Umwelt zu entlasten und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Damit schließe ich dann. — Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Henkel, ich bedauere natürlich, dass die Antwort des Senats Sie enttäuscht hat, und wer Ihre Redebeiträge heute verfolgt hat, kann das auch nachvollziehen, mit welchem Engagement Sie sich für den Biodiesel einsetzen und dass Sie sich insofern vielleicht anderes vorgestellt haben. Das ist mir auch im Vorfeld der Beantwortung dieser Großen Anfrage schon von Ihnen signalisiert worden.

Lassen Sie mich auch sagen, ich bin überhaupt nicht ideologisch festgelegt, was Sie als Begriff hier eingeführt haben. Es kann hier nicht um Ideologisches gehen, sondern um die Frage einer sehr differenzierten Bewertung eines solchen Stoffes. Vielleicht gestatten Sie mir auch, dass ich Ihre Pauschal-kritik am Umweltbundesamt zurückweise. Ich den-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) ke, es ist ein seriöses wissenschaftliches Institut, und wie immer zwischen Wissenschaftlern gibt es unterschiedliche Stellungnahmen, aber hier das Umweltbundesamt zu diskreditieren, halte ich für unangemessen, und auch den Zusammenhang, den Sie hergestellt haben, für völlig aus der Welt. Ich bin nicht Wissenschaftlerin in diesem Sinn, und die Beteiligten, die hier schon geredet haben, die also sozusagen fachliche Dinge beitrugen, das kann und will ich nicht tun. Ich möchte nur auf die einzelnen Punkte eingehen, die Sie angesprochen haben.

Es wird überhaupt nicht bestritten, dass der CO₂-Austrag bei Biodiesel besser ist als bei den herkömmlichen Dieselmotoren, das ist völlig klar. Auch die Energiebilanz, auch dies wird ja nicht bestritten, ist positiv gegenüber den herkömmlichen Dieselmotoren. Bezogen auf die Frage schwefelärmer ist das richtig, aber eben nur bezogen auf die zurzeit veralteten Kraftstoffe, die eingesetzt werden. Sie wissen, dass es mit der bevorstehenden EU-Verordnung in Zukunft schwefelärmere Kraftstoffe geben wird, und insofern ist dann die Differenz zwischen den zum 1. Januar 2000 auf den Markt kommenden und dann auch steuerfreien schwefelärmeren Kraftstoffen überhaupt nicht mehr so groß. Auch an dieser Stelle nivelliert sich das. Auch dies ist bewertet worden, und man muss es in die kritische Diskussion einbeziehen.

(B) Zur Frage der Rußpartikel! Es ist richtig, was Sie vorgetragen haben, dass davon ausgegangen wird, dass aufgrund der Eigenschaften von Biodiesel der Austrag großer Rußpartikel kleiner ist. Ich habe aber auch gelesen, ich kann das nicht bewerten, ich denke nur, auch dies muss man in Betracht ziehen, dass durchaus wissenschaftlich hinterfragt wird, ob dadurch, dass der Ausstoß von kleineren Rußpartikeln, die lungengängiger sind,

(Abg. H e n k e l [CDU]: Andersherum!
Größer!)

möglicherweise die Gefahr von Krebserregung nicht gemildert worden ist. Ich kann das nicht bewerten. Ich denke nur, wenn man eine solche Betrachtung macht, und daran ist uns ja gelegen, muss man in der Bilanzierung des Pro und Kontra alle Aspekte nehmen und kann nicht nur jeweils denen, die dem eigenen Wunsch entsprechen, entgegenzutreten.

Ich bin der Meinung und möchte das noch einmal deutlich machen, dass es nicht darum geht, nicht Biodiesel zur Anwendung zu bringen, sondern es geht wirklich darum, wie man — und wir reden hier für das Land Bremen, das nicht solche Flächen hätte, um nun in größerem Stil Raps anzubauen, das ist auch nicht Ihr Anliegen — in einem vernünftigen Mix, das, worum es uns geht, auch eine Unabhängigkeit vom Erdöl zu bekommen, voranbringen kann. Da spielt mit Sicherheit Biodiesel eine Rolle.

(C) Es ist von uns auch gar nicht bestritten worden, und man muss schauen, bei welchen Fahrzeugen er einzusetzen ist. Ich habe in Vorbereitung auf diese Debatte gelernt, dass eben die heutigen Motoren nicht alle auf diese aggressive Form eingestellt sind, sondern dass es offensichtlich doch bei dem einen oder anderen Fahrzeug eben nicht sinnvoll ist, das ohne eine Fahrzeuggarantie zu machen.

Sie haben darauf verwiesen, dass wir nur Bremerhaven zitiert haben. Ich denke, es ist nahe liegend, dass man im eigenen Land schaut, welche Erfahrungen denn damit gemacht worden sind. Ich habe nur gehört, dass die Bremerhavener Verkehrsbetriebe dies aufgegeben haben, weil sie, bezogen auf ihren Fahrzeugpark, dies nicht für sinnvoll gehalten haben, offensichtlich im Hinblick auf die Motoren, aber auch bezogen auf die Energie, die sie beim Einsatz haben, nämlich dass es dort schlechter ist, dort mehr von diesem Biodiesel gebraucht wird, um gleiche Leistung zu erzielen. Das sind alles Fragestellungen, die man in eine Bewertung einbeziehen muss und schauen muss, an welchen Stellen es Sinn macht und an welchen Stellen es keinen Sinn macht.

Zur Flächenfrage! Sie haben das eben abgetan, und ich streite mich nicht um die 0,5 Prozent des Substituts. Ich weiß, das Umweltbundesamt ist von 0,5 Prozent ausgegangen, das IFO-Institut ist von fünf Prozent ausgegangen. Auch darüber streite ich mich nicht. Nur, richtig ist auch, dass, wenn man dies größerflächig anbauen will, offensichtlich durch den Düngemittelsatz, durch Pestizide und andere Mittel eben parallel dazu ein anderes Problem auftaucht. Ich bin keine Biologin und kann es ähnlich wie Sie nicht mit biologischen Kriterien beschreiben. Ich habe nur gelernt, dass bei diesem Geschehen dann Lachgas entsteht.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das wird lustig!)

(D) Ja, das wäre vielleicht für uns alle schön, wenn wir mehr lachen könnten! Aber dies ist eben wiederum sehr viel problematischer als CO₂, wenn es emittiert wird. Dies sind alles Fragen, die man sehr sorgfältig und differenziert betrachten soll.

Unser Anliegen war, wir wollen in einer Veranstaltung auch diejenigen, die hier Flotten in Bremen haben, dazu anregen zu schauen, welche Alternativen jeweils für uns richtig sind und worauf man setzen muss, das ist, glaube ich, doch ein Weg, um ein Stück dem von Ihnen gewünschten Konsens näher zu kommen, was wir gemeinsam in dieser Frage tun können, um all die Dinge, die wir im Haus und auch im Senat gemeinsam wollen, die Umwelt zu entlasten und Rohstoffe zu sparen, wo immer es geht, zu erreichen. An dieser Stelle sind wir gar nicht auseinander.

Nur, glaube ich, ein einseitiges Setzen und zu meinen, man habe damit die Lösung, wäre der ver-

(A) kehrte Weg. Aber das schlagen Sie auch nicht vor. Ich plädiere für einen vernünftigen Mix der verschiedensten Techniken, angepasst an die Fragen, wie sie gebraucht werden, vorzunehmen und dann auch mit denen, die Anwender sein sollen, darüber zu diskutieren. Wir haben uns das vorgenommen, und ich denke, dass wir in der Umweltdeputation dies auch weiter begleiten können und so am Ende vielleicht dann doch zu dem von Ihnen gewünschten Konsens kommen werden. Für Konsense bin ich immer zu haben, aber sie müssen einer differenzierten und sorgfältigen Vorplanung entsprechen. Ich glaube, wir haben hier mit unserer Antwort einen Versuch gemacht, sowohl das Positive als auch die kritischen Fragestellungen, die sich nach wie vor ergeben, darzustellen. Lassen Sie uns dies weiterverfolgen! Ich glaube, dann machen wir es richtig. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/436, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

(B) **Öffentlich geförderte Beschäftigung
für ältere Langzeitarbeitslose**

Große Anfrage der Fraktionen
der SPD und der CDU
vom 4. Juli 2000
(Drucksache 15/402)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000

(Drucksache 15/421)

Wir verbinden hiermit:

Älter werden im Betrieb

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. September 2000
(Drucksache 15/455)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Dr. Knigge, ich glaube, Sie verzichten darauf.

Wir treten in die Aussprache ein.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ältere Arbeitslose, über die wir heute reden wollen, sind eine Gruppe in der Gesellschaft, die viel zu lange am Rand gestanden hat. Ich glaube aber, dass es sich hier doch um eine zu große Zahl von Menschen handelt, als dass es nicht an der Zeit wäre, dass sich auch Politik mit diesem Problem intensiver beschäftigt, als dies bisher der Fall gewesen ist.

(Vizepräsident R a v e n s übernimmt
den Vorsitz.)

Ich will nur einmal kurz auf die rein zahlenmäßigen Dimensionen des Problems hinweisen. Im Land Bremen sind 7253 Arbeitslose über 55 und 11 836 Arbeitslose, die 50 Jahre und älter sind. Das entspricht einem Anteil an der Gesamtheit der Arbeitslosen von fast einem Drittel.

Was noch beunruhigender ist: Fast über 50 Prozent dieser Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose! Das hat Gründe, und diese liegen nicht so sehr in der Qualifikation der Arbeitslosen, im Gegenteil, es sind mehr unter ihnen, die eine berufliche oder andere Qualifikation haben als bei den sonstigen Arbeitslosen. Es hat auch — das wird vielleicht verwundern bei dieser Zielgruppe — nicht unbedingt einen Grund in gesundheitlichen Einschränkungen. Der größte Teil dieser Gruppe hat keine gesundheitlichen Einschränkungen, sondern die Gründe für die Langzeitarbeitslosigkeit liegen allein in dem einen Punkt, nämlich, dass es sich um Ältere handelt! Dies wird von vielen Arbeitslosen — das weiß ich aus vielen Gesprächen — als demütigend und als Abwertung ihrer Lebensleistung empfunden, wenn sie mit 50 Jahren oder darüber in einer Situation sind, in der sie plötzlich arbeitslos werden und in der ihnen auch klar wird, dass sie niemand mehr haben möchte und sie niemand mehr braucht.

Man muss diese ganze Sache sehr differenziert betrachten. Es ist ja nicht so, dass Ältere nun einem besonders hohen Risiko unterliegen, arbeitslos zu werden. Nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ist im Gegenteil das Risiko von Älteren, arbeitslos zu werden, relativ geringer als bei Jüngeren. Das liegt daran, dass wir immer noch relativ soziale Kündigungsschutzregeln haben, und an dieser Stelle plädiere ich auch dafür, sie beizubehalten.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sie dann aber arbeitslos geworden sind, haben sie kaum Chancen, wieder in den Beruf zu kommen, und das ist genau das Problem, vor dem wir stehen.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich denke, wir müssen uns darüber klar werden, dass hier auch für die Zukunft ein Umdenken notwendig ist. Wir werden uns alle von einem gewissen Jugendlichkeitswahn lösen müssen, bei dem wir jetzt denken, dass nur junge Menschen leistungsfähig, flexibel, anpassungsfähig, modern und so weiter sind. Auf Dauer müssen wir damit leben, dass wir in einer alternden Gesellschaft leben, auch in einer alternden Arbeitsgesellschaft. Die Betriebe vor allen Dingen müssen sich darauf einstellen, dass sie auch entsprechend ihre Belegschaften pflegen müssen. Es geht nicht mehr, wie es bei vielen Betrieben noch der Fall ist, auf Verschleiß zu arbeiten und dann Ersatzbedarf mit Jüngeren aufzufüllen, sondern es ist notwendig, dass sich die Betriebe in der Gestaltung der Arbeitswelt darauf einstellen, dass sie in Zukunft auch stärker auf Arbeits- und Gesundheitsschutz bei ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern achten müssen, dass die Arbeitsbedingungen so eingerichtet werden, dass von vornherein auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch weiter als vollwertige Arbeitskräfte im Betrieb arbeiten müssen.

(B) Ich denke, dass es da auch schon gute Ansätze gibt. Das neue Arbeitsschutzgesetz, das auf einen präventiven Arbeits- und Gesundheitsschutz setzt und alle Betriebe dazu verpflichtet, in dieser Hinsicht tätig zu werden, bietet einen guten Ansatzpunkt. Es muss noch konsequenter in Bremen umgesetzt werden, als es bisher der Fall ist. Ich verweise auf das Bestreben, über das wir hier in der Bürgerschaft debattiert haben, ein Netzwerk „Arbeits- und Gesundheitsschutz“ bei der Senatorin für Arbeit einzurichten, das dies hier in Bremen auch voranbringt. Ich halte es auch für dringend erforderlich, auch unter diesem Aspekt, dass wir hier viel mehr tun, als es bisher der Fall ist.

Ich muss auch sagen, dass gerade dieses Problem älterer Arbeitnehmer im Betrieb auch sehr stark differenziert und individualisiert betrachtet werden muss. Ich komme jetzt einmal von der Großen Anfrage weg auf den Antrag der Grünen, der hier vorliegt. Ich finde, dass über diese differenzierte und schwierige Problemlage etwas glatt oder falsch hinweggegangen worden ist. Es ist schließlich auch so, dass sehr viele ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer — und ich glaube, das müssen wir akzeptieren — sich heute auf jeden Fall einfach im Betrieb in ihrer Arbeit verschlissen haben. Es gibt auch sehr viele Tätigkeiten, denke ich, in denen nach einem dreißig- oder vierzigjährigen Arbeitsleben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zum Beispiel mit Recht die Möglichkeiten des Vorruhestands nutzen, um, wenn sie noch eine einigermaßen auskömmliche Rente erzielen können, auch vorzeitig aus dem Betrieb auszuscheiden.

Ich denke, man kann dies dann nicht irgendwie so schlankweg als Hinausdrängen älterer Arbeitnehmer aus dem Betrieb bezeichnen. Ich würde sagen,

sprechen Sie mit Kolleginnen und Kollegen, und Sie werden erfahren, dass viele diese Möglichkeiten auch sehr schätzen und nutzen und froh sind, dass sie die Möglichkeiten haben, durch Vorruhestandsregelungen vorzeitig aus dem Betrieb auszuscheiden.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt ist, dass wir immer noch eine hohe Arbeitslosigkeit haben. Ich denke immer noch, ich beharre darauf, dass wir diese Arbeitslosigkeit gegenwärtig auch dadurch bekämpfen müssen, dass wir Arbeit anders verteilen, und Vorruhestandsregelungen, durch die Ältere eher ausscheiden und Jüngere die Möglichkeit haben nachzurücken, sind eine sehr gute Möglichkeit, um auch hier Einstellungschancen für Junge zu bieten, beiden Seiten gerecht zu werden und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ich denke, daran sollten wir auch festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Die auf die Zukunft gerichteten Überlegungen helfen allerdings den heutigen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen ziemlich wenig, und sie helfen auch nicht den fast 12 000 arbeitslosen älteren Menschen, die wir hier in Bremen haben, die qualifiziert und zum großen Teil motiviert sind und einen Arbeitsplatz suchen. Ich begrüße deswegen sehr die Initiative der Bundesanstalt für Arbeit, die unter dem Motto „50 plus, die können es!“ versucht, auch ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Arbeit zu vermitteln.

(Beifall bei der SPD)

Eine Chance dafür bietet der gegenwärtig von vielen Unternehmen beklagte Fachkräftemangel. Trotz hoher Arbeitslosigkeit beklagen viele Unternehmen, dass sie nicht genügend qualifizierte Fachkräfte finden, und ich denke, da können wir es uns nicht leisten, ältere Fachkräfte mit ihren Qualifikationen und Erfahrungen einfach auszusortieren und nicht einzustellen. Ich denke, da müssen wir wirklich umdenken und appellieren an die Unternehmer, ihre Vorurteile gegenüber Älteren abzubauen und zu sagen, wenn sie Fachkräfte suchen und es gibt arbeitslose Ältere, seien sie auch über 50, die hoch qualifiziert und motiviert sind, diese auch einzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen denke ich, dass wir auch als Politik diese Anstrengung, diese Initiative der Bundesanstalt für Arbeit auch politisch begleiten und unterstützen werden im Land Bremen.

Ich sehe im Augenblick einen Trend zu sagen, die Massenarbeitslosigkeit ist ja gar nicht mehr so

(C)

(D)

(A) schlimm, wir haben einen zunehmenden Aufbau von Beschäftigung. Das ist auch gut so, die Zahl der offenen Stellen in Bremen ist von 3000 vor zwei Jahren auf jetzt 5000 gestiegen, und die Vermittlungschancen sind gut. Das ist sicher gut so und auch positiv zu sehen. Trotzdem glaube ich, dass wir Illusionen verbreiten, wenn wir jetzt hier der Masse der Arbeitslosen, vor allen Dingen den Langzeitarbeitslosen, sagen, dass dies für sie eine reale Beschäftigungschance bedeutet.

Deswegen plädiere ich an dieser Stelle auch ganz heftig nicht nur für Ältere dafür, dass wir auch für diese Gruppe, vor allen Dingen für Langzeitarbeitslose, immer noch ein Maß an öffentlich geförderter Beschäftigung vorhalten müssen, um ihnen auf diese Art und Weise neben Vermittlungsbemühen, neben Einstellungszuschüssen und neben Qualifizierungen die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Arbeitskraft weiter zu qualifizieren, ihre Fähigkeit, sich auf dem Arbeitsmarkt zu bewähren, zu erhalten und ihnen auch eine sinnvolle Einkommensperspektive gewährleisten.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich denke, dies gilt insbesondere für die älteren Langzeitarbeitslosen. Wir müssen die vorhandenen Möglichkeiten und Instrumente, die uns das SGB III, das Arbeitsförderungsgesetz, gibt, auch nutzen, um diesen älteren Langzeitarbeitslosen gegebenenfalls auch Möglichkeiten zu verschaffen, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Motivation in Tätigkeitsfeldern einzusetzen, die im Bereich der gemeinnützigen Arbeit liegen, die im Bereich nützlicher Arbeit liegen, soweit sie nicht die Möglichkeit haben, in einem Betrieb oder in einem Unternehmen auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Job zu finden.

Die Reform des SGB III hat uns hierfür gute Möglichkeiten gegeben, es hat die Einsatzmöglichkeiten insbesondere für Strukturanpassungsmaßnahmen erweitert. Strukturanpassungsmaßnahmen bieten erstens die Möglichkeit, Arbeitslose länger öffentlich gefördert zu beschäftigen, und sie haben zweitens ein breites Spektrum an Möglichkeiten des Einsatzes, sei es im Sozial-, im Umwelt-, im Jugendbereich, in Sport, Kultur und Denkmalpflege, Wohnumfeldverbesserung und Stadterneuerung. Warum sollen ältere Arbeitslose nicht ihre Kenntnisse und Qualifikationen einsetzen können, zum Beispiel, wie es heute schon zum Teil der Fall ist, im Conciergeprogramm, zur Verbesserung der Wohnsituation in gefährdeten Quartieren, warum nicht in Kultureinrichtungen, im Sport oder in vielen anderen Bereichen?

Ich weiß, dass viele ältere Langzeitarbeitslose dies gern möchten, dass sie sehr motiviert sind, und ich denke, es ist an der Zeit, dass das Programm — jetzt komme ich auf die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zurück, die wir gestellt haben —, das

die große Koalition verabredet hat, nämlich ein Programm zur Förderung von älteren Langzeitarbeitslosen aufzulegen, endlich in die Tat umgesetzt werden soll, und zwar so, dass auf Dauer auch diese älteren Langzeitarbeitslosen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt gefördert werden.

(C)

Wie gesagt, ich begrüße es sehr, dass die Umsetzung des Programms angekündigt ist. Ich fordere nur sehr dringlich das Ressort auf, und dazu kann vielleicht nachher etwas gesagt werden, dass die Umsetzung schnell geschieht, denn die Langzeitarbeitslosen warten darauf.

Ich möchte nur zum Schluss noch etwas zum Antrag der Grünen sagen!

(Glocke)

Ich habe ja gesagt, ich glaube, da sind eine ganze Menge Probleme aufgenommen, die ich auch angesprochen habe. Ich finde nur, er geht ein bisschen falsch über die Differenziertheit der Problemlage hinweg. Mein Vorschlag wäre, dass wir diesen Antrag an die Deputation für Arbeit überweisen, und dass wir dann eine gemeinsame Vorlage aller Fraktionen, wenn es möglich ist, aus der Deputation heraus machen. Ich glaube, es ist ein wichtiges Problem. Ich glaube, es ist auch ein Problem, das wir hier im Konsens angehen sollten. Ich denke aber, dass es sich auch lohnt, sich gründlich und differenziert damit zu befassen und dann sehr schnell, aber doch mit einem entsprechend differenzierten und ausgewogenen Programm herauszukommen. — Vielen Dank!

(D)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich ausschließlich mit der Frage beschäftigen: Was ist ein älterer Arbeitsloser? Die Antwort zu Frage eins hat mich und meine Fraktion doch wirklich sehr erschreckt. Hier verweist das Arbeitsressort auf Wissenschaftler und wissenschaftliche Untersuchungen, die diesen Begriff auf die Altersgruppe 40 Jahre und älter und/oder 45 Jahre und älter ausdehnt.

(Abg. Teiser [CDU]: Unverschämt!)

Das kann nicht unkommentiert hingenommen werden!

(Zuruf von der CDU)

(A) Ja, Sie mögen der Wissenschaft glauben, wir beschäftigen uns hier eher mit den Menschen! Das ist so eher unsere Politik, meine Damen und Herren!

(Zurufe von der SPD — Abg. T ö p f e r [SPD]: Ach, Frau Dreyer!)

Sie wissen, dass wir statistisch gesehen eine Lebenserwartung von rund 76 Jahren haben.

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Mehr nicht?)

Wir wissen, dass wir heute nach Schule und Berufsausbildung mindestens 22 Jahre alt sind, bevor wir voll in den Beruf einsteigen können. Sollten wir studieren, verschiebt sich der Einstieg in den Beruf deutlich auf Ende 20 oder sogar Anfang 30 Jahre. Wir haben also nach Aussage des Ressorts Arbeit ganze 20 bis 25 Jahre, in denen wir dann beruflich aktiv sein dürfen, in denen wir Beiträge in unsere Sozialsysteme einzahlen, in denen wir ein voll akzeptiertes Mitglied dieser Gesellschaft sind, die sich nämlich über Arbeit auch und sehr stark definiert. Das schreibt das Ressort einfach einmal so auf und lässt es dann auch völlig unkommentiert stehen!

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, meine Damen und Herren, ich finde das so nicht in Ordnung, und ich denke, das darf so nicht stehen bleiben, denn es wird sonst zu einer Selbstverständlichkeit.

(B) (Beifall bei der CDU)

Was ist denn das bitte für eine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit, wenn Menschen mit Kreativität, Erfahrung und Wissen einfach abgehakt werden, wenn Wissenschaftler vierzigjährige Männer und Frauen zu älteren Arbeitsuchenden stempeln können

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Ja, da haben sie 16 Jahre darauf hingearbeitet!)

und keiner sich mehr wehrt — ja, ich weiß, Ihnen ist das egal! Sie müssten dann auch nicht mehr im Parlament sein, ab in den Ruhestand, sofort, wenn wir über die Sicherung der Sozialsysteme nachdenken und keiner mehr fragt, wie lange uns eigentlich die Chance geboten wird, Versicherungsbeiträge einzuzahlen! Regt sich denn keiner mehr darüber auf? Wir als CDU-Fraktion tun das,

(Beifall bei der CDU)

wenn die SPD das nicht tut, finde ich, ist das in Ordnung!

Meine Damen und Herren, bevor wir jetzt das beliebte Schwarze-Peter-Spiel beginnen, das schon läuft,

(Abg. T ö p f e r [SPD]: Sie machen das doch! Eigentor, Frau Dreyer!)

und jeweils den anderen schon schuldig erklären, bitte ich Sie, darüber nachzudenken, ob wir das wirklich so hinnehmen wollen. Ich denke, nein!

Arbeitnehmer sind mit 40, 50 Jahren, aber auch mit 60 Jahren ein Schatz der Erfahrung in den Betrieben.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind ein ganz wichtiger Garant für ein menschliches Miteinander, in dem nicht nur Ellenbogen und Karrieresprünge im Vordergrund stehen, sondern in dem auch Wissen und Weitergabe von Wissen an junge Kollegen ein Klima von Vertrauen und Sicherheit für die Jüngeren schaffen. Gelassenheit und Toleranz, die geringsten Fehlzeiten übrigens durch Krankheit und eine Souveränität in der Bewältigung in der Arbeit, das sind Dinge, die Menschen ab 40 Jahre bis hinein ins Rentenalter den Betrieben zu bieten haben. Kluge Arbeitgeber wissen und nutzen dies. Wenn dies jetzt auch noch die Wissenschaft und das Arbeitsressort akzeptieren, dann, denke ich, haben wir gemeinsam einen wichtigen Schritt getan.

Für die CDU-Fraktion fordere ich den Senat auf, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Lanze zu brechen, und nicht nur das. Der Senat unterstützt Initiativen für von Gewalt bedrohte Frauen, für verantwortlichen Umgang mit Alkohol und für ein Bündnis für Arbeit und Ausbildung. Alles besonders lobenswert und, wie ich finde, auch besonders wichtig! Ich fordere aber für die CDU-Fraktion den Senat auf, eine Initiative ins Leben zu rufen und zu unterstützen, damit solche Diskriminierung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen im besten Berufsalter nicht mehr stattfinden darf, schon gar nicht in einer Antwort des Senats!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zum Antrag der Grünen! Wir hätten als SPD diesen Antrag sehr gern unterstützt, wir finden ihn richtig.

(Heiterkeit — Zurufe: Wir als SPD-Fraktion?)

Habe ich etwas Falsches gesagt? Wir hätten als CDU-Fraktion

(Heiterkeit)

gern den Antrag der Grünen unterstützt, aber die SPD-Fraktion hat sich diesem Wunsch leider nicht anschließen können. Frau Ziegert hat dazu auch einiges gesagt.

Es gibt eigentlich keine Einwendungen dagegen, dies in der Deputation noch einmal zu beraten, ob-

(C)

(D)

(A) wohl wir uns immer in der Deputation natürlich auch genau mit diesem Problem beschäftigen und dazu auch eine Menge an Programmen erarbeitet haben. Trotzdem, wir hätten Ihrem Antrag gern zugestimmt, Frau Stahmann, wir finden ihn richtig, aber die Regeln sind, wie sie sind, und wir haben sie hier zu akzeptieren.

Ein letztes Mal noch einmal zu Frau Ziegert! Sie haben gesagt, dass nicht jeder Arbeitnehmer hinausgedrängt wird aus dem Betrieb, sondern dass viele auch gern gehen nach einem langen Berufsleben, um dann den Vorruhestand zu nutzen. Dies ist richtig, und wir sind froh, dass es diese Regelung zum Vorruhestand gibt auch innerhalb des öffentlichen Dienstes, wie in vielen anderen Betrieben. Richtig ist aber auch, dass in vielen Betrieben die Arbeitnehmer hinausgedrängt werden, unabhängig davon, ob sie es möchten oder nicht. Viele würden gern weiter beschäftigt sein und nicht in den Vorruhestand gehen. Für sie muss es natürlich Alternativen geben, vor allen Dingen muss darüber nachgedacht werden, wie die Menschen, die schon draußen sind, wieder einen vernünftigen Einstieg in das Berufsleben finden. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

(B) Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Älter werden könnte so schön sein, aber in der Realität wird es einem so schwer gemacht.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Es dauert zu lange! — Heiterkeit)

Wie die Anfrage der großen Koalition deutlich gemacht hat, betrifft das auch die Erwerbstätigkeit. Noch einmal vornweg an Frau Ziegert, ich möchte Folgendes für die Grünen ausdrücken: Niemand muss länger arbeiten, aber jede und jeder soll es dürfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU — Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Ja!)

Es gibt durchaus Menschen, die sich mit 55 Jahren noch so fit fühlen und auch gern länger arbeiten wollen als 60, manche mögen auch noch mit 67 arbeiten. Ich finde, darauf sollte man auch ein Recht haben, und es sollte einen Arbeitsmarkt geben, der das auch möglich macht.

Die Wissenschaftler sagen, zunehmendes Alter auf dem Arbeitsmarkt ist kein Positivfaktor. Das trifft

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

bestimmt auf einige Abgeordnete in der Bürgerschaft nicht zu, Sie sind jetzt ausdrücklich nicht angesprochen, Sie strahlen mich zwar schon alle an, aber wir möchten das mit unserem Antrag einfach einmal thematisieren.

(C)

Meine zentrale These ist, präventive Arbeitsmarktpolitik, die permanente Förderung von Arbeitnehmern während der Berufstätigkeit wird immer wichtiger, um Langzeiterwerbslosigkeit auch bei älteren Arbeitnehmern zu vermeiden. Der demographische Wandel kommt, wir können dem nicht davonlaufen, sondern jetzt haben wir die Chance, ihn aktiv zu gestalten. Wir müssen das bisherige Stiefkind der Arbeitsmarktförderungspolitik, die Langzeiterwerbslosigkeit der älteren Arbeitnehmer, stärker als bisher an die Hand nehmen. Es bestehen zwei zentrale Beschäftigungsrisiken: der Gesundheitsverschleiß und der Qualifikationsverlust!

In der Debatte wurden nochmals hinreichend die bekannten Fakten erwähnt. Ältere sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit und von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die Wahrscheinlichkeit für ältere Erwerbslose, wieder einen Arbeitsplatz zu finden, ist verschwindend gering. Spätestens ab 55 Jahre kann man eher zur Lotterie gehen und sich ein Los kaufen, als beim Arbeitsamt noch eine offene Stelle zu finden. Mehr als ein Fünftel der Arbeitslosen im Bestand ist über 55 Jahre, und wenn man bedenkt, dass die meisten schon wieder mit 60 in Rente ausscheiden, heißt das, dass alle fünf Altersjahrgänge ein Fünftel der Arbeitslosen stellen. So weit zu den Fakten!

(D)

Vor diesem schon seit längerem bekannten Hintergrund hat sich die große Koalition selbst eine Große Anfrage gestellt. Sie fragt sich nun selbst, was eigentlich aus dem im Koalitionsvertrag versprochenen Programm für ältere Langzeitarbeitslose geworden ist. Leider habe ich aber wenig erfahren aus der Antwort des Senats. Da ist die Rede von einem Vorprojekt, von den Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Sportbereich, die eruiert werden sollen. Es wird gar nicht deutlich, um welche Projektinhalte es sich dabei gehandelt hat. Vielleicht kann Herr Dr. Knigge nachher noch einmal auf diese Fragen eingehen.

Erst recht erfährt man überhaupt nicht, welche Schlussfolgerungen der Senat aus diesen richtigen Fragen der SPD und CDU gezogen hat. Irgendwann kommt einmal die Zahl, dass es mittelfristig eine Beschäftigung von zirka 400 Teilnehmern und hoffentlich, sage ich, auch Teilnehmerinnen, geben soll. Versprochen wird auch dazu, dass ergänzend weiterhin die allgemeinen Maßnahmen zur ABM für die Gruppe der älteren Arbeitslosen zur Verfügung gestellt werden. Das ist lobenswert, aber das sind leider nur mittelfristige Absichten, denn zurzeit, das heißt kurzfristig, findet doch genau das Gegenteil in Bremen statt.

(A) ABM und auch ABM plus 50 plus ist in den letzten zwölf Monaten deutlich reduziert worden. Das sind natürlich auch Einflüsse, die jetzt von der Bundesebene nach Bremen kommen, aber in Zahlen ausgedrückt: In der Stadt Bremen wurden in der Zeit von Juli 1999 bis Juli 2000 69 ABM-Stellen gekürzt! Vor diesem Hintergrund fragt man sich, wie ernst diese mittelfristigen Absichten eigentlich sind.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist für öffentlich geförderte Beschäftigungsmaßnahmen für ältere Langzeitarbeitslose, das finden wir wichtig. Wenn man erster Arbeitsmarkt sagt, dann meint man natürlich auch den zweiten und dritten Arbeitsmarkt, das heißt, das schließt es eigentlich in diesem ganzen Ideenkonstrukt mit ein. Auf Dauer muss auch der zweite Arbeitsmarkt geliebt werden von den Arbeitsmarktpolitikern.

Warum so zögerlich? Wir stimmen mit dem Senat darin überein, dass in den angeführten Bereichen, das heißt im Sport, im kulturellen Bereich et cetera, für eine bestimmte Gruppe unter den älteren Erwerbslosen sinnvolle und sinnstiftende Tätigkeitsfelder entstehen können. Was wir nicht verstehen können, ist daher, warum diese Maßnahme eigentlich so zögerlich angegangen wird.

(B) Wir sind aber auch der Meinung, dass solch ein Programm nur ein Baustein bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit von Älteren sein kann. Deshalb auch unser Antrag, Frau Ziegert! Eigentlich geht es doch darum, was das Älterwerden für die berufliche Biographie bedeutet und um die Frage, warum ältere Erwerbslose als so überflüssig gelten, dass man sie noch nicht einmal mit Eingliederungszuschuss gern nimmt. Älter werden wir alle, aber es gilt nicht als schick.

Aus diesem Grund haben wir den Dringlichkeitsantrag „Älter werden im Betrieb“ eingebracht, den wir als einen weiteren Baustein begreifen. Die Alltagsbeurteilung über ältere Menschen ist überwiegend negativ, ich habe gesagt, die Wissenschaftler nennen es so, es gibt keinen Positivfaktor oder das Alter wird nicht als Positivfaktor bewertet. Da gibt es vielleicht noch das Bild des heiteren Senioren, der durch die ganze Welt reist, befreit von der Last der Arbeit, aber im betrieblichen Alltag werden ältere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen überwiegend negativ gesehen. Sie werden verantwortlich gemacht für Missstände, für eine geringe Arbeitsproduktivität und dafür, dass Innovationen nicht schnell genug umgesetzt werden können.

Der Vorruhestand zementiert dann auch noch diese Vorurteile, denn die Unternehmen stellen niemanden aus den Jahrgängen ein, die sie gerade wieder abgebaut haben im Stellenpotential.

Auch in der Großen Anfrage wird nach dem Qualifikationsniveau älterer Arbeitnehmer gefragt. Die Antwort verweist auf eine Studie des Instituts für Ar-

beitsmarkt- und Berufsforschung. Dazu hat Frau Ziegert auch schon gesagt, dass es eine ganz interessante Studie sei. Diese Studie sagt aus, dass nur die rentennahen Jahrgänge eine formal wesentlich niedrigere Qualifikation haben. Wissenschaftlich ist es überhaupt nicht belegt, dass wir im Alter weniger leisten, wir werden zu wenig gefordert und gefördert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Studie des IAB verweist darüber hinaus auf eine weitere interessante Erkenntnis. So betont das IAB, dass Leistungsprobleme älterer Mitarbeiter nicht Folge eines biologischen Determinismus, um hier noch einmal die Wissenschaftlichkeit dieser ganzen Formeln aufzuzeigen, sind, sondern das Resultat grundlegender Mängel in der Arbeits- und Organisationsgestaltung. Konkret heißt das: Wenn ältere Arbeitnehmer und Mitarbeiterinnen körperlich nicht mehr in der Lage sind, ihren Beruf auszuüben, dann ist der Grund dafür nicht vorrangig das Altern an sich, sondern die Arbeitsplatzgestaltung

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

und der fehlende Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Wenn jemand Neuerungen nicht mehr folgen kann, dann liegt das nicht an einer geistigen Langsamkeit im Alter, sondern oft daran, dass ältere Mitarbeiter nur noch mit Routineaufgaben betraut werden. Man muss Arbeitsprozesse fördern, indem man immer wieder ständig neu lernt, damit man das Lernen nicht einfach verlernt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir halten es auch, aber nicht nur vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung für notwendig, dass der negativen Beurteilung Älterer im Arbeitsleben etwas entgegengesetzt wird, denn diese Negativbeurteilung ist mit dafür verantwortlich, dass die vorab beschriebene schwierige Arbeitsmarktsituation für diese Gruppen entsteht.

Wir fordern daher mit unserem Antrag, der jetzt in die Deputation überwiesen wird, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit eine Kampagne zu starten mit dem Ziel, Vorurteile gegenüber Älteren abzubauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das halten wir für ein ganz positives Signal. Ich freue mich auch, dass signalisiert worden ist, dass beide größeren Fraktionen das mit uns zusammen machen oder initiieren möchten. Ich bin begeistert!

Zweitens fordern wir, dass Maßnahmen entwickelt werden, die einerseits den Gesundheitsschutz

(C)

(D)

(A) am Arbeitsplatz und andererseits das lebenslange Lernen fördern, so dass sich eben niemand körperlich kaputt machen muss oder auf ein Abstellgleis geschoben wird.

Drittens fordern wir, dass das beschäftigungspolitische Aktionsprogramm, kurz BAP, dafür genutzt wird, diese Maßnahmen mit zu entwickeln, und dass ältere Arbeitslose stärker an Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung beteiligt werden.

Sie haben zwar schon etwas angestoßen, aber ich denke, man sollte da noch ganz massiv verstärken. Es ist natürlich auch eine Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit, aber ich denke, hier sitzen etliche, die hier über ganz kurze Kommunikationsdrähte in die verschiedenen Gremien verfügen, und ich freue mich, wenn wir in der Deputation noch einmal über unseren Antrag reden.

Zum Abschluss vielleicht jetzt eine unparlamentarische Bemerkung, aber durchaus eine menschliche! Wir Grünen verlieren unsere wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Arbeitsmarktpolitik. Das Parlament ist mehr als die Summe seiner Abgeordneten, sondern es setzt sich auch aus einem großen Kreis an wissenschaftlichen Arbeitskräften und Mitarbeiterinnen zusammen. Ich möchte mich sehr für die grüne Fraktion für die Mitarbeit bedanken und viel Glück wünschen! — Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsident Ravens:** Habe ich es richtig verstanden, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Überweisungsantrag, dem Wunsch so zustimmen wird, dass wir das in den Beschlussvorschlag so mit aufnehmen? — Gut!

Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Obwohl wir uns alle hier so wunderbar einig sind, was ich auch dem Thema angemessen finde — man muss sich nicht aus Prinzip streiten —, sollten wir doch die Gelegenheit nutzen, hier noch ein paar Worte zu dem Thema zu sagen.

Ich glaube, es nützt uns wenig, wenn wir uns jetzt gegenseitig hier, und das tun wir großenteils schon im eigenen Interesse, versichern, dass ältere Menschen keineswegs im Alter weniger leisten, weniger einfallreich und weniger intellektuell qualifiziert, aufnahmefähig und so weiter sind. Wir werden das, und das natürlich alle, die wir hier sitzen und teilweise schon ein etwas höheres Alter erreicht haben als die Kollegin Stahmann, für uns in Anspruch nehmen wollen.

Ich denke nur, es nützt uns nicht so viel, wenn wir dies hier im Parlament immer wieder sagen, obwohl

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

ich es auch wichtig finde, und ich meine, es ist auch deshalb wenig nützlich, wenn der Senat für ältere Arbeitnehmer eine Lanze bricht. Ich weiß auch gar nicht, wie das aussehen soll. Ich finde, wir müssen dann schon wirklich sehr konkret gegen allgemein verbreitete Vorurteile beziehungsweise auch gegen ein ganz konkretes Einstellungsverhalten der Betriebe vorgehen.

Das müssen wir annehmen, und da müssen wir einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass bei vielen Betrieben — und das ist die Erfahrung, die die Arbeitsvermittlung macht — eben schon im Computerprogramm vierzigjährige Bewerber aussortiert werden. Das ist erst einmal einfach so, und das ist empörend, das finde ich auch, aber trotzdem muss man erst einmal sagen, dass es so ist, bevor man etwas dagegen unternehmen kann. Das ist das Erste!

Das Zweite, Frau Stahmann, ich bin auch der Meinung, das Bild, was Sie sagen, dass niemand länger arbeiten müssen soll, aber jeder länger arbeiten können darf, das finde ich vollkommen richtig. Fakt ist nur, dass ja in den letzten Jahren noch durch die alte Bundesregierung das Renteneintrittsalter heraufgesetzt worden ist, dass auch ältere Arbeitnehmer, die vorzeitig in Rente gehen, selbst wenn sie 40 Jahre lang gearbeitet haben, erhebliche Rentenabschläge hinnehmen müssen. Insofern besteht natürlich durchaus dann eben doch ein Zwang, jedenfalls wenn man es sich noch nicht leisten kann, das Einkommen nicht entsprechend war, eben länger zu arbeiten, auch wenn man es nicht will. Das war das, was ich gesagt habe, wo doch sehr schwierige Probleme bei älteren Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern liegen. Auch Frau Dreyer hat es ja angedeutet, dass es hier bei ihrem Plädoyer auch nicht nur darum geht, dass sich ältere Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer entfalten können. Es geht auch ganz konkret um die Beiträge, die in die Rentenkassen kommen, und ich glaube, es wäre unehrlich, wenn wir dies bei dieser Debatte ausklammern würden.

Ich will damit nur sagen, dass wir hier doch insgesamt ein sehr viel breiteres Thema diskutieren, was nicht durch Appelle oder einmal schnell gestrickte Kampagnen aus der Welt zu schaffen ist. Insofern freue ich mich allerdings auch, dass wir jetzt hier gemeinsam über alle Fraktionen zu dem Ergebnis kommen, noch einmal gründlich diesen Antrag zu beraten und dann mit einem fundierten Vorschlag in die Politik zu gehen. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für diese Debatte, denn die Probleme älterer Arbeitnehmer und älterer Arbeitsloser werden uns in Zu-

(C)

(D)

(A) kunft verstärkt beschäftigen müssen. Es ist richtig und auch hier zutreffend beschrieben worden, dass Ältere überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es ist zutreffend beschrieben worden, dass Ältere, nicht zuletzt durch betriebliche Strategien, oftmals Opfer von Rationalisierungs- und Umstrukturierungsprozessen waren, aber wir müssen, glaube ich, alle miteinander eingestehen, dies ist eine politisch, eine gesellschaftlich begleitete und in den letzten Jahren teilweise auch gewollte Entwicklung gewesen, denn wir sind in einer Zeit der Arbeitslosigkeit, und oftmals hat man sich sehr schnell — manchmal zu schnell — darauf verständigt, älteren Arbeitnehmern in den Betrieben Angebote zu machen, oftmals auch begleitet durch den berühmten sanften Druck.

Ich sage hier ganz deutlich, von diesem Denken, auch von diesem teilweise gemeinsamen Handeln müssen wir uns verabschieden, und es muss ganz klar sein, dass nicht nur politisch, sondern auch in den Betrieben, in den Gewerkschaften, überall, eine Umkehr gewollt ist, dass wir gemeinsam zu einem neuen Verständnis auch der Beschäftigung, der Einbeziehung, der Integration von älteren Arbeitnehmern in den Betrieben kommen. Ich sage dazu, es wird auch höchste Zeit, dass wir mit diesem Umdenken beginnen, das kann jeder unschwer an der demographischen Entwicklung ablesen.

(B) Wir wissen alle, nach 2010 werden wir eine andere Erwerbszahl haben, und wir werden neue Strategien entwickeln müssen, wie wir dann auch den verstärkten Bedarf an Arbeitskräften decken können, sei es durch eine höhere Erwerbsquote von Frauen, für die wir uns alle einsetzen, hoffentlich, sei es durch eine vernünftige Integration auch ausländischer Arbeitnehmer in den Erwerbsprozess, aber auch durch eine stärkere Beteiligung älterer Arbeitnehmer an diesem Prozess.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Wir brauchen alle!)

Dieses Umdenken muss jetzt beginnen, und deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass die Bundesanstalt für Arbeit als Ergebnis der Diskussion in der Selbstverwaltung diese Kampagne gestartet hat: „50 plus, die können es!“ Die können es wirklich, aber alle haben es noch nicht begriffen. Ich bedaure sehr und habe auch aktuelle Erfahrungen gesammelt, dass einige es aus mir nicht erklärlichen Gründen nicht verstehen. Wir haben im Zusammenhang mit der IT-Debatte den Versuch unternommen — dies war auch eine Initiative aus dem Bremer Bündnis für Arbeit —, ältere Arbeitnehmer gezielt Betrieben anzubieten, die Arbeitskräftebedarf beim Arbeitsamt angemeldet haben.

Wir hatten festgestellt, wir haben rund 400 Arbeitslose gehabt, das sind Zahlen vom April dieses Jahres, arbeitslose Ingenieure, andere EDV-Spezialisten,

davon waren 40 Prozent älter als 40 Jahre, und dem standen rund 100 offene Plätze gegenüber. Deswegen haben wir zusammen mit der Handelskammer gesagt, wir laden alle Betriebe, die ihren Bedarf beim Arbeitsamt angemeldet haben, ein, und wir bieten ihnen staatliche Hilfe, auch ältere Arbeitnehmer zu qualifizieren und auf diesen freien Arbeitsplätzen unterzubringen, und leider, ich sage das so, ist kein einziger Betrieb unserer Einladung gefolgt! Also hier hat offensichtlich auch das Umdenken noch nicht begonnen, und hier müssen wir kräftig daran arbeiten. Ich bin sehr dankbar, dass Sie als Politik dies hier thematisiert haben, und ich wünsche mir, dass wir eine sehr breite Debatte in der Zukunft über die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmern bekommen.

Der zweite Punkt: Natürlich ist dies eine langfristige Entwicklung, die wir jetzt aber mit dem Umdenken einleiten müssen. Wir brauchen auch Antworten für morgen und übermorgen, denn diese langfristigen Strategien werden nicht dazu führen, dass die Arbeitsmarktchancen für ältere Arbeitslose, für ältere Arbeitnehmer sich sofort verbessern. Deswegen brauchen wir weiter arbeitsmarktpolitische Angebote, ältere Arbeitnehmer müssen verstärkt eine vorrangige Zielgruppe der Arbeitsmarktpolitik sein. Wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, und die Diskussion läuft auch im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit in diese Richtung, dass Ältere entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit in den Instrumenten, in den Maßnahmen auch beteiligt werden. Dafür müssen wir uns gemeinsam einsetzen, wie ich finde, mit sehr differenzierten Angeboten.

Es hilft, glaube ich, nicht weiter, wenn man generell sagt, alle älteren Arbeitslosen brauchen Qualifizierung. Viele brauchen keine Qualifizierung, viele brauchen einen Arbeitsplatz. Viele kommen auch unter mit einer entsprechenden Eingliederungshilfe des Arbeitsamtes. Insofern brauchen wir sehr passgenaue, differenzierte Angebote. Damit kann man älteren Arbeitslosen mehr helfen, und deswegen muss man auch diese Diskussion um Anteile an einzelnen Maßnahmen an der Weiterbildung oder an der Beschäftigungsförderung sehr differenziert angehen.

Wir haben uns vorgenommen, und dies ist auch in der Koalitionsvereinbarung so verankert, ein spezielles Programm für ältere Arbeitnehmer aufzulegen, und wir hatten in der Deputation ja bereits darüber berichtet, wie wir dieses Programm entwickeln wollen. Wir wollen damit anfangen mit einem Schwerpunktbereich im Sport, weil wir hier gerade im Sport — und Sport steht hier wirklich beispielhaft für andere Einsatzfelder, man könnte ebenso gut neben Sport Kultur nennen, soziale Dienste und andere Felder — hier beispielhaft Tätigkeitsfelder entwickeln zusammen mit den Sportvereinen, wo wir älteren Arbeitslosen eine Perspektive geben können;

(C)

(D)

(A) eine Perspektive, die nach unserer Vorstellung dann auch in eine ehrenamtliche Tätigkeit münden soll, die auch ein Stück Perspektive für die Zeit nach der Erwerbsphase bieten soll. Das ist unsere Vorstellung.

Wir wollen nicht nur den Vereinen oder den Kulturbereichen hier befristete Arbeit zur Verfügung stellen, sondern wir wollen mit ihnen gemeinsam Tätigkeiten entwickeln, die mittelfristiger und auch länger tragen. Wir sind dabei und werden noch im Oktober in der Deputation für Arbeit einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Ich freue mich schon jetzt auf die breite Unterstützung, die Ihre heutige Debatte mir signalisiert.

Insgesamt bin ich auch dankbar, dass wir jetzt mit dem Antrag, den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingebracht hat, auch einen weiteren Ansatzpunkt für diese Debatte haben. Ich greife das sehr gern auf, aber ich wiederhole noch einmal: Wir müssen in der Deputation sehr differenzierte Antworten finden, und ich finde auch, wir sollten uns dazu bekennen, dass in der Vergangenheit nicht nur die Betriebe älteren Arbeitnehmern nicht die notwendigen Chancen gegeben haben, sondern dass dies auch teilweise eine politische und auch gesellschaftlich gewollte und auch geforderte Entwicklung war. Wir müssen aber insgesamt alle umdenken, ich sagte es bereits, und das sollten wir mit unserer Antwort auf diesen Antrag und mit unserem Landesprogramm hier zum Ausdruck bringen. Insofern bedanke ich mich für die Unterstützung und freue mich auf die gemeinsame Arbeit zu diesem wichtigen Thema!

(B)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/455 zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Arbeit und Gesundheit.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/421, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

(C)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Mittagspause ein.

(Unterbrechung der Sitzung 12.55 Uhr)

★

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich hätte gern auf der Besuchertribüne eine Gruppe Auszubildender vom Institut für Berufliche Weiterbildung begrüßt, aber da sie noch nicht da ist, hole ich das nach, wenn sie hier erschienen ist.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Mitteilung des Senats vom 13. Juni 2000
(Drucksache 15/379)
1. Lesung
2. Lesung

(D)

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst

Bericht und Anträge des Rechtsausschusses
vom 7. September 2000
(Drucksache 15/446)

s o w i e

Ausbildung der Rechtsreferendare absichern und verbessern

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2000
(Drucksache 15/451)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Mäurer.

Meine Damen und Herren, bei dem Gesetzesantrag des Senats „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst“ vom 13. Juni 2000 ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 6. Juli 2000 die erste Lesung unterbrochen und der Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstat-

(A) tung an den Rechtsausschuss überwiesen worden. Der Rechtsausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/446 seinen Bericht und Anträge dazu vor.

Wir setzen die erste Lesung fort.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erstatte zunächst Bericht über die Beratungen im Rechtsausschuss und werde, um das etwas abzukürzen, dann noch für die SPD-Fraktion eine Stellungnahme abgeben.

Der Rechtsausschuss hat in zwei Sitzungen den bereits zitierten Gesetzentwurf erörtert, der im Wesentlichen zum Ziel hat, das rechtliche Ausbildungsverhältnis der Referendare auf eine andere Rechtsgrundlage zu stellen. Das bisherige Beamtenverhältnis bei den Referendaren soll auf ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis umgestellt werden. Das, meine Damen und Herren, ist nicht ganz neu. Während der einstufigen Juristenausbildung, die es in den siebziger und achtziger Jahren auch in Bremen gab, gab es das ebenfalls. Damals hatten wir ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis und kein Beamtenverhältnis.

(B) Das eigentliche Ziel des Gesetzentwurfs, das muss man ganz klar sagen, ist nicht nur, dass das Rechtsverhältnis, das öffentlich-rechtliche Verhältnis der Auszubildenden und der Referendare, umgestellt wird, sondern Ziel ist es, dass die Auszubildendenvergütung für Referendare deutlich abgesenkt wird. Das muss man ganz offen sehen und wissen, wenn man heute darüber abstimmt.

Der Senat hat diesen Vorschlag, den er dem Parlament vorgelegt hat, im Wesentlichen damit begründet, dass die angespannte Haushaltslage dies notwendig macht. Im Übrigen haben auch schon andere Bundesländer diesen Weg beschritten, und es sind auch noch weitere Länder dabei, diesen Weg zu beschreiten, der, das muss man deutlich sagen, einen schmerzlichen Eingriff bedeutet, insbesondere bei Menschen, die nicht mehr ganz jung sind, sondern etwa 25 bis 30 Jahre alt, und teilweise schon Familie haben. Das sehen wir, und das haben wir auch lange diskutiert. Deswegen, das sage ich hier ganz offen, hat es sich die Koalition auch nicht leicht gemacht, diesem Vorschlag des Senats zuzustimmen.

Wenn wir das dennoch machen und damit dem Vorschlag des Senats mit dem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, folgen, dann allein aus dem Grund, dass die angespannte Haushaltslage in Bremen, insbesondere auch die angespannte Lage des Justizhaushalts, uns keine andere Wahl lässt. Das ist die eine Begründung, weswegen wir schweren Herzens diesem Vorschlag des Senats zustimmen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Wir haben das im Rechtsausschuss aber auch mit einer Auflage gekoppelt. Wir haben es Ihnen hier auch vorgelegt. Das ist die Ziffer 2 des Antrags des Rechtsausschusses, nämlich die frei werdenden Haushaltsmittel, die sich durch die Maßnahme, Umstellung des Ausbildungsverhältnisses verbunden mit der Kürzung der Ausbildungsbeihilfe bei den Referendaren, ergeben, anschließend zweckgebunden zu verwenden, und zwar für die Verbesserung der Referendarausbildung und für die technische Modernisierung der Justiz.

Gerade bei der Referendarausbildung liegt einiges im Argen. Wir haben das gehört. Wir hatten die Vertreter der Referendare, aber auch Vertreter des Oberlandesgerichts, das Ausbildungsstation ist, dazu im Ausschuss angehört. Es muss hier in Zukunft unbedingt etwas geschehen, um die Ausbildungsqualität für Referendare in Bremen, die schließlich auf das zweite Staatsexamen vorbereitet werden, weiter zu verbessern. Deswegen haben wir in unserem Beschlussvorschlag gesagt, dass ein Teil dieser Mittel in die Verbesserung der Referendarausbildung fließen muss. Über die Aufteilung der Mittel soll dann der Rechtsausschuss zusammen mit dem Haushalts- und Finanzausschuss entscheiden. Soweit der Vorschlag des Rechtsausschusses!

(D) Es ist dann in der Folge in den Regierungsfractionen diskutiert worden. Ich darf berichten — der Kollege Lutz wird das vielleicht noch ergänzend vortragen —, dass bei den Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Fraktion hinsichtlich des zweiten Teils Bedenken gekommen sind, dass hier im Hause über die Art und Weise der Verwendung dieser frei werdenden Mittel beschlossen wird. Stattdessen sollte die Diskussion im Ausschuss fortgesetzt werden.

Wir konnten uns diesen Erwägungen nicht wehren. Wir haben das hier dem Hause, auch zunächst einmal etwas ungewöhnlich, in schriftlicher Form vorgetragen, aber jeder soll auch wissen, was sich dahinter verbirgt, wenn wir dieses Ausbildungsverhältnis bei den Referendaren ändern. Deshalb tragen wir Sozialdemokraten dem Wunsch unseres Koalitionspartners Rechnung und werden die Ziffer 2 daher nur in der Weise zur Abstimmung bringen, dass die Ziffer 2 zur weiteren Beratung und Erledigung an den Rechtsausschuss zurückverwiesen wird. Das heißt, es soll hier nicht erneut eine Beratung stattfinden. Wir werden gemeinsam im Rechtsausschuss überlegen, was mit den durch die Änderung des Ausbildungsverhältnisses und der Herabsetzung der Referendarbezüge frei werdenden Mitteln geschehen soll.

Abschließend darf ich sagen, dass wir uns die Situation genau vor Augen geführt haben. Ich sagte das schon, die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Referendare — das ist uns auch noch einmal beredt von den Referendarvertretern dargestellt worden — sind weiß Gott nicht rosig. Wir haben aber angesichts der Haushaltslage des Landes keine an-

(A) dere Möglichkeit gesehen. Wir hoffen aber, dass wir diese frei werdenden Mittel — und ich hoffe, dass wir hier auf Verständnis bei den Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss stoßen, mit denen müssen wir das natürlich noch weiter erörtern — sinnentsprechend verwenden können und dass mindestens ein großer Teil für eine Verbesserung der Referendarausbildung, und die ist dringend notwendig, verwendet werden kann. Ich denke, dass damit dann auch den Referendaren gedient ist.

Wir bitten daher, um jetzt formell den Antrag zu stellen, das Plenum um Zustimmung zu Ziffer 1, was die Gesetzesänderung anbelangt. Das wäre dann der Gesetzesentwurf mit zwei kleinen Änderungen, wie sie in der Vorlage dargelegt sind. Das sind im Grunde genommen marginale Änderungen. Da bestand weitestgehend auch Einigung im Ausschuss. Bezüglich der Ziffer 2 bitten wir um Zustimmung, dass nicht in der Sache abgestimmt, sondern der Gesetzesentwurf zur weiteren Erörterung und Erledigung in dieser Sache, ohne Rücküberweisung, wieder an den Rechtsausschuss überwiesen wird. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

(B) Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die juristische Ausbildung zum Vierten! Als die Koalitionsfraktionen vor der Sommerpause die Ausbildung an der juristischen Fakultät, Fachbereich in Bremen, geändert hat in einer Art und Weise, die für die Zukunft dieser Ausbildung sehr gefährlich und schädlich werden kann, da waren als Begründung von den Rednern nur die wärmsten Worte zu hören. Alles zum Besten der Bremer Absolventen! Alles nur zum Besten der Bremer Referendare, damit sie seltener im zweiten Examen durchfallen, als dies in einigen Jahren zuletzt der Fall gewesen ist!

Meine Damen und Herren, heute stehen die Lebens- und Verhältnisse im Referendariat zur Debatte und zur Abstimmung, also die entscheidenden 20 Monate vor dem zweiten Examen, das nicht immer so gut gelungen ist! Die Koalitionsfraktionen hätten beweisen können, wie ernst es ihnen mit ihrer angeblichen Fürsorge für die Rechtsreferendare ist.

Um es gleich zu sagen, es ist Ihnen, meine Damen und Herren, nicht gelungen, im Gegenteil! Sie verschlechtern die soziale Lage der Rechtsreferendare nicht unerheblich — darauf komme ich noch —, in vielen Fällen wahrscheinlich über den Punkt hinaus, an dem es eben dieses Ausbildungsziel gefährden könnte. Sie wollen programmatisch die jungen Leute dazu bringen, dass sie im großen Umfang einen Nebenerwerb machen, neben und mitten in der Examensvorbereitung. Das ist nun wirklich ge-

nau das Gegenteil von dem, was Sie zugesagt haben, nämlich diesen Leuten Hilfe und Unterstützung zu geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb werden wir heute dem Gesetzesentwurf nur dann zustimmen, wenn Sie mit uns klare Erwartungen des Parlaments beschließen, wie das in der Praxis aussehen wird. Das haben wir in unserem Antrag formuliert, den wir gleichzeitig zur Diskussion und Abstimmung stellen.

Allgemein haben wir gegen die Umwandlung des Beamtenverhältnisses in ein öffentlich-rechtliches Ausbildungsverhältnis keine Einwände. Schon wegen der versicherungsrechtlichen Vorteile, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen, die juristische Ausbildung zu entstaatlichen, sind wir dafür. Interessant ist ja, dass Sie in der Begründung hier gerade das schreiben, was Sie sonst eher verschweigen, dass nämlich faktisch eine dramatische Entstaatlichung stattgefunden hat und dass nur noch ein ganz kleiner Bruchteil der Referendare tatsächlich in Zukunft für den Staat arbeiten wird.

Hier, und das ist natürlich das Geheimnis, aber geht es um Geld, das Sie den Rechtsreferendaren weniger geben wollen. Bei Geld hört bekanntlich sogar die Beamtenideologie auf, die Freundschaft schon lange, aber sogar das heilige Beamtentum hört da auf! Sie wollen also Geld sparen — der Kollege Isola hat ja kein Hehl daraus gemacht, dass das der innere Kern dieser Gesetzesänderung ist —, und zwar erhebliches Geld. In Zukunft soll das von der Verwaltung freihändig ohne Mitwirkung des Parlaments gemacht werden können durch Verordnung.

Ich sage Ihnen, worum es da geht. Von jetzt 1893 DM sollen die Bezüge der Gerichtsreferendare auf 1630 DM sinken, und zwar ohne zusätzliche Leistungen, die bisher dabei waren. Das bedeutet selbst in diesen Steuerklassen für Verheiratete netto weit über 300 DM. Sie verweisen zur Begründung auf andere Länder, zum Beispiel Baden-Württemberg, ein so genanntes Geberland, am untersten Ende. Dahin wollen Sie auch, aber ich darf darauf hinweisen, es gibt auch Bayern als großes Geberland, das über 1700 DM liegt und noch zusätzliche Leistungen gibt, und es gibt auch das größte Geberland Nordrhein-Westfalen mit 1893 DM für die Rechtsreferendare, auch nach der Neuregelung in ein neues Ausbildungsverhältnis.

Wir wissen sehr wohl, dass Bremen in der gegenwärtigen finanziellen Situation nicht toter Mann spielen kann. Das ist auch okay, dass wir es mit dieser Änderung verbinden, dass wir uns Überlegungen über die Vergütung machen. Aber dass wir nicht in der Lage wären, dort einen mittleren Weg zu finden, der auch die Interessen und die soziale Lage der Rechtsreferendare berücksichtigt und wahr-

(C)

(D)

- (A) nimmt, der jungen Leute, die ja auf diese Ausbildungsphase nach wie vor angewiesen sind, vermag ich überhaupt nicht einzusehen, und dieses Heruntergehen auf den allerniedrigsten Level ist ein wesentlicher Grund, warum wir das nicht mitmachen werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn das Ressort großmundig darauf verweist, dass alle einen Beitrag zur Sanierung leisten müssen, frage ich mich, wo denn eigentlich der finanzielle Beitrag der übrigen Beamten ist, etwa in der Richterschaft und in der Justiz. Den richtigen finanziellen Beitrag für die Bezüge leisten ausschließlich nur diejenigen, die keine andere Wahl haben, die das machen müssen und die ohnehin am wenigsten bekommen, weil es da rechtlich möglich ist. Von einem Beitrag von allen kann überhaupt keine Rede sein.

- (B) Schauen wir einmal nach Baden-Württemberg, wie das aussieht! Nach Angaben der Landesregierung selbst kommen dort nur 20 Prozent der Referendare mit dem Geld aus. Faktisch sind die Unterstützung der Eltern und Sozialhilfe das, was ihnen über die Runden hilft. Das ist nun ein klassisches Selektionsmuster, das wir eigentlich nicht wollen: dass es darauf ankommt, wer Eltern hat, die zuschießen können, muss sich um den Unterhalt nicht sorgen. Auch heute schon erhalten nach Angaben des DGB etliche Referendare mit Familien auffüllende Sozialhilfe. Das wird drastisch zunehmen. Das Wesentliche, ich sage es noch einmal, ist natürlich das Leben dieser jungen Leute selbst, können sie sich entsprechend dem, was wir selbst von ihnen erwarten, auf das zweite Examen vorbereiten. Das, glaube ich, wird mit Sicherheit eher erschwert.

Der zuständige Staatsrat, der ja das Justizressort führt, Herr Mäurer, leugnet auch nicht, dass die sozialen Folgen so sein werden. Die Zahlungen sollen nach seiner erklärten Auffassung ja auch kein Unterhalt sein, sondern eine Beihilfe zum Unterhalt. Er geht also davon aus, dass man das und auch noch von irgendwo anders etwas hat. Nun wird es ganz abenteuerlich. Er hat im „Weser-Report“ im Mai erklärt, die Tätigkeit des Rechtsreferendariats sei ein, ich darf zitieren, „nicht wochenfüllender Job“.

Ich habe einmal die letzten Tage genutzt, um mit einigen Leuten zu reden, die auch jetzt das Referendariat machen. Man hat es von 40 auf 20 Monate heruntergenommen. Das soll ein nicht wochenfüllender Job sein? Wer das jetzt ernsthaft behauptet und meint, die Rechtsreferendare könnten hier in großem Umfang Nebentätigkeiten machen, liegt wohl irgendwie neben der Spur.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Referendare sind nach dem Gesetz, das Sie heute verabschieden, verpflichtet, ich darf zitieren:

„Der Referendar hat sich mit voller Kraft der Ausbildung zu widmen.“ Mit voller Kraft, steht im Gesetz! Gleichzeitig wird da durch Verordnungen aufgeführt, sich Nebentätigkeiten zu erschließen. Das kann doch auch nicht richtig sein.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Abgeordnete der CDU, der Kollege Borttscheller, hat in der Sitzung im Rechtsausschuss eigentlich alles Notwendige dazu gesagt, allerdings darf er das heute hier nicht öffentlich wiederholen. Der Referendar soll nach Meinung der Koalition nebenher arbeiten. Eine solche Vergütung, die ihm das möglich machen würde, ist in Bremen einfach nicht üblich. Es mag Fälle in anderen großen Städten geben, aber in Bremen ist das nicht so. Er müsste in großem Umfang versuchen, nebenher Geld zu verdienen. Das kann er nicht, ohne sein Ausbildungsziel zu gefährden. Wenn er sein Ausbildungsziel gefährdet, dann läuft all das ins Leere, was Sie eigentlich wollen, und die Kosten für Wiederholungen und so weiter werden ein Mehrfaches von dem sein, was Sie jetzt einsparen. Aber Sie nehmen es ja auch nicht bei sich, sondern bei den Referendaren!

Herr Borttscheller hat in den Beratungen auch darauf hingewiesen, dass die Bezüge bei den Rechtsreferendaren abgesenkt werden, aber nicht bei den Schulreferendaren. Er hat auch zu Recht gesagt, das könne eigentlich nicht sein, dass der sehr angesehene Beruf der Juristen schlechter bezahlt werde als der der Lehrer. Die Antwort von Herrn Mäurer war, Lehrer erbringen ja auch schon Leistung, Juristen in dieser Zeit nicht. Das kann man, glaube ich, auch ganz anders sehen, aber das ist gar nicht der Punkt. Sie werden nämlich nicht nach Leistung bezahlt. Das ist gar nicht die Absicht dieser Bezahlung. Der Punkt ist dabei, dass beide Gruppen gezwungen werden, dieses Nadelöhr der Ausbildung zu gehen. Sie haben keine andere Möglichkeit, also muss man ihnen doch die Möglichkeit zu einem Lebensunterhalt geben, der doch ein bisschen über das Sozialhilfeniveau geht. Das ist jetzt bald nicht mehr der Fall.

(D)

Herr Kollege Isola, manchmal haben ja die Debatten und die Erläuterungen, die wir hier diskutieren, einen Sinn für die spätere Gesetzesinterpretation. Ob Sie das mit Schmerzen beschließen oder nicht, das wird aber für die spätere Auslegung keine Rolle spielen. Diese Erklärung ist ein bisschen wohlfeil, Sie machen es nicht gern, aber Sie machen es, und wie ich finde, machen Sie es ohne notwendigen und triftigen Grund.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der letzte Punkt: Die Besoldung der Referendare ist ja vor einigen Jahren schon einmal abgesenkt worden. Das Geld ist das letzte Mal nicht in die verbesserte Ausbildung geflossen. Wohin geht also das

(A) Geld, das gespart wird? Sie haben in der Ausschusssitzung angedeutet, man könnte auf Dauer ein Zehntel für die Verbesserung der Referendarausbildung verwenden. Wir sind der Auffassung, nach dem, was uns geschildert worden ist, muss es erheblich mehr sein. Wir müssen dort mehr investieren. Jetzt wollen Sie das ganz weglassen. Jetzt beschließen Sie ein Gesetz, und es ist völlig dunkel, völlig außerhalb der Diskussion, ohne Meinungsäußerung des Parlaments, was mit dem eingesparten Geld passiert.

Das, finde ich, ist wirklich ein Skandal. Da wird den Referendaren das Geld weggenommen. Außer schönen Worten bekommen sie nicht einmal das dafür, dass man sich um ihre Ausbildung, und zwar verbindlich, Ihre Absichtserklärung höre ich, Herr Kollege Isola, das ist ja auch in Ordnung, aber dass man es hier ohne Willenserklärungen des Parlaments verabschiedet, das kann ich überhaupt nicht verstehen. Ich sage noch einmal, wenn Sie den Festlegungen, die wir hier per Antrag vorschlagen, folgen, wenn Sie das mitmachen, dann werden wir Ihrem Gesetzesantrag zustimmen, tun Sie das nicht, werden wir das nicht. — Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Lutz.

(B) Abg. **Dr. Lutz** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat ist es eine schwierige Geburt, was wir als Koalitionäre vorhaben. Wir möchten das Dienstverhältnis der Referendare in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis überführen. Richtig ist auch, dass die Absenkung der Referendarvergütung in Aussicht gestellt ist. Nur, um dabei zu bleiben, lieber Herr Kuhn, ich glaube, Sie gehen nach wie vor von einem falschen Ansatz aus. Es ist einfach nicht zutreffend, dass man eine Referendarzeit nicht nach zwei Jahren erfolgreich abschließen könnte. Wir hatten in den Jahren 1973 und 1974/75 eine zweijährige Referendarausbildung für Rechtsreferendare, und es war den damaligen Referendaren, männlich und weiblich, möglich, weitere Gelder zu verdienen. Das war nichts Ungewöhnliches. Es ist durchaus leistbar, und zwar auch noch mit Erfolg.

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Die können ja nicht alle in die Bürgerschaft!)

Nein, die können nicht alle in die Bürgerschaft als Referendare, nur, wir haben ja eine Kollegin unter uns, die Gerichtsreferendarin ist, und selbstverständlich wird sie ihr Examen erfolgreich abschließen, trotz der Belastung durch die Bürgerschaft.

(Abg. **D r . K u h n** [Bündnis 90/Die Grünen]: Genau mit der habe ich gesprochen! Als ich gesagt habe, das sei ein nicht wochenfüllender Job, hat sie mir den Vogel gezeigt!)

(C) Gut, das mag ja sein, dass sich das alles verändert hat, Sie können auch sagen, dass ich älteren Semesters bin, nur, ich habe persönlich 1973/74 die Referendarzeit mit zwei Jahren gemacht, ohne Beurlaubung. Ich weiß nicht, wo da der Unterschied ist. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Ich meine ganz ehrlich, wir sollten uns ernsthaft damit befassen, weil Sie in Ihrem Antrag wieder schreiben, und dem kann ich nicht folgen, es ist in Bremen unüblich, dass Rechtsreferendare Nebentätigkeiten ausüben. Sie ist in größerem Umfang wegen der negativen Folgen für das Ausbildungsziel auch nicht anzustreben. Es gibt genug Beispiele, die das leisten konnten, und ich gehe davon aus, dass die Kollegin, die neben der Referendarsarbeit auch das Bürgerschaftsmandat wahrnimmt, das auch durchaus miteinander vereinbaren wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand seine Ausbildung wegen eines Bürgerschaftsmandats gefährdet.

Herr Kollege Kuhn, in der entscheidenden Sitzung des Rechtsausschusses sagten Sie, Sie seien damit einverstanden, dass man das Anstellungsverhältnis in ein öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis überführt. Dem sind wir gefolgt. Wir haben die Passage zwei jetzt als Fraktion der CDU nicht aufrechterhalten, sondern beantragen wie die SPD die Überweisung an den Rechtsausschuss und die dortige Erledigung. Ich darf Sie also bitten, dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf in der Fassung der SPD- und CDU-Fraktion Ihre Zustimmung zu erteilen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Staatsrat Mäurer.

Staatsrat Mäurer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, auch wenn er hier keine Begeisterung auslöst. Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass wir uns das auch nicht leicht gemacht haben. Das ist eine Maßnahme unter vielen, die auch schmerzhaft gewesen sind.

Die Alternative ist für uns relativ einfach. Unser primäres Ziel ist, die Funktionsfähigkeit der Justiz zu erhalten. Das kann man dadurch, dass man ausreichend finanzielle Mittel bereitstellt. Leider ist das nicht der Fall. Unsere Haushalte werden von Jahr zu Jahr niedriger angesetzt, und wir müssen dennoch versuchen, die Hauptaufgabe des Ressorts zu erledigen.

Vor diesem Hintergrund bitte ich um Verständnis, dass wir Ihnen heute diese Maßnahme vorschlagen. Sie führt im Ergebnis dazu, dass das Ressort insgesamt mit einem Beitrag von über einer Million DM entlastet wird. Diese Mittel werden wir für die Verbesserung der Referendarausbildung einsetzen, und insofern stehen wir auch zu diesem Wort. Ein

(A) Zehntel war der Vorschlag, den wir gemacht haben, und ich denke auch, dass dieser Vorschlag im Rechtsausschuss eine Zustimmung finden wird. Darüber hinaus brauchen wir das Geld dringend, um notwendige technische Investitionsmaßnahmen durchzuführen, um damit letztlich das Ziel zu erreichen, dass unsere Gerichte ihre Entscheidungen auch in passablen Zeiträumen treffen können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch eine Bitte zur Abstimmung äußern, dass wir unseren Antrag zuerst abstimmen, weil wir die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf selbst davon abhängig machen, und dann den Gesetzentwurf selbst.

Vizepräsident Ravens: Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

(B) Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/451 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich jetzt über den Änderungsantrag des Rechtsausschusses, Drucksache 15/446, abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag des Rechtsausschusses mit der Drucksachen-Nummer 15/446 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(C)

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Jetzt lasse ich über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst, Drucksache 15/379, in erster Lesung abstimmen.

Wer dieses Gesetz unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung mit den Änderungen.

(D) Meine Damen und Herren, interfraktionell wurde vereinbart, Behandlung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung vorzunehmen.

Ich lasse deshalb darüber abstimmen, ob wir in die zweite Lesung eintreten wollen.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die erste juristische Staatsprüfung und den juristischen Vorbereitungsdienst in der in der ersten Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Jetzt lasse ich über den Antrag des Rechtsausschusses abstimmen.

Hier ist gemäß Paragraph 63 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung Rücküberweisung an den Rechtsausschuss vorgesehen.

Wer der Überweisung des Antrags mit der Drucksachen-Nummer 15/446 an den Rechtsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag an den Rechtsausschuss.

Meine Damen und Herren, im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

(B)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne eine Gruppe Auszubildender vom Institut für Berufliche Weiterbildung.

Herzlich willkommen im Hause!

(Beifall)

Konzeption zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen

Mitteilung des Senats vom 25. Juli 2000
(Drucksache 15/409)

Wir verbinden hiermit:

Zehn-Punkte-Programm zur Integration von Zuwanderern im Lande Bremen: Konkret handeln — gemeinsame Zukunft gestalten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. September 2000
(Drucksache 15/447)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen heute ein Integrationskonzept für Zuwanderinnen und Zuwanderer im Lande Bremen vor.

(C)

Der Senat hat damit nicht nur erneut seine politische Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt, sondern der Senat hat auch rechtzeitig vor dem Hintergrund der Diskussion um Rechtsextremismus ein deutliches Zeichen gesetzt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Integration ist eine bedeutende gesellschaftliche und staatliche Aufgabe. Es klang heute Morgen schon an, dass die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit ein wichtiges Element einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ist. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung, dass wir mit diesem Integrationskonzept deutlich machen, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer in Bremen und Bremerhaven zu uns gehören und dass wir die Aufnahme in unsere Gemeinde wollen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen — Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

wobei wir Aufnahme in die Gemeinde nicht als einseitigen Prozess verstehen! Wir erwarten nicht nur den Beitrag von Zuwanderinnen und Zuwanderern, sondern Aufnahme in die Gemeinde ist ein beidseitiger Prozess. Auch wir, die wir hier geboren sind und schon längere Zeit hier leben als die Zuwanderinnen und Zuwanderer, müssen unseren Beitrag bringen, damit die Aufnahme in die Gemeinde gelingt.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ungefähr jeder sechste Einwohner Bremens und Bremerhavens ist von außerhalb Deutschlands eingereist oder wurde als Familienmitglied hier geboren. Die meisten Ausländer und Ausländerinnen leben schon seit vielen Jahren in Bremen und Bremerhaven. Sie sind überwiegend als Arbeitskräfte, häufig mit ihren Familienangehörigen, zu uns gekommen oder werden als Asylberechtigte oder im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen als auf Dauer aufgenommene Flüchtlinge auch künftig hier bleiben. Hinzu kommen Flüchtlinge, die voraussichtlich nach einer gewissen Zeit wieder in ihre Heimatländer zurückkehren werden.

Die Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Leben als Indiz für gelungene Integration ist für viele Zugewanderten bereits Alltag. Andererseits können wir auch feststellen, und das ist unverkennbar, dass wir nach wie vor in einigen Bereichen Integrationsprobleme haben. Ich will zwei Beispiele nennen: Ein

- (A) Beispiel ist der sinkende Anteil ausländischer Jugendlicher in der Berufsausbildung. Zweites Beispiel ist die Arbeitslosigkeit unter den Zugewanderten, sie liegt deutlich über dem Gesamtdurchschnitt. Allein diese zwei Beispiele zeigen, vor welchen Aufgaben und Problemen wir mit unserer Integrationspolitik stehen.

Wir versuchen, mit dieser Integrationspolitik zukunftsweisende Aufgaben mit konkreten Handlungsfeldern für diese Legislaturperiode aufzuzeigen. Wir gehen dabei von einem Paradigmenwechsel aus. Wir verabschieden uns von einem bloßen Ausgleich von Benachteiligung, den wir nicht in den Vordergrund stellen. Wir verabschieden uns auch von einem rein sozialfürsorgerischen Ansatz, sondern wir stellen die Mobilisierung von Selbsthilfepotential der Zuwanderinnen und Zuwanderer in den Vordergrund. Wir wollen den aktiven Staat auch im Zusammenhang mit der Aufnahme von Zuwanderinnen und Zuwanderern in unserer Gemeinde.

Die in Bremen und Bremerhaven seit Jahren praktizierte Integrationspolitik wollen wir ergänzen durch einen stärker differenzierenden, auf die unterschiedlichen individuellen Lebenslagen der Zuwanderinnen und Zuwanderer eingehenden Ansatz. Wir wollen nach dem Prinzip des aktivierenden Staates, um das noch einmal zu wiederholen, weil es für uns deutlich ist, Angebote entwickeln, wobei uns klar ist, dass in vielen Fällen zunächst die staatliche Hilfe die Aktivierung in Gang setzen muss. Aber zu den staatlichen Angeboten muss auch der eigenverantwortliche, der eigene Beitrag aller Zugewanderten kommen, damit diese Integration, die Aufnahme in die Gemeinde gelingt.

- (B) Dabei machen wir vom Grundsatz her keinen Unterschied zwischen den unterschiedlichen Statusgruppen. Wir differenzieren nicht nach der Herkunft, nach der Kultur, nach der Religion oder nach der Weltanschauung. Wir differenzieren unser Angebot, unsere staatlichen Hilfen, weil nur differenzierte Angebote auch dem Integrationsauftrag gerecht werden, denn nicht alle Zugewanderten brauchen umfassende oder gezielte staatliche Integrationshilfen und -angebote.

Wir können sehr froh sein, dass viele Zugewanderte die Integration bereits vollendet haben, dass sie mit eigener Kraft den Weg zu uns und auch in unsere Gesellschaft gefunden haben und dass sie wie selbstverständlich dazugehören. Wir beziehen alle ein, stufen aber das entsprechende Angebot je nach der Lebenslage ab. Entscheidend ist also nicht der Status, sondern entscheidend ist die jeweilige Problemlage und die Notwendigkeit der Maßnahme.

Ausländer und Ausländerinnen, die beispielsweise über kein gesichertes Aufenthaltsrecht verfügen, nehmen ebenfalls an unseren Fördermaßnahmen teil, wenn und soweit dies für eine sozialverträgli-

che Teilnahme am Alltagsleben erforderlich ist. Man kann das sehr deutlich machen an der Asylbewerberfamilie mit kleinen Kindern. Es ist selbstverständlich, dass wir für die Kinder natürlich Kindergartenangebote und Versorgung im Kindergarten anbieten. Es ist ganz selbstverständlich, dass wir schulische Hilfen anbieten. Es ist auch ganz selbstverständlich, dass wir auch für die Erwachsenen, soweit dies für ihren Aufenthalt, für ihre Teilnahme am Alltagsleben erforderlich und notwendig ist, Hilfe anbieten.

Das übergeordnete Integrationsziel unseres Konzeptes ist es, Chancengleichheit zur Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben im Land Bremen zu ermöglichen. Die Fortentwicklung unserer Integrationspolitik steht dabei unter folgenden Gesichtspunkten: die Selbständigkeit und die Eigenverantwortung zu fördern und zu fordern.

Wir gehen von dem Grundverständnis aus, dass bei den Potentialen und Stärken der betroffenen Menschen angesetzt werden muss. Dazu gehört nicht nur eine entsprechende Berücksichtigung von Leistungen, die von den Zugewanderten in Gremien, Vereinen und Initiativen erbracht werden. Nein, dazu gehört auch die stärkere Berücksichtigung von Zugewanderten bei Einstellung in den öffentlichen Dienst! Ich bin sehr froh, dass gerade gestern der Finanzsenator deutlich gemacht hat, dass dies unser gemeinsames Ziel ist, mit verstärkter Einstellung in den öffentlichen Dienst auch Zugewanderte mit ihrem biculturellen Hintergrund aufzunehmen. Wenn man sich die Entwicklung der Zahlen allein bei den Bewerbungen und den Einstellungen im Auszubildendenbereich anschaut, sind wir hier auf einem guten Weg. Ich sage, wir sind auf einem guten Weg, aber wir haben das Ziel noch nicht erreicht.

(Beifall bei der SPD)

Eine Schlüsselqualifikation für die Integration, auch dies sagen wir in unserem Konzept deutlich, sind Deutschkenntnisse. Deshalb wollen wir für alle Zugewanderten bedarfsgerechte und erreichbare Sprachförderung anbieten. Wir wollen neue Angebotsformen entwickeln, wie zum Beispiel durch die besondere Einbeziehung von Müttern während des Kindergarten- oder Schulbesuchs die Kinder noch mehr von Zuwandererinnen und Zuwanderern für das Deutsch Lernen motiviert werden.

Auch die Nutzung bereits bestehender öffentlicher Infrastruktur, zum Beispiel der Sozial-, Jugend- und Gesundheitspolitik, und die Teilhabe an deren Angeboten wollen wir verbessern. Wir müssen diese Angebote stärker bekannt machen, und wir müssen mit entsprechenden Schritten auf die Zugewanderten zugehen, damit sie diese Angebote auch wahrnehmen können.

(C)

(D)

(A) Wir wollen mit konkreten Integrationsschritten die Zugewanderten konkret auf den Weg in den Arbeitsmarkt auf allen Stationen begleiten. Das, was wir mit sehr hoffnungsvollen Projekten noch zur Zeit von Senator Beckmeyer mit dem Projekt MiBoP, mit dem Projekt BQN, mit der Qualifizierung von ausländischen Jugendlichen begonnen haben, wird weiter ein Schwerpunkt unserer Integrationspolitik bleiben, um ausländischen Jugendlichen einen wirklichen, gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir verstehen die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, fremdenfeindlichen Einstellungen und Diskriminierung als eine Querschnittsaufgabe, an der sich alle Ressorts des Senats beteiligen. Ich bin sehr froh, dass wir mit diesem Integrationskonzept auch ein Grundverständnis unter allen Ressorts herbeiführen konnten. Dieses Integrationskonzept ist der verbindliche Rahmen, der für den gesamten Senat, für alle senatorischen Dienststellen, für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gleichermaßen verbindlich ist.

(B) Wir haben dem Senat erklärt, dass dieser Prozess keineswegs eine Eintagsfliege ist, sondern dass dieser Prozess sich über die nächsten drei Jahre dieser Legislaturperiode erstrecken wird. Wir haben 50 konkrete Handlungsschwerpunkte definiert. Diese Handlungsschwerpunkte werden wir mit ganz konkreten Schritten, mit ganz konkreten Projekten und Maßnahmen in dieser Legislaturperiode auf den Weg bringen. Insofern ist der Vorwurf oder die teilweise Kritik, die geäußert wurde an diesem Integrationskonzept, es sei ein wunderschön geschriebenes, aber letztlich unverbindliches Papier, zu kurz gegriffen. Dies ist erst der Einstieg in unsere konkrete Integrationsarbeit, und Sie werden uns an unseren Taten in den nächsten Jahren messen können, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Natürlich muss jeder Ressortbeitrag in Eigenverantwortung entwickelt werden, und jedes Ressort muss auch entsprechende Schwerpunkte setzen für die Integrationsarbeit. Wir können in der augenblicklichen Haushaltslage des Landes nicht zusätzliche Mittel für Integrationsarbeit den Ressorts zur Verfügung stellen.

Meine Damen und Herren, ich lade Sie herzlich dazu ein, Sie, die Sie in den Deputationen in unterschiedlichen Fachbereichen vertreten sind, begleiten Sie diesen Prozess, und setzen Sie sich ebenfalls dafür ein, dass Integrationsarbeit ein Schwerpunkt, nicht nur der Sozial-, sondern auch der Innen-, der Bildungspolitik und anderer Politikbereiche wird!

(Beifall bei der SPD)

(C) Wir werden als Sozialdeputation sehr schnell erste Zeichen setzen, und wir werden heute noch die Deputationsunterlagen Ihnen als Sozialdeputierte in die Fächer legen. Sie werden sehen, wir haben unseren Katalog konkreter Projekte und Maßnahmen bereits fertig. Sie können ersehen, es sind keine unverbindlichen Versprechungen, sondern ganz konkrete Maßnahmen, die wir ergreifen werden. Ich freue mich schon auf die Debatte am 21. September und auf weitere Debatten in anderen Deputationen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Konzeption zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern im Land Bremen ist bereits in Fachdeputationen, dem Magistrat Bremerhaven und der Fachöffentlichkeit vorgestellt worden. Sie hat, worüber ich sehr froh war, eine sehr breite Zustimmung gefunden. Wir müssen, davon bin ich überzeugt, Zuwanderung immer mehr als Faktum anerkennen. Wenn wir Zuwanderung als Faktum anerkennen, müssen wir auch dafür sorgen, dass dies im gesellschaftlichen Leben anerkannt und verankert wird.

Zuwanderinnen und Zuwanderer sind keine Gäste, die Bremen und Bremerhaven nach kurzem Aufenthalt wieder verlassen. Diesem Irrtum ist man bereits mit Beginn der Arbeitsmigration in den sechziger Jahren verfallen. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen, sondern Schritt für Schritt Integration als ständige Aufgabe im Prozess begreifen, um die Zugewanderten als Teil unserer Gesellschaft möglichst schnell um uns zu versammeln. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Staatsrat Knigge, ich fand das heute einmal eine sehr gute Übung, wenn der Senat selbst eine Konzeption hier einbringt, dass diese auch als Beginn der Debatte vom Senat selbst vorgestellt wird. Die Art und Weise, wie Sie das getan haben, war auch so, dass ich sehr vieles von dem, was Sie gesagt haben, unterschreiben kann.

Es ist nötig, glaube ich, trotzdem noch einmal deutlich zu machen, worüber wir heute nicht sprechen. Sie haben es auch schon implizit in Ihrer Rede deutlich gemacht. Wir wollen heute nicht debattieren um die Fragen Einwanderungsgesetz, Einwanderungskommission, Ausländerrecht, Asylverfahren, sondern es geht heute in dieser Debatte und angesichts der vorgelegten unterschiedlichen Konzeptionen des Senats und von Bündnis 90/Die Grünen konkret um die Verbesserung der Partnerschaftsaufgabe Integration, das heißt das Zusammenwachsen und Zusammenführen teilweise immer weiter, aber auch schon

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) länger auseinander driftender Teile unserer Gesellschaft. Das ist die Aufgabe, die wir vor uns haben, und dieser haben wir uns genauso wie der Senat gestellt.

Warum ist diese Aufgabe so wichtig? Im Grunde genommen muss man nicht weit ausholen oder theoretisieren, sondern wenn man durch die Großstädte läuft, kann man es im Prinzip sehen. Die Aufgabe ist wichtig, weil es die Zukunft der Großstädte im Kern berührt, ob diese Aufgabe gelingt und ob wir diese Teile der Gesellschaft auch zusammenführen können. Zum anderen haben wir heute Morgen gesehen, und Staatsrat Dr. Knigge hat es angesprochen, dass diese Aufgabe natürlich auch enorm wichtig ist, weil wir es mit den Tendenzen der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus und des Rechtsextremismus zu tun haben und dies nur mit positiven Zukunftskonzepten und nicht in Abwehrhaltung beantworten müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie ich schon sagte, haben wir und hat auch der von uns vorgelegte konkrete Zehnpunktecatalog eine große Übereinstimmung in den Grundsätzen, in den gemeinsamen Werten und in den Zielen. Ich bin froh darüber, dass es im Prinzip in diesen Grundsätzen und in diesen Zielen eine neunundneunzigprozentige Übereinstimmung hier im Haus gibt. Ich glaube, dass wir darauf aufbauen können.

(B) Aber gerade weil es diese Übereinstimmung in den Grundsätzen auf allen Seiten des Hauses gibt, scheint es mir besonders fruchtbar zu sein, in eine Debatte einzusteigen. Den Sinn, in eine Debatte einzusteigen, hat auch unser Antrag heute gerade in den Fragen um die richtigen Wege und die richtigen konkreten Umsetzungsschritte zum Erreichen dieser gemeinsamen Ziele. An dieser Debatte wollen wir uns beteiligen.

Wir haben deshalb, Dr. Knigge ist darauf eingegangen, unser Zehnpunkteprogramm vorgelegt, weil das uns zunächst hier auf dem Tisch liegende Konzept des Senats auf seinen 13 Seiten doch sehr viele Allgemeinplätze enthält, die so auch von uns unterschrieben werden können, aber das ist gleichzeitig natürlich auch die Schwäche des Konzepts, das der Senats uns hier vorgelegt hat. Etwas, das man sozusagen völlig ohne Debatte einfach so unterschreiben kann, weil es ein Allgemeinplatz ist, bringt uns auch in der konkreten Arbeit vor Ort noch nicht weiter.

Was wir brauchen, und darauf komme ich später auch zurück, ist eine verbindliche, nachvollziehbare, finanzierbare und auch in konkreten Schritten darstellbare Umsetzung einzelner ganz pragmatischer und konkreter Maßnahmen, um von der Formulierung der Ziele und der allgemeinen Werte dann auch zu einer veränderten Politik zu kommen. Es wird manchmal kritisiert, dass die Grünen auch

hier in Bremen relativ schnell sind im Kritisieren des Senats. Es wird eingefordert, dass wir uns mit eigenen Alternativen und Konzepten an dieser Debatte beteiligen. Wir haben das hier, denke ich, in dem richtigen Umfang getan.

Warum ist es überhaupt notwendig, jetzt eine solche Konzeption im Land Bremen zu beginnen? Staatsrat Dr. Knigge ist darauf nicht eingegangen. Wir haben eine solche Konzeption ja im Land Bremen vorliegen. Diese Konzeption ist allerdings aus dem Jahr 1979, und es gibt eine Fortschreibung dieser Konzeption, die von 1982 ist. Jedem wird relativ schnell auffallen, dass sich in dieser Zeit gerade in dem Bereich, über den wir heute reden, doch sehr viel getan und verändert hat.

Nur in Stichworten zu dem, was sich verändert hat: Wir haben in der Zwischenzeit natürlich sehr viel mehr Zuwanderung, allerdings auch wieder Abwanderung aus Deutschland. An dieser Stelle ist es wichtig, glaube ich, darauf hinzuweisen, dass wir im Jahr 1999, ich habe das an anderer Stelle in diesem Haus schon einmal getan, zum ersten Mal seit vielen Jahren — ja, Jahrzehnten — wieder einen negativen Wanderungssaldo, das heißt mehr Abwanderungen aus Deutschland als Zuwanderungen, hatten. In der gesamten Debatte, ob das Boot nun halb voll, voll oder sonst etwas ist, zählen ja auch die Fakten, und Faktum ist, dass wir letztes Jahr zum ersten Mal einen negativen Wanderungssaldo hatten. Das heißt, mehr Menschen haben Deutschland verlassen, als hinzugekommen sind. Das hat sich auf jeden Fall geändert!

Was hat sich noch geändert? Es sind seit 1979 neue Gruppen dazu gekommen. Denken Sie an die deutschstämmigen Aussiedler aus dem Bereich der Ex-Sowjetunion, denken Sie an jüdische Kontingentflüchtlinge, an Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien! An all das konnte man 1979 noch nicht denken. Aber auch von denen, die schon länger hier sind, den Nachkommen der so genannten Gastarbeiter, sind mehrere neue Generationen aufgewachsen. Die dritte Generation ist auf der Welt, und die vierte Generation dieser ehemaligen Gastarbeiter ist auf dem Weg.

Wir haben ein neues Ausländerrecht, wir haben ein neues Asylrecht, und wir haben seit dem 1. Januar dieses Jahres die erleichterte Einbürgerung. Wir haben eine völlig veränderte Situation im Umgang mit Religion, und die Bedeutung der Religion in der Frage, die wir heute diskutieren, hat sich in den letzten 20 Jahren vollständig verändert.

Den wichtigsten Punkt, der sich verändert hat, können wir auch, wenn wir durch unsere Stadtteile oder durch beide Städte gehen, mit Händen greifen oder mit Augen ansehen: Wir haben im Unterschied zu der relativ homogenen Gruppe von Gastarbeitern, ihren Familien und so weiter, die wir noch vor 30 und 20 Jahren hatten, heute eine ganz deutliche

(C)

(D)

(A) Trennung zwischen so genannten Migrationsgewinnern und Migrationsverlierern. Das ist nicht nur materiell, im Geldbeutel, gemeint, sondern das umfasst solche Begriffe wie Bildungsstand und so weiter. Sie sehen praktisch, wenn Sie mit offenen Augen durch unsere Städte laufen, wie sich diejenigen, die von der Migration profitiert haben, und diejenigen, die leider zurückbleiben und wo noch viel zu tun ist, auseinander entwickelt haben.

Es gibt also einen Konsens über die Notwendigkeit, den Bedarf und auch die Zielrichtung dieses Programms. Allerdings muss man sich noch einmal anschauen, was der Senat tatsächlich daraus gemacht hat, auch wenn die so genannten Planungsbögen, die Herr Dr. Knigge angekündigt hat, noch folgen. So ganz werden diese Planungsbögen das Problem, das Sie da haben, nicht lösen.

Sie haben im Wesentlichen zwei politische Probleme, die man ganz einfach mit Stichworten umschreiben kann: Das erste Stichwort ist Geld. Sie schreiben und Sie sagen nämlich, Sie werden nicht in der Lage sein, auch nur eine Mark mehr für diese Projekte auszugeben, als bisher in den Budgets der Ressorts ist. Zum Zweiten haben Sie ganz erhebliche politische Differenzen in der großen Koalition, die Sie auch daran hindern, bestimmte Dinge zu konkretisieren, weiter voranzutreiben und auf den Punkt zu bringen. Wir haben Sie mit unserem Zehnpunktecatalog genau auf diese Punkte hingewiesen, an denen Sie selbst als große Koalition nicht weiter kommen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen flüchten Sie sich in Allgemeinplätze, von denen auch draußen die Bevölkerung sehen wird, dass wir damit nicht weiter kommen. Sie sprechen immer von Ausbau der Elternbildung, Verbesserung der Sprachkenntnisse und so weiter, sagen aber in Ihrem Konzept bisher keinen Satz dazu, wie das konkret stattfinden soll, mit welchen Methoden, mit welchen Geldern, über welche Träger das laufen soll.

Lassen Sie mich einige wesentliche Punkte unseres Programms hier vorstellen! Der erste Punkt, und das haben wir in die Leitsätze gepackt: Es ist ganz wichtig, und ich glaube, hier haben wir wieder eher eine Übereinstimmung, dass wir Integration so verstehen, dass beide Teile — die Aufnahmegesellschaft und die, die dazu kommen — sich aktiv und engagiert an diesem Prozess beteiligen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist weder die Frage, dass hier irgendjemandem alles auf dem Silbertablett präsentiert werden soll, noch dass Integration ausschließlich eine Anstrengung der Migranten selbst sein kann.

Wir haben zweitens gesagt, dass es jetzt um eine Vertiefung und Modernisierung der Integration ge-

hen muss. In den letzten Jahrzehnten haben wir sehr viel über Ausländer- und Asylrecht gestritten. Langsam zeichnet sich der Konsens ab, dass wir doch ein Einwanderungsland sind.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben immer gesagt, wir sind ein Einwanderungsland, und jetzt sagen fast alle, dass wir ein Einwanderungsland sind. Wenn wir das sind, müssen wir auch die Integration der hier lebenden Menschen endlich vertiefen und sie nicht mehr nur als Gäste oder als bloße Mitbürger bezeichnen. Mit den Bezeichnungen fängt es ja schon an. Mit Gästen und Gastfreundschaft hat das Zusammenleben zwischen verschiedenen Gruppen hier in Bremen schon lange nichts mehr zu tun.

Wir haben, und das ist ein roter Faden, der sich durch unseren Antrag zieht, verbindliche Ziele hinein geschrieben, verbindliche Ziele zum Beispiel bei der Frage, wie das in Kindertagesheimen ist. Brauchen wir dort nicht endlich viel mehr Erzieherinnen und Erzieher, die hier aufgewachsen sind, die aber die Migrationserfahrung haben und die ihre Ausbildung hier haben? Sie sind genau diejenigen, die die Brücke schlagen können zwischen den verschiedenen Gruppen in den Kindertagesheimen, in den Schulen, im öffentlichen Dienst, bei sozialen Trägern und so weiter.

Wir sagen auch, dass erfolgreiche Programme, die ja hier in Bremen im Konsens aller gestartet sind, wie zum Beispiel das Hippy-Programm für junge Familien und kleine Kinder, endlich weiter ausgebaut werden müssen. Da sind Sie bei Ihrem Problem Nummer eins, nämlich dem Geld. Da müssen Sie dann sagen, wie Sie das machen wollen. Ich glaube, dass man ein solch erfolgreiches Programm nicht ernsthaft und ohne Skrupel an die Seite stellen kann, sondern es ausbauen muss, so dass es bedarfsdeckend eingesetzt werden kann.

(D)

(Glocke)

Ich komme zum Schluss. Diesen roten Faden, der sich durch unseren Antrag zieht, können Sie dann in ganz vielen Punkten weiter verfolgen. Wir haben gesagt, dass es auch an den Schulen endlich so kommen muss, dass wir mehr Lehrer und Lehrerinnen aus dem Bereich der Zuwanderer einstellen. Im öffentlichen Dienst, Herr Dr. Knigge hat es angesprochen, sind erste Erfolge da. Sie haben nicht gesagt, dass der Anteil der zugewanderten Jugendlichen an den Altersgruppen, über die wir sprechen, zwischen 25 und 30 Prozent liegt, so dass die hier von Herrn Perschau vorgestellten Zahlen zwar sehr erfreulich sind, aber es gibt noch sehr viel zu tun. Wir sagen, wie wir das verbindlich festschreiben können.

Lassen Sie mich zum Abschluss dazu kommen zu sagen, dass wir in Integration nicht nur Hirnschmalz

(A) und Engagement, nicht nur verschiedene Konzepte, nicht nur allgemeine Formeln investieren müssen, sondern uns auch dann bekennen und konkrete, transparente, nachprüfbare, verbindliche Ziele formulieren, die die Bevölkerung nachvollziehen kann, die wir Parlamentarier überprüfen können, und wir müssen nicht zuletzt auch Geld in diesen Bereich investieren!

Hier müssen wir nicht nur neue Dinge machen, sondern was ganz entscheidend ist, wir müssen auch sehen, und das würde zu einem solchen Bericht dazu gehören, ob alle die Dinge, die in den letzten zehn bis 20 Jahren gemacht worden sind, tatsächlich erfolgreich waren. Ich habe hier große Zweifel.

Über diesen gesamten Bereich, den der Senat ja originär verantwortet, ist im Bericht des Senats überhaupt keine Rede. Das wäre aber ein wichtiger Bestandteil für einen Neuanfang in diesem Bereich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Iletmis.

(B) Abg. Frau **Iletmis** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Deutschland hat bis heute versäumt, ein Selbstverständnis als Einwanderungsland zu entwickeln. Das zeigt sich unter anderem auch dadurch, dass ein aufeinander abgestimmtes Integrationskonzept für Einwanderer bis jetzt gefehlt hat.

In Bremen wurden auch früher einige Schritte gemacht, wenn ich daran erinnern darf. 1979 gab es das erste Konzept, das 1982 fortentwickelt wurde. Aus diesem Grund begrüße ich jetzt, dass sich der Senat nach 18 Jahren mit dem Thema der Integration befasst hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass dadurch Strategien, Aufgaben und Maßnahmen von verschiedenen Ressorts aufeinander abgestimmt und so effektiver werden als bisher.

Meine Damen und Herren, es steht außer Frage, dass Integrationspolitik eine der größten und dringlichsten globalen Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts ist. Alle Menschen, die sich eine Stadt teilen, sollten sich dort wirklich zu Hause fühlen. Dafür muss eine Integrationspolitik geschaffen werden, die Einwohnern eines Landes wie Bremen gleichwertige Teilnahme am sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglicht. Integration kann nur über soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und Zugang und Beteiligung an Ressourcen sinnvoll angegangen werden.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Bei der Integrationspolitik geht es dabei nicht nur, dies wurde zwar schon zweimal gesagt, aber ich will es noch einmal betonen, um Zuwanderer — die so genannten Ausländer —, es geht um uns alle in unserer Vielfalt.

Integration bedeutet für mich, und ich finde es richtig zu beschreiben, was man darunter versteht: Menschen unterschiedlicher Kulturen leben gleichberechtigt zusammen, akzeptieren sich in ihrer Vielfalt und sind auch bereit, etwas voneinander zu lernen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Zusammenleben von Migranten, Zuwanderern oder Flüchtlingen und Deutschen ist nicht planbar, denke ich. Menschen kommen und gehen, Migration ist kein neuer Prozess. Es hat ihn immer gegeben, es wird ihn wahrscheinlich in späteren Jahrhunderten auch geben. Aus diesem Grund, denke ich, wird es immer wieder neues Handeln, immer wieder neues Entwickeln geben und muss auch die Integrationspolitik ein langfristiges Ziel haben.

Für mich muss das oberste Ziel der Integrationspolitik sein, Migranten für die schnellere und dauerhafte Teilnahme am gesellschaftlichen, beruflichen und insbesondere auch am politischen Leben vorzubereiten und auf Entwicklungen, die das zu verhindern drohen, wie zum Beispiel auf den Rechts-Extremismus, den wir heute besprochen haben, offen und effektiv zu reagieren.

(Beifall bei der SPD)

(D) Integration ist kein einheitlicher Begriff. Eine einzige Kultur der Deutschen, an der die Migranten sich messen lassen müssen, gibt es nicht. Integrationsprobleme — wenn ich erinnern darf — zwischen West- und Ostdeutschen sind ja bekannt. Ich brauche das hier nicht näher zu beschreiben. Der Integrationsprozess beinhaltet auch viele Probleme, über die ganz offen zu sprechen ist, wenn sie bekannt geworden sind. Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess, der nicht abzuschließen ist.

Die beschlossenen Grundsätze des Senats sehe ich erst einmal als einen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen Forderungen formulieren, durch die Deputationen und Ausschüsse kritisch begleiten und auch kontrollieren. Wir wollen uns jährlich berichten lassen, was realisiert wurde, was nicht und warum.

Eines muss ich noch deutlicher sagen: Bei der Integration wurde gesagt, Paradigmenwechsel, geht es nicht immer um Defizite von Migranten, sondern

(A) mehr um die ungleiche Situation von Migranten im Vergleich zu den Deutschen, zu den Inländern. Ich denke, wir haben sehr viele Pflichten, Migranten haben sehr viele Pflichten, aber nicht alle Rechte, die Deutschen zustehen. Rahmenbedingungen für Recht und Chancengleichheit zu schaffen ist Aufgabe der Politik, also unsere Aufgabe, da müssen wir besonders aufpassen.

Für die Integration sind trotz der schwierigen Haushaltsslage mehr Mittel notwendig, wenn wir Menschen integrieren wollen, denn es kostet auch einfach mehr Geld, da können wir nicht einfach sagen, wir haben dafür zu wenig Geld. Wie sollen etliche tausend Menschen, die in Bremen leben, sich integrieren, ohne etwas zu kosten? Ich glaube, die Rechnung würde nicht aufgehen.

(Zuruf von der CDU)

Nein, auch die anderen Ressorts! Inneres gehört auch dazu, Wirtschaft gehört dazu, dazu komme ich noch!

Die Folgen einer misslungenen Eingliederung sind nicht nur inhuman, sondern kommen unsere Gesellschaft teurer zu stehen als die Kosten einer erfolgreichen Integration. Ich denke, das Geld ist sinnvoll angelegt. Aus diesem Grund finde ich dann festgeschriebene Summen falsch. Wenn ich nicht alle Maßnahmen kenne, kann ich auch nicht festlegen, ob sie vier, fünf oder sechs Millionen DM kosten werden.

(B) Ich begrüße, dass die Stärkung der Selbsthilfe und die vielfältige Landschaft von Vereinen und Initiativen, die es in Bremen gegeben hat, extra gefördert werden. Da kann ich dann an eines erinnern, Herr Dr. Güldner: Sie haben geschrieben, Migra sei die erste Frauenorganisation. Ich will Sie nur daran erinnern: Vor zehn Jahren gab es Decolores, noch davor gab es internationale Frauengruppen, die auch ihre Partizipation an dieser Gesellschaft versucht haben.

Der Senat hat einstimmig beschlossen, das hat mich gefreut, ich hoffe, dass die Maßnahmen auch einstimmig realisiert werden können, denn Integrationspolitik ist eine, wie Herr Dr. Knigge noch einmal betont hat, Querschnittspolitik. Sie betrifft alle Lebensbereiche der Migranten und damit auch alle Senatsressorts.

Im Folgenden möchte ich einige Bereiche erläutern, die in dem Konzept zu kurz gekommen sind, zum Beispiel die Ausländerbehörde. Ich finde, eine grundlegende Reform des Ausländeramtes zu einer modernen Beratungs- und Dienstleistungseinrichtung für Zuwanderer ist notwendig,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

ebenso beschleunigte Bearbeitungszeiten bei Einbürgerungsverfahren. Zwar wurde die Öffnung des

öffentlichen Dienstes angesprochen, aber ich meine, da sind immer noch zu wenige, und Einstellungen im Bereich der Polizei und der Ausländerbehörde und bei den Wirtschaftlichen Hilfen werden sicherlich einige Alltagsprobleme minimieren können, abschaffen werden wir sie nicht. Ich denke, wir würden sehr viel helfen, einige Sprachprobleme würden wir nicht mehr haben.

Verbesserung der Lebensbedingungen in der Abschiebehaft!

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Die sollen integriert werden oder was?)

Das gehört auch zu diesem Thema, ich denke, sie müssen verbessert werden. Wir können nicht nur beschließen, vor einem Jahr haben wir es beschlossen, aber es ist immer noch nichts umgesetzt, das gehört zu diesem Thema.

(Widerspruch bei der CDU)

Solange Flüchtlinge hier leben, müssen sie auch integriert werden, finde ich.

(Abg. H e r d e r h o r s t [CDU]: Die können doch nicht integriert werden!)

Das ist meine Meinung, wenn Sie eine andere Meinung haben, können Sie sich noch melden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe auch vermisst, weil es europaweit diskutiert wird und in Deutschland sehr viele positive Positionen in diese Richtung geäußert worden sind, ein Antidiskriminierungsgesetz, das zwar Diskriminierung nicht ganz verhindern, aber als Schutzfunktion vielen Menschen helfen kann. Soweit ich mich erinnere, wurde in diesem Haus ungefähr vor zwei Jahren entschieden, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes ihre Ermessensspielräume im Zweifelsfall für Zuwanderer positiv nutzen sollen. Es ist Zeit, diesen Beschluss endlich zu realisieren.

Ich finde — das wurde vorhin auch richtig benannt —, Sprache ist ein wichtiges Instrument. Wenn wir uns verständigen müssen, müssen wir alle Deutsch sprechen. Die Bedeutung, die deutsche Sprache zu lernen, kann man nie genug betonen. Aber wenn Kinder, Jugendliche oder Erwachsene Sprachdefizite haben, dann müsste man die Frage stellen, ob die Maßnahmen richtig waren, was man in dem Bereich falsch gemacht hat, und nicht immer sagen, die anderen haben das nicht getan. Aus diesem Grund finde ich, dass Sprachkurse für alle Zielgruppen offen sein müssen, da müsste man keinen Un-

(C)

(D)

- (A) terschied machen, ob jemand fünf Jahre hier bleibt oder 20 Jahre.

Als gutes Beispiel bei diesem Konzept möchte ich erwähnen, was mir auch gut gefallen hat: der Bereich ältere Migranten. Da wurde beschrieben, dass bei der Seniorenvertretung eine angemessene Beteiligung der ausländischen alten Bevölkerung berücksichtigt wird. Zum ersten Mal, das hat mich sehr gefreut! Ich hoffe, in allen anderen Bereichen wird es auch beispielhaft gelten. Noch dazu kommt, was ich bei diesem Konzept vermisst habe — es sind ja nicht nur die Ressorts Soziales, Bildung und einige Bereiche —: Das Wirtschaftsressort hat überhaupt nichts geschrieben, ebenso Bau-, Umwelt- und Justizressort. Die Handlungsschwerpunkte in diesen Bereichen fehlen, ich hoffe, dass sie bald nachgeliefert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bislang wurden ideologische Schlachten geschlagen, wenn es darum ging, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht. Obwohl ich meine, wir sind schon de facto eines, ist die Frage zu klären: Wie wollen wir miteinander leben? Rechtsextremisten werden von allen demokratischen Parteien verurteilt, auch heute Morgen von uns. Aber es gibt immer wieder Probleme, zum Beispiel ändert die Kündigung oder Bestrafung eines Neonazis das Klima der Missachtung von Ausländern nicht.

- (B) Parteien werden in solchen Zeiten diskutieren, ob rechtsextremistische Parteien verboten werden. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich etwas zitieren: „Eine solche Diskussion der Bekämpfung gleicht der Suche nach der Fernbedienung, man will das schlechte Programm möglichst bequem wegschalten. Es gilt aber, das Programm zu verändern.“ Das steht in der Zeitschrift für Kommunalpolitik, September-Ausgabe. Ich finde, da müssen wir versuchen, das Programm zu ändern, nicht immer das Programm abschalten.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

Ohne Gesicht zu zeigen gegen Rechts und eine humane Einwanderungspolitik hätte weder unsere Demokratie eine Zukunft noch wäre der Standort Deutschland attraktiv und als Sozialstaat bezahlbar.

Abschließend möchte ich anmerken, dass es im Land Bremen immer gute Ansätze gegeben hat, wie verschiedene Kulturen einander näher zu bringen sind, zum Beispiel Programme mit sehr vielen Kulturen in Bremen oder die Islam-Woche. Aber Integrationspolitik ist kein einfacher Weg, es gibt natürlich immer wieder viel zu tun.

Es ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren, als Politiker und Politikerinnen sicherzustellen, dass

Handlungsfelder, die noch in verschiedenen Ressorts beschrieben werden sollen, mit Leben erfüllt werden. Bremens vielfältige Bevölkerung, die unser Leben in allen Bereichen von Industrie, Handel, Kultur, Sport bis zur Wissenschaft bereichert und weiterhin bereichern wird, kostet nicht nur Geld, sondern resultiert in Ideen, Arbeit, Kapital, Einfallsreichtum und Vielfalt von Kulturen, die eine Stadt lebens- und liebenswert machen. Das wollen wir alle, oder? — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Peters.

Abg. **Peters** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab: Ich werde mich bei meinen Ausführungen mehr vor dem Hintergrund der Diskussionen im Ausländerausschuss äußern und einige grundsätzliche Aussagen der CDU darlegen. Die weitere Betrachtung zu dem ganzen Konzept wird Ihnen nachher noch Herr Oppermann darlegen.

Die Integration von rechtmäßig hier lebenden ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen sollte ein zentrales Politikfeld sein. Ein guter Ansatz hierzu ist das vorgelegte Konzept zur Integration von Zuwanderern und Zuwanderinnen im Lande Bremen. Hieraus wird ein sicher vielfältiges Integrationsangebot für die Zuwanderer entwickelt und angeboten. Dies beinhaltet den gleichberechtigten Zugang aller dauerhaft und rechtmäßig in Bremen lebenden Menschen zu den Bildungseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Diese Teilhabe, die Rechte und Pflichten einschließt, muss von der Aufnahmegesellschaft ermöglicht und von den Zuwanderern gewollt sein. Hierbei sollte beachtet werden, dass Unterschiede befürwortet und akzeptiert werden sollten, von der CDU und von uns allen. Außerdem ist die kulturelle Vielfalt eine Bereicherung für Bremen und Bremerhaven. Dies verlangt ein hohes Maß an Toleranz und Akzeptanz beider Seiten.

Hierzu möchte ich deutlich sagen: Zur Integration gibt es keine Alternative, weder für die Mehrheitsgesellschaft noch für die zugewanderte Minderheit. Dies zu erkennen und zu akzeptieren ist eine der Voraussetzungen für einen Erfolg des vorgelegten Konzepts. Deshalb begrüßt die CDU die Vorlage des Konzepts, das den perspektivischen Rahmen für die Integrationsarbeit in den nächsten Jahren absteckt. Hierbei ist positiv zu sehen, dass alle Ressorts beteiligt werden und gefordert sind, die Handlungsfelder zu konkretisieren.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Anmerken möchte ich, dass die vorgestellten Handlungsfelder die Themen der Arbeit des Ausländerausschusses in dieser und der vorigen Legislaturperiode widerspiegeln. Insofern werde ich dies als Vorsitzender des Ausschusses auch als Bestätigung der bisherigen Arbeit des Ausländerausschusses.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Bei der Umsetzung in den Ressorts muss sicherlich vor dem Hintergrund der angespannten Finanzsituation diskutiert werden, welche Schwerpunkte zu setzen sind. Hierbei müssen alle Beteiligten einbezogen werden, das heißt Politik, Ressorts, freie Träger und so weiter. Außerdem ist zu begrüßen, dass das Konzept mehr Eigenverantwortung der Betroffenen abfordert. Deshalb müssen auch Eigenverantwortung und staatliche Hilfe neu organisiert werden, wie Herr Dr. Knigge vorhin auch schon sagte, dass unter Umständen sehr genau geprüft werden muss, wie viel Unterstützung überhaupt sein muss und wo gar keine mehr nötig ist.

Wichtig ist aber auch, dass Asylverfahren und Einbürgerungsverfahren beschleunigt werden müssen. Weiter ist darauf zu achten, dass ältere Migranten nicht ausgeklammert werden, dass dem Bereich Sport wie auch dem Übergang Schule, Ausbildung, Beruf ein besonderes Augenmerk gewidmet wird.

(B) Warten wir auf die Konkretisierung der Handlungsfelder durch die Ressorts, und begleiten dies mit intensiver Diskussion!

Aufgreifen möchte auch ich zum Schluss, was Frau Iletmis gerade eben in ihrer Rede nur kurz angeführt hat, den Vorschlag aus dem Ausländerausschuss, dass jährlich eine Berichterstattung über die Umsetzung stattfindet, aber auch über eventuelle Weiterentwicklungsbedarfe für die Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Das sind meine Ausführungen dazu, alles Weitere dazu wird gleich Herr Oppermann sicherlich noch sagen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Iletmis, bevor Sie sich hier über Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit äußern, darf ich darauf hinweisen, wie die Türken mit den Kurden umgehen, nicht sehr fremdenfreundlich, und von Integration kann ja wohl überhaupt nicht die Rede sein. Das nur einmal als Anmerkung!

(C) Meine Damen und Herren, eigentlich habe ich mich hier im Plenum über Ihre Integrationspropaganda im Namen der Deutschen Volksunion schon deutlich und klar genug geäußert. Deshalb auch nur eine kurze Begründung, aber man kann das nicht oft genug erwähnen und zum Ausdruck bringen!

Die Integration der Ausländer sei eine unabdingbare Verpflichtung des deutschen Staates, wird argumentiert. Aber am Beispiel der Kriminalität ausländischer Kinder, Jugendlicher und Heranwachsender zeigt sich das Scheitern der bisherigen Integrationskonzepte. Die genannten Ausländergruppen sind laut offizieller Kriminalitätsstatistik dreimal höher kriminalitätsbelastet als ihre deutschen Altersgenossen.

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Das stimmt nicht! Sie lügen!)

Die bundesdeutsche Gesellschaft ist ja nicht einmal in der Lage, eigene Randgruppen, wie zum Beispiel unsere Obdachlosen, einzugliedern, geschweige denn Millionen Fremde.

Meine Damen und Herren, heute werden hundertmal mehr öffentliche Mittel für die Scheinintegration von Fremden als für die Rückkehrförderung ausgegeben. Die Höhe der Kosten für Ausländerintegration wird aus bestimmten Gründen vom Bund und den Ländern sorgsam versteckt und verdeckt. Über die Integration von Ausländern sagte Professor Eibelsfeld schon im Jahre 1982 — Herr Präsident, ich darf zitieren —:

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Wenn Sie das nicht hören wollen, dann gehen Sie doch hinaus!

„Die Behauptung, dass die fremden Arbeitskräfte für die Wirtschaft unabkömmlich wären und ihre Leistung in der Bilanz sich positiv auswirkte oder wirken dürfte, dürfte nur dann stimmen, wenn man die Folgekosten einer Integration nicht berücksichtigt.“ Ich sage „nicht berücksichtigt!“ Bereits im Jahre 1973 berechnete man sie schon mit 800 Milliarden DM. Da können Sie — nein, Sie sowieso nicht — ausrechnen, wie viele Milliarden bis heute für ihre Scheinintegration vom Steuerzahler aufgebracht worden sind.

Meine Damen und Herren, durch eine Politik rechtsstaatlicher Ausländerbegrenzung könnte man eine überlegte und behutsame Integration auf jene Ausländer konzentrieren, die wirklich, wirklich zur Eingliederung fähig und auch willig sind, statt jetzt, wie vom Bündnis 90/Die Grünen gefordert, in den kommenden drei Jahren jeweils fünf Millionen DM für innovative und integrative Maßnahmen nach dem Gießkannenprinzip zu verschleudern. Da kann ich Ihnen nur dringend empfehlen, verwenden Sie

(A) in diesen drei Jahren die jeweiligen fünf Millionen DM für dringend benötigte Schulsanierung, für die Zukunft unserer Kinder, für die innere Sicherheit, für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Integration deutscher Randgruppen! Das wäre sinnvoller und zweckmäßiger.

Diesbezüglich möchte ich doch noch einmal einen ach so toleranten und demokratischen Politiker der Altparteien zitieren dürfen. Herr Präsident, ich darf zitieren, der hessische CDU-Ministerpräsident Roland Koch sagte zum Thema Integration am 19. August 2000 Folgendes: „Wir sind an die Grenze der Aufnahmefähigkeit von Ausländern gekommen, weil wir sie nicht mehr integrieren können.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen, obwohl er um Jahre zu spät die schon jahrzehntealte Forderung der Deutschen Volksunion übernommen hat.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das spricht nur gegen ihn!)

Meine Damen und Herren, ich habe ja nichts dagegen, wenn sich Menschen wie zu Hause fühlen, aber zu Hause in ihrem eigenen Land. Ich habe auch nichts dagegen, wenn türkische oder italienische Mitbürger Bürgermeister werden, aber in der Türkei, in Italien oder sonstwo, nicht aber in Deutschland. Hier muss ich wohl nicht erst das Grundgesetz zitieren. — Ich bedanke mich!

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tittmann, in Ostberlin hat einmal jemand gesagt: „Keiner hat vor, eine Mauer zu bauen.“ Sie und Ihre Kollegen sind eine Mauer für die Zuwanderung, die wir dringend brauchen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD —
Abg. Tittmann [DVU]: Das klären Sie
einmal mit Ihren Stasi-Kollegen!)

Wovon träumen Sie eigentlich nachts?

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Güldner, Sie haben vorhin die Jahreszahlen aufgezählt, wann es Konzepte gegeben hat. Da verwundert mich als Christdemokrat sehr, dass es 15, 16 Jahre Stillstand in den Konzepten gegeben hat und dass auch in der Zeit, als Frau Dr. Trüpel das Ressort in der Ampel hatte, kein Konzept vorgelegt worden ist. Kleine Nebenbemerkung! Nein, man kann fehlende Konzepte nicht bedauern, wenn man, während man selbst in der Verantwortung war, kein Konzept bearbeitet oder vorgelegt hat, das ist nicht fair, finde ich.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Vorbereitung auf diese Debatte habe ich meine Lexika zu Hilfe genommen und unter dem Begriff „Integration“ — Integration heißt das, Herr Kollege! — zwei Eintragungen gefunden: „Wiederherstellung eines Ganzen, einer Einheit durch Einbeziehung außenstehender Elemente, Vervollständigung“. Das war die allgemeine Form. In einer weiteren Rubrik stand unter soziologisch: „Verbindung einer unterschiedlichen Vielfalt von Menschen zu einer gesellschaftlichen und kulturellen Einheit“. Darüber, meine Damen und Herren, gilt es, heute zu debattieren.

Eine Vielheit von Menschen soll zu einer Einheit werden. Das ist schon in einem kleinen Kreis eine sehr schwere Aufgabe, dies voreinander zu bekommen. Wie groß ist diese Aufgabe erst in unserem Gemeinwesen Bremen und Bremerhaven! Zufrieden war ich nach einigem Nachdenken mit dieser Definition allerdings nicht, denn diese Erklärung klang mir zu sehr nach Assimilation, und das ist nach Meyers Lexikon, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten, „der soziale Prozess der Angleichung von Menschen, die inmitten einer anderen ethnischen oder rassischen Gruppe leben. Wesentliches Merkmal ist neben der Übernahme des sozialen Wertesystems und der Verhaltensweisen der umgebenden Gruppe der Verlust jeglichen Gruppenbewusstseins der assimilierten Gruppe.“

Das ist genau das, was Christdemokraten nicht wollen, die Zuwanderer sollen nicht ihre Eigenständigkeit, ihre Kultur, ihre Lebensweise völlig aufgeben, wenn sie hier in unser Land kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Sie sollen ihre Kultur, ihre Eigenarten, ihre Religion, ihre Sprachen und auch ihre Küche weiter pflegen, ihre Herkunft soll nicht verloren gehen, an ihre Wurzeln sollen sie sich nach wie vor erinnern, aber sie sollen sich mit ihren Eigenschaften einfügen in unser Gemeinwesen, damit daraus ein Ganzes wird.

Nur einige wenige haben auch heute noch nicht begriffen, dass wir alle davon profitieren. Ein ganz einfaches Beispiel: Unser Speiseplan wäre heute noch sehr viel ärmer, wenn wir die Zuwanderung in den vergangenen Jahren nicht gehabt hätten. Manch einer denkt, exotische Früchte wären schon seit jeher Bestandteil der Bremer Tafel gewesen.

(Abg. Tittmann [DVU]: Und in den
Gefängnissen auch!)

Eines aber sage ich für die CDU genauso deutlich: Diese Integration kann keine Einbahnstraße sein. Wer hier auf Dauer leben möchte, mag seine Eigenarten behalten, wir Bremer haben auch andere Eigenschaften als die Westfalen, die Westfalen haben wieder andere Eigenschaften als die Schwaben, die Schwaben andere als die Hessen. Das macht

(C)

(D)

(A) das Leben in der Bundesrepublik doch eigentlich auch so angenehm, weil wir eigentlich gleich sind, aber alle doch auch ein bisschen verschieden.

Von allen aber, die hier mit uns leben wollen, erwarten wir, dass sie sich bemühen, unsere Sprache zu sprechen und zu verstehen. Für mich ist das ganz deutlich, ich kann nicht Glied in einem Gemeinwesen sein, wenn ich nicht bereit bin, die Sprache des Landes zu erlernen, in dem ich mehr sein will als nur ein Gast. Diese These steht für die CDU bei der Integration ganz oben.

Es ist für uns auch unverständlich, dass viele Menschen nach einem langen Leben in Bremen und Bremerhaven noch immer nicht in der Lage sind, sich mit ihren Nachbarn auf Deutsch zu unterhalten. Sagen Sie mir nicht, wir hätten zu hohe Hürden in Form von Kosten aufgebaut bei den Angeboten, die wir bei den Sprachkursen geschaffen haben! Die gleichen fleißigen, emsigen Menschen erwerben Grund- und Hauseigentum, am Geld kann es demnach wohl nicht gelegen haben.

Möglichkeiten und Angebote gab es genug! Dass diese Angebote nicht von allen genutzt worden sind, zeigt sich jetzt, wenn sich viele nach einem langen Leben, in dem sie hier gearbeitet haben, bemühen, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, auch daran, dass sie Schwierigkeiten haben bei der Sprachprüfung. Vielleicht haben sie sich zu spät überlegt, sich zu integrieren, vielleicht ist es ein anderer Grund gewesen, aber diese mangelnden Sprachkenntnisse sind kein Zeichen dafür, dass sich alle hier integrieren wollten.

(B)

Meine Damen und Herren, Integration ist auch keine Aufgabe, die das Sozialressort zu leisten hat, schon gar nicht allein, schon gar nicht als Reparaturbetrieb für fehlgelaufene Integrationsbemühungen. Deshalb begrüße ich es für die CDU-Fraktion hier außerordentlich, dass der Senat nicht nur erkannt hat, dass dies eine Gemeinschaftsaufgabe aller Ressorts ist, sondern auch eine abgestimmte Konzeption vorgelegt hat, eine Konzeption und eben doch keinen Handlungsrahmen, in dem die einzelnen Schritte niedergelegt sind, wann was zu geschehen hat und was als Erstes vordringlich zu geschehen hat.

Wir haben dies ja auch in Form einer Broschüre, ich glaube, gestern war es in unseren Fächern. Wenn, Herr Dr. Knigge, der Senat seine Definition von Zuwanderern ernst nimmt, auch die Aussiedler, die Spätaussiedler als Zuwanderer bezeichnet, dann fehlt mir allerdings in dieser Broschüre das Bild einer Aussiedlerfamilie. Ich finde darin kein Bild. Vielleicht kann man das bei einer Neuauflage berücksichtigen. Wir tun dieser Personengruppe weh, wenn wir sie hierin erwähnen, sagen, dass wir alles für sie tun wollen, dass sie hier heimisch werden sollen, sie aber nicht mit abbilden. Das, finde ich, ist ein Manko.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat definiert den Begriff Zuwanderer nämlich so, dass er damit alle Personen meint, die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind, Ausländer mit verfestigtem Aufenthaltsstatus, Personenkreise also, die sich dauerhaft und rechtmäßig in Bremen aufhalten wollen. Wir Christdemokraten teilen diese Definition, zu dem kleinen Fehler in dieser Broschüre habe ich eben etwas gesagt. Das ändert aber auch nichts an unserer Aussage und der des Grundgesetzes, dass Spätaussiedler Deutsche von Anfang an sind. Das wollte ich der Ordnung halber hier, wenn wir eine Integrationsdebatte führen, noch einmal sagen.

Wir verleugnen nicht, dass auch dieser Personenkreis, besonders die Jugendlichen, die jetzt kommen, problembeladen in unsere Mitte kommt. Wir begrüßen auch, dass deswegen hier deutliche Aussagen getroffen worden sind. Der Aufenthalt dieses Personenkreises wird von Dauer sein, und deswegen bedürfen sie unserer Hilfe und Unterstützung bei ihrem Schritt in die Integration. Für die CDU sage ich auch genauso deutlich, dass wir, wenn es an das Umsetzen dieses Konzeptes geht, sehr genau darauf achten werden, dass die ohnehin knappen Mittel auch bevorzugt für den Personenkreis mit verfestigtem Bleiberecht zur Verfügung stehen. Ich werde zu dem anderen Personenkreis nachher noch etwas sagen. Sie brauchen sich jetzt noch nicht zu beunruhigen. Wer von uns in diesem Haus würde schon dagegen sein, dass die ausgegebenen Gelder daraufhin untersucht werden, ob ihr Einsatz wirksam war und ob das Verhältnis vom Aufwand zum Erfolg angemessen war.

Wir haben hier im Haus schon viel über die Mobilisierung von Selbsthilfepotential gesprochen. Es ist nur zu vernünftig, dies auch bei den Zuwanderern zu wecken und zu stabilisieren. Wir helfen keinem Menschen, wenn wir sein Schicksal nur bedauern. Wir helfen dem Menschen, wenn wir ihn in die Lage versetzen, sein Schicksal mit seinen eigenen Fähigkeiten beim Schopf zu packen und zu verändern. Bedauern wir die Zuwanderer nicht, sondern geben ihnen die Mittel, die sie oder ihre Helfer benötigen, um das Selbsthilfepotential zu erwecken und am Leben zu erhalten! Die Menschen, die mit dem Vorsatz, sich zu integrieren, zu uns gekommen sind, und die, bei denen wir die Eigeninitiative geweckt haben, werden schon bald zur Integration keine helfende Hand mehr benötigen. Aber wir alle werden Gewinn von ihnen haben, und ich verstehe diesen Gewinn nicht in materieller, sondern in geistiger und kultureller Art und Weise.

Es wird in diesem Haus auch niemanden geben, der die auf Seite vier der Konzeption genannten Gruppen, nämlich Kinder und Jugendliche, Mädchen und Frauen, Senioren und Seniorinnen, Zuwanderer und Zuwanderinnen mit geringem Selbsthilfepotential, für die Gruppen hält, die, jede Gruppe für sich, eine ganz spezielle Handreichung und an-

(C)

(D)

(A) dersartige Betreuung auf dem Weg in eine erfolgreiche Integration benötigen. Das Konzept weist und zeigt Wege zum Ziel. Ebenfalls können wir alle unterstreichen, dass die auf der Seite vier genannten fünf Ziele, der individuelle Aspekt, struktureller Aspekt, kompensatorischer Aspekt, interkultureller Aspekt und gesellschaftlicher Aspekt, die richtigen Ziele sind, dagegen wird niemand in diesem Raum, vermute ich, etwas haben.

Man könnte es auch so nennen: Bei der Überwindung aller Hindernisse, die zwischen dem Zuwanderer und seiner Teilnahme am ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben im Lande Bremen stehen, muss dem Zuwanderer und der Zuwanderin geholfen werden. Aber das sage ich auch einmal mit großer Deutlichkeit, der Zuwanderer muss auch bereit sein zur Integration, sonst nützt das beste Konzept nichts. Wir wollen Integration, aber wir sind auf das Wollen und die Bereitschaft zum Mitmachen bei den Zuwanderern und Zuwanderinnen angewiesen. Integration, sage ich ganz deutlich, ist unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, aufpfropfen kann man Integration nicht. Aufzwingen will sie auch keiner. Wir, die wir hier leben, reichen den Zuwanderern die Hand, ergreifen müssen die Zuwanderer diese dargebotene Hand zur Integration schon selbst.

(Beifall bei der CDU)

(B) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich mit solch einem Konzept beschäftigt, dann ist man sehr schnell dabei, sich auf die Details zu konzentrieren und zu hinterfragen, ob da alles richtig ist und funktioniert, dann hat man auch schnell einen ganz kritischen Blick. Ich muss aber sagen, nachdem ich gerade diese Rede von Herrn Tittmann gehört habe, ist mir doch noch einmal klar geworden, worin eigentlich der Wert dieses Konzepts besteht. Er besteht nämlich darin, dass hier 99 Abgeordnete in diesem Haus, so schätze ich einmal, ein eindeutiges Bekenntnis dazu abgeben, dass wir hier Integration organisieren wollen

(Beifall bei der SPD)

und dass wir uns auf solch eine primitive Logik nicht einlassen werden, hier zu sagen, wir werfen irgendwelche Ausländer hinaus, wie das gerade Herr Tittmann mit anderen Worten zum Ausdruck gebracht hat,

(Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Hat keiner gesagt!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

und verwenden dieses Geld dann für unsere Kinder. Ich sage Ihnen dazu nur, unsere Kinder heißen genauso Lena und Jan wie Aishe und Mehmet, und wir kümmern uns um alle genau gleich!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das Konzept ist ein ganz engagiertes Projekt, aber es lässt sich auch ein Dilemma, unter dem die Koalition operieren muss, natürlich nicht leugnen. Integrationspolitisch werden weitgehende Ziele und Strategien formuliert, aber die Ressourcen zur Erreichung werden durch das Sanierungsprogramm knapper. Es ist aus unserer Sicht nicht möglich, ein Integrationsprogramm mit einem Volumen von mehreren Millionen DM zusätzlich zu den üblichen Programmen aufzulegen. Für die Koalition muss ich sagen: Dieses Konzept versucht, unter Einbeziehung der schwierigen Haushaltslage etwas zu bewirken, und das kann nicht an jeder Stelle zufrieden stellend sein, aber wir müssen versuchen, an dem Thema zu arbeiten, so gut wir können, und zwar in allen Bereichen.

Jetzt nur zu behaupten, dass wir in den Bereichen einfach Kürzungen haben und dass es deswegen durch weniger Geld faktisch auch zu weniger Integration käme, das wäre natürlich eine eindimensionale und auch sehr oberflächliche Perspektive. Integration von Ausländern und Ausländerinnen — oder besser Migranten — wird dann verkürzt auf separate Angebotsformen, die speziell dafür eingerichtet werden. Sie müssen auch weiterhin bestehen. Man muss eine solche Förderung auch gewährleisten, und dafür müssen wir uns auch weiterhin engagieren.

Eine darüber hinausgehende Frage des Integrationskonzepts ist aber dabei von erheblicher Bedeutung. Es kann nicht nur dabei bleiben, besondere migrationsbezogene Projekte zur Entwicklung zu fördern. Wir Sozialdemokraten sagen vielmehr, nicht nur, wo Integration darauf steht, muss Integration darin sein, zum Beispiel auch, wo Arbeitsmarktpolitik darauf steht, muss eben auch Integrationspolitik darin enthalten sein. Vielmehr muss der Blick auf die Tatsache heute geschärft werden, dass dieses Thema auf allen gesellschaftlichen Ebenen bearbeitet wird und dass wir uns in allen politischen Bereichen fragen, ob hier ein Beitrag zu einer vernünftigen Integrationspolitik auch tatsächlich enthalten ist.

Dadurch, dass hier jetzt die Beiträge von der ausländerpolitischen Sprecherin und vom sozialpolitischen Sprecher für die SPD kommen, leisten wir in dem Sinn eigentlich kein gutes Vorbild, denn wir bestätigen im Prinzip ein Bild, das wir bekämpfen wollen, nämlich dass Integrationspolitik in erster Linie etwas ist, das von Migranten selbst und dann noch von der Sozialpolitik zu leisten ist, aber dem ist genau nicht so.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

- (A) Aus dieser Erkenntnis haben wir es mit einem Papier zu tun, das Integration als eine Querschnittsaufgabe beschreibt, die auch alle Ressorts betrifft. Wenn man auch im Augenblick hier auf der Senatsbank nicht erkennen kann, dass es alle Ressorts betrifft, so gilt es trotzdem.

(Beifall bei der SPD)

Alle Ressorts sind im Zusammenhang mit dem Integrationskonzept aufgefordert gewesen zu prüfen, welche Beiträge sie durch Umsteuerung leisten oder welche Projekte sie dazu beitragen können. An dieser Stelle kommen wir aus meiner Sicht genau zu einem Problem des Konzepts. Auch wenn wir jetzt ein breites Bekenntnis zur Integration haben, so ist doch völlig klar, dass sich in dieser Frage die CDU und die SPD in ihrer Herangehensweise durchaus unterscheiden. Vor dem Hintergrund ist es natürlich schon ein Erfolg, dass ein solches Konzept vorgelegt wird, aber nicht erst der Wahlkampf in Hessen hat auch gezeigt, dass die Option, integrationspolitische Zielsetzungen auch wieder aufzugeben, für die CDU immer eine politische Option ist. Ich würde mir wünschen, dass wir im Rahmen dieses integrationspolitischen Konzepts auch eine Verlässlichkeit bei der CDU finden könnten, mit der wir dieses Konzept auch die ganze Legislaturperiode konstruktiv durchhalten können.

- (B) (Beifall bei der SPD — Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann?

Abg. **Pietrzok** (SPD): Nein, danke, Herr Tittmann!

(Beifall bei der SPD)

Die Halbherzigkeit und innere Distanziertheit der CDU zum Integrationskonzept ist meiner Meinung nach durchaus offenkundig. Ich hätte gern gesehen, wenn der seit Monaten in Wartestellung befindliche Antrag für Projekte der gezielten Einbürgerungsberatung für Jugendliche nicht daran gescheitert wäre, dass der Innensenator gegen ein Votum des gesamten Jugendhilfeausschusses keine Notwendigkeit erkannte, zirka 30 000 DM zu mobilisieren. Aktuell scheitert das Projekt daran, dass der Innensenator Dr. Schulte nicht einmal 5000 DM bereitstellt, die jetzt gerade einmal fehlen, weil Bundesmittel eingeworben worden sind. Dieses Signal jedenfalls ist angekommen, Herr Dr. Schulte, die Einbürgerung ist möglicherweise nicht Ihre Herzensangelegenheit.

Ein weiteres deutliches Defizit sehe ich im Bereich der Wirtschaftsförderung. Hier klafft eine riesige Lücke, die es dringend zu schließen gilt. Im Wirtschafts-

ressort ist die Notwendigkeit offenbar nicht ausreichend erkannt worden. Gerade wenn wir von einer eher aktivierenden und weniger selbst ausgleichenden, einer auf Chancen ausgerichteten Integrationspolitik reden, müssen auch Chancen entwickelt werden, damit sich Migranten leichter selbst eine Existenz aufbauen können.

In der Frage der Lehrstellensituation ist man schon vor einigen Jahren dazu gekommen, kleine Unternehmen, beispielsweise türkische Kleinstbetriebe, stärker einzubeziehen. Ein paar gute Ideen, auf welche Weise man auch Migranten in der Existenzgründung unterstützen könnte, wären da sicherlich sehr hilfreich gewesen. So viel zu den Schwächen des Konzepts!

Zu den Stärken dieses Konzept hingegen gehört meiner Meinung nach die Klarheit in den Arbeitsansätzen. Dabei kann meiner Einschätzung nach nicht die Kritik sein, viele Dinge seien hier zu inkonkret, dies kann ein Konzept dieses Umfangs gar nicht leisten und soll es auch gar nicht. Hier im Konzept ist einfach nicht jedes Detail aufgeführt. Die Überprüfung, in welcher Weise und in welchem Maß diese Handlungsfelder tatsächlich beackert werden, muss als ständiger Prozess begriffen werden, der in den Deputationen und Ausschüssen eng begleitet werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Hier müssen den Fachpolitikern konkrete Projekte, Aufgabenbeschreibungen, Planungen bis hinunter auf die Ebene der Arbeitspakete erläutert werden können und erläutert werden. Die Umsetzung muss geprüft werden, und sie soll es auch. Wer sich mit Projektmanagement auskennt, weiß, dass die ganz konkreten Einzelheiten, die dann anstehen, nicht zentral definiert werden, sondern einige Etagen tiefer in den Fachabteilungen. Mit diesen Methoden ein Integrationskonzept zu planen finde ich absolut zeitgemäß. Zwischenergebnisse, Berichtswesen, Meilensteine und im Übrigen klar und konkret definierte Aufgaben der Politik sind Teil des Konzepts.

Ich finde, wenn man sich die Planungsbögen anschaut, dann umreißen sie eigentlich schon relativ deutlich, wie detailliert zum Teil die Arbeitsansätze sind. Ich glaube, dass sie für uns eine optimale Möglichkeit sind, tatsächlich auch politisch ganz detailliert zu begleiten, an welchen Stellen hier auch wirklich praktische Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe betrieben wird. Dabei bitte ich auch Sie, Herr Dr. Güldner, sich das noch einmal genauer anzusehen, denn ich bin der festen Überzeugung, dass Sie da eine ganze Menge konstruktiver Kritik entwickeln können! Für mich ist dieses Konzept, das jetzt hier vorgelegt wurde, der Einstieg in einen Prozess. Wir fangen jetzt erst mit der Arbeit an, das gilt auch für uns als Politiker. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Kuhn:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pietrzok, ich weiß nicht, ob meine Rede Ihnen irgendwo Anlass gegeben hat, an der Verlässlichkeit der CDU bei der Umsetzung dieses Integrationskonzepts zu zweifeln.

(Beifall bei der CDU — Abg. P i e t r z o k [SPD]: Der Hessen-Wahlkampf!)

Ich stehe hier nicht für den Hessen-Wahlkampf, ich stehe hier für die CDU-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft!

(Beifall bei der CDU)

Das gehört dazu!

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Aber wir distanzieren uns auch nicht vom Hessen-Wahlkampf! — Abg. T e i s e r [CDU]: Genau!)

Das habe ich auch nicht gesagt!

(B) Meine Damen und Herren, der Unterschied zwischen einem Handlungsrahmen, in dem jeder Schritt punktuell beschrieben ist, und einem Konzept ist eben der, dass ein Konzept noch Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt, wenn man es anpassen muss, wenn man erkannt hat, dass in einigen Punkten nachgebessert werden muss oder dass Dinge eingetreten sind, an die man noch gar nicht gedacht hat. Deswegen begrüßen auch wir dieses Konzept, das habe ich auch schon gesagt.

In den Punkten 1.3 bis 2.13 des Konzepts sind alle Vorhaben, die geeignet sind, die Integration der verschiedenen Zuwanderergruppen zu fördern, aufgelistet. Dies sind alles in allem beachtliche Vorhaben, deren Umsetzung von den Deputationen und Ausschüssen intensiv begleitet werden muss. Das ist die ureigenste Sache der Deputierten, diese Ziele gemeinsam mit den Verantwortlichen in den Häusern umzusetzen. All diese Punkte sind es wert, erörtert zu werden, doch dazu reicht unsere Zeit bei dieser Debatte nicht aus. Wir müssen uns die Zeit in den Deputationen und den Ausschüssen nehmen.

Auf einen Punkt des Integrationskonzepts möchte ich besonders eingehen, weil er für mich als Sozialdeputierten ein Ärgernis besonderer Güte darstellt. Wir haben gestern hier in diesem Haus über Schulverweigerer gesprochen. Ich finde, und das sage ich für die CDU-Fraktion, dass sich in der Bildungspolitik gewaltig etwas tun muss, damit die unerträglich hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern, die überhaupt keinen Abschluss erreichen — Frau Hövel-

mann nickt mir zu, danke schön! —, endlich deutlich geringer wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einfach zu viele Schulabgänger, die die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Diese Jungen und Mädchen stehen in ihrem Leben am Anfang ihres Arbeitsprozesses und haben gleich von Beginn an keine Chance. Es besteht kaum eine Aussicht auf eine Lehrstelle oder eine gut bezahlte Arbeit. Hier macht sich Frust breit, und Frust ist sicherlich nichts, was eine Integration in unsere Gesellschaft fördert. Hier, meine Damen und Herren, muss der Bereich Bildung und Ausbildung nachlegen. Man muss sich Gedanken über neue Wege machen.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Machen wir gemeinsam mit dem Sozialressort!)

Das machen wir gern! Ich sage auch, warum ich darauf komme, Frau Hövelmann! Leider zeigen die Statistiken mit dem Programm der Hilfen zur Arbeit, das U-27-Programm, allzu deutlich, dass die Jugendlichen sich in die Reihe der Sozialhilfebezieher einreihen müssen, die keinen Abschluss haben. Die Männer und Frauen, die in der Werkstatt Bremen diese Jugendlichen beraten und dort eine ganz hervorragende, intensive Arbeit machen, müssen erst einmal schulische Maßnahmen in die Wege leiten, damit diese Jungen und Mädchen, Ausländerinnen, Ausländer und Deutsche in der Lage sind, eine Arbeit anzunehmen. Hier, meine ich, noch einmal deutlich sagen zu müssen, muss etwas getan werden, damit wir nicht immer diesen Stamm von jungen Menschen haben, dem wir von vornherein die Zukunft im beruflichen Bereich und auch in die Integration verbauen!

(Beifall bei der CDU)

Fehler, die wir in der Schule oder bereits im Kindergarten begehen, erschweren jungen Menschen den Weg, ein Glied in diesem Ganzen, das wir alle wollen, zu sein. Ein integrierter Bürger in unseren Städten wird Freude daran haben, seine Leistungsbereitschaft auszukosten und zu zeigen. Das kann für uns alle nur von Nutzen sein.

Manchmal höre ich von Bekannten in Diskussionen, dass es aller Ehre wert ist, dass wir uns Gedanken darüber machen, in Kindertagesheimen muttersprachlichen Unterricht anzubieten. Manche fragen dann auch: Kommt ihr eigentlich auch einmal auf den Gedanken, so etwas wie „Early German“ — sagte neulich einer zu mir —, frühes Deutsch, im Kindergarten anzubieten? Ich glaube, auch da, weil Sprache der Schlüssel zur Integration ist, muss noch etwas getan werden.

Sehr lobenswert und eine große Verantwortung wird in der vom Senat vorgesehenen Förderpraxis

(C)

(D)

(A) und der Qualitätssicherung liegen. In Zeiten knapper Kassen, aber eigentlich immer, muss genau beobachtet werden, ob die mit der Integrationsarbeit beauftragten Institutionen diese auch zielsicher erledigen.

Den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird die Koalition ablehnen. Ich möchte auch einige Sätze der Begründung sagen! Das Konzept zeigt viele Wege zu dem großen Ziel einer verbesserten Möglichkeit der Integration von Zuwanderern. Diese wird ein Dauerauftrag bleiben, kein Auftrag nur für diese Legislaturperiode, sondern er wird weitergehen.

Möglicherweise zeigen wir nicht alle Wege in diesem Konzept. Dann werden wir das eines Tages erkennen und auch diese Wege gehen. Das Konzept lässt den einzelnen Ressorts aber die Möglichkeiten für die als notwendig erachteten Schritte in der erkannten Taktfolge, die bei Fachleuten im Ressort zu genau diesem Zeitpunkt als am notwendigsten und erfolgversprechendsten gilt. Es ist nicht nur notwendig, dass man erkannt hat, was man als Nächstes tun will, man muss auch gerade die Institution und die Menschen, die dies machen können, an der Hand haben, und diese müssen auch gerade zur Verfügung stehen.

(B) Der Antrag enthält auch keine neuen Erkenntnisse, sondern wiederholt Aussagen des vorliegenden Konzepts. Ihr Punkt eins, „Partnerschaft“, zieht sich wie ein roter Faden durch das Konzept. Zweitens, „Integration im Kindergarten“, ist im Konzept enthalten, der Staatsrat hat ja den Begriff „Hippy“ genannt, im Konzept steht er nicht, aber wir verfahren schon lange so. Jeder von uns wäre töricht beraten, dieses Konzept sterben zu lassen. Drittens, „Schulerfolg als Voraussetzung für Integration“, ist im Konzept, Punkt 2.2, enthalten. Dazu machte ich deutliche Aussagen. „Ausbildung fördern“ ist im Konzept enthalten, Punkt 2.4 des Konzepts.

Fünftens, „Beteiligung organisieren“, ist im Konzept enthalten. Wir nennen es „Selbsthilfepotential“. Das ist unter Punkt 1.1 zu finden. Siebtens, „Stärkung der Integrationsrolle der Frauen“, das finden Sie unter Punkt 2.8 im Konzept. Achtens, „Gegen Rassenhass“, das zieht sich ebenfalls wie ein roter Faden durch das Konzept. Neuntens, „öffentlicher Dienst“, ist im Konzept enthalten, Punkt 1.3 a! Zehntens: Geld! Das ist nach diesem Konzept Sache der Ressorts, auch das finden Sie hier.

Es ist Ihnen aufgefallen, wenn Sie meiner Aufzählung genau zugehört haben, dass ich sechstens ausgelassen habe, weil hier ein Unterschied ist. Anscheinend unterscheiden wir uns nämlich. Die Christdemokraten wollen die vorhandenen Mittel vornehmlich für die Menschen einsetzen, die einen verfestigten Aufenthaltsstatus haben. Bei den Menschen, die nur auf Zeit hier sind, weil sie vielleicht auch nur aufgrund falscher Angaben unrechtmäßig in Bremen

oder Bremerhaven sind, würden wir nur allzu große Hoffnung auf ein Bleiben in Bremen und Bremerhaven wecken, die dann doch enttäuscht würde. Nicht wir hier in diesem Haus entscheiden über Bleiberechte. Das tut eine unabhängige Instanz, das tun unabhängige Richter nach gültigen Gesetzen, meine Damen und Herren.

Dass diese Personen in der Zeit, in der sie sich hier aufhalten, menschenwürdig behandelt werden, ist nur selbstverständlich. In der letzten Deputationsitzung ist uns gerade ein Plan vorgelegt worden, wie nach und nach Unterkünfte mit Zimmern umgewandelt werden. Das können wir nicht alles auf einmal, aber das ist in Planung. Wir werden auch hier die Unterbringungsmöglichkeiten verbessern und modernisieren. Wer etwas anderes behauptet, der macht das wider besseren Wissens, meine Damen und Herren. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Pietrzok, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass ich in meinem Redebeitrag nie gesagt habe, dass man Ausländer hinaus-schmeißen sollte!

(Abg. P i e t r z o k [SPD]: Mit anderen Worten!)

Nein, nein!

Zweitens: Wenn Sie sagen, es würden hier so viele Kinder mit Namen Horst, Ali und Aishe und so weiter herumlaufen, dann ist das Ihr Problem. Ich an Ihrer Stelle würde mir aber schon meine Gedanken machen, in Bezug auf eine Vaterschaft! — In diesem Sinne!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich höre auch schon aus dem Plenum, dass wir zu diesem Beitrag — wie zu so vielen anderen auch — am besten nichts sagen. Ich wollte mich eigentlich gar nicht noch einmal melden, aber, Herr Oppermann, Ihnen zuliebe mache ich das doch.

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Ich weiß das zu schätzen!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Sie sagen, dass wir in unserem Antrag in den Punkten, die Sie aufgezählt haben, im Grunde genommen nur das wiederholen, was der Senat in seiner Konzeption bereits aufführt. Sie wissen gut, dass das natürlich nicht so ist! Beim Senat steht irgendwo ein Satz dazu, dass wir Kindergarten, Schule und Sprachkenntnisse verbessern müssen, alles d'accord.

Im Unterschied dazu kann ich Ihnen einmal die konkreten Punkte und Forderungen kurz aufzählen, die Sie in unserem Antrag finden,

(Abg. Karl Uwe O p p e r m a n n [CDU]:
Für mich brauchen Sie das nicht! Ich habe
ihn gelesen!)

wenn Sie ihn denn lesen. Darin steht: eine klare Vorgabe zur Einstellung von Migrantinnen und Migranten als Erzieherinnen und Erzieher im Kindergarten, mindestens zwei feste Stellen für bikulturelle Erzieherinnen und Erzieher in Kindergärten mit mindestens 20 Prozent Zuwanderern! Also ein ganz konkrete Zielvorgabe!

Darin steht weiter, dass das Programm Hippy, das Sie auch erwähnt haben, bedarfsgerecht für alle Familien so ausgebaut werden soll, dass die Familien innerhalb von zwei Jahren einen Zugang zu diesem Programm haben, wenn sie es denn individuell wünschen.

(B) Wir sagen zur Schule: Rücknahme der vom Senat beschlossenen 1,5-fach Zählung bei der Zuweisung von Lehrerstunden für Schulen mit besonders vielen Zuwandererkindern! Wir sagen, dass die Integration des muttersprachlichen Unterrichts in den Sprachunterricht im Bereich der weiterführenden Schulen eingeführt werden soll. Wir sagen: Stopp mit dem muttersprachlichen Unterricht von aus dem Ausland hereingeholten Lehrkräften, sondern Einstellung von Migrantinnen und Migranten mit entsprechender Ausbildung in diesen Fächern und von deutschen Lehramtskandidaten mit der Ausbildung Deutsch als Fremdsprache und Deutsch als Zweitsprache!

Wir sagen weiter, dass es klare Vorgaben zum Ausbau der Beratungsstelle BQN und für die Einstellung von Auszubildenden und Beschäftigten im öffentlichen Dienst geben muss, und zwar mit Ross und Reiter und klaren Zielen, eine klar formulierte Ausbildungsoffensive!

Überall dort, wo Sie vage bleiben, wo das erst noch kommen soll, machen wir konkrete Aussagen, die angeben sollen, wie ein solches Konzept überhaupt Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit erlangt. Dies geschieht, wenn man es in konkrete Forderungen übersetzt, wenn man nicht im Allgemeinen stehen bleibt!

Wir sagen auch im Unterschied zu Ihnen, dass die Zielgruppe erweitert werden soll. Wir wollen nicht mehr den Unterschied nach Statusgruppen machen.

(C) Wir hatte ja die Situation, und ich habe sie selbst erlebt, dass junge türkischstämmige Männer Ausiedlern Deutschunterricht gegeben haben. Die einen hatten einen türkischen und die anderen einen deutschen Pass. Solch eine absurde Situation wollen wir nicht mehr! Der Sprachunterricht soll bedarfsgerecht für alle Zuwanderergruppen, die hier im Land Bremen leben, ausgebaut werden.

Wir machen beim Punkt der Stärkung der Rolle der Frau im Integrationsprozess klare Vorgaben zur Förderung von bestimmten Einrichtungen und bestimmten Projekten. Wir machen eine klare Aussage zur Verabschiedung eines Antidiskriminierungsgesetzes im Zusammenwirken des Bundes und der Länder. Wir sagen auch, dass der permanente Verstoß der Innenbehörde und des Ausländeramtes, Einbürgerungsanträge über zwei Jahre nicht zu bearbeiten, beendet werden muss. Es muss endlich das Verwaltungsverfahrensgesetz eingehalten werden. Sie sind doch sonst auch dafür, dass innerhalb von sechs Monaten ein Antrag eines Bürgers in den Behörden zu bearbeiten ist.

Wir machen konkrete Aussagen zur Frage, was das alles kosten soll. Wir wollen hier nicht laue Worte für laues Geld, sondern konkrete Pläne mit konkreten Finanzierungen. Insofern, Herr Oppermann, unterscheidet sich unser Antrag sehr wohl, und wenn Sie ihn ablehnen, muss man das auch sagen, damit die Leute auch wissen, was Sie abgelehnt haben und was wir gefordert haben. — Danke!

(Beifall)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/447 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer 15/409 Kenntnis.

(C)

(D)

(A) **Die historischen Hafengebäude im Bereich des Bremerhavener Alten/Neuen Hafens unter Denkmalschutz stellen**

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 1. August 2000
(Drucksache 15/413)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, DVU, mit der Drucksachen-Nummer 15/413 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(B) **Pflichten des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft (Landtag)**

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten
Tittmann (DVU)
vom 14. August 2000
(Drucksache 15/417)

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unter Paragraph 12 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft heißt es unter anderem zu den Aufgaben des Präsidenten: „Ihm liegt die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowohl in der Versammlung selbst als auch unter den Zuhörern ob.“ Weiter: „An der Aussprache in den Versammlungen der Bürgerschaft nimmt der Präsident, solange er den Vorsitz führt, außer durch Erläuterung von Tatsachen, nicht teil. Will er sich als Redner beteiligen, so hat er bis zur Erledigung des Verhandlungsgegenstandes den Vorsitz an einen Vizepräsidenten abzugeben.“

Das ist erst einmal Fakt. Aber leider musste ich wiederholt feststellen, dass sowohl der Präsident, Herr Weber, als auch sein Stellvertreter, Herr Dr. Kuhn, die im Paragraphen 12 bestimmten Aufgaben

und Pflichten mir gegenüber missachteten, wenn ich als demokratischer Abgeordneter der Deutschen Volksunion von meinem Rederecht, speziell von meinem Recht und Rederecht, Gebrauch mache hier in diesem Haus. Herr Weber, ich will das ja glauben, dass Sie hier keinen leichten Stand haben, zumal ich annehme, dass Ihre SPD-Genossen Sie bezüglich dessen, wie man mich hier zu behandeln hat, ziemlich unter Druck setzen.

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Tatsache beweist mir auch ganz klar die Aussage des SPD-Fraktionsvorsitzenden Böhrnsen. Herr Böhrnsen hat in der Sitzung des Landtags am 27. Januar 2000 deutlich zum Ausdruck gebracht, aus meiner Sicht geradezu verfassungsverräterisch zum Ausdruck gebracht, dass der Verstoß gegen demokratische Grundprinzipien zwecks Ausgrenzung eines DVU-Parlamentariers in diesem Hause offenbar Leitlinie sein soll. Er erklärte nämlich, dass der so genannte Abgeordnete Tittmann in einem demokratischen Parlament nichts zu suchen habe.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Nun frage ich Sie: Will Herr Böhrnsen etwa die Verfassung außer Kraft setzen? Jedenfalls kann doch von Ihnen nicht bestritten werden, dass ich als DVU-Abgeordneter demokratisch gewählt worden bin. Sie können mir getrost glauben, dass ich mir von Antidemokraten meine grundsätzlich verbürgten Rechte in diesem Haus nicht nehmen lassen werde, ob es Herrn Böhrnsen und Genossen nun passt oder nicht!

Meine Damen und Herren, im Artikel 21 Grundgesetz heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Darin steht aber nicht, dass man demokratisch gewählte Abgeordnete der Deutschen Volksunion, die die politische Willensbildung des Volkes mitgestalten sollen, undemokratisch bekämpfen darf. Es ist schon sehr undemokratisch, wenn man fast alle DVU-Anträge so schäbig hinschiebt, dass DVU-Anträge fast immer erst am Ende der Tagesordnung behandelt werden, natürlich mit dem Ziel und der Gewissheit — —.

(Zuruf von der SPD: Es ist doch 16.30 Uhr!)

Ja, jetzt können Sie auch nicht anders, aber sonst! Man kann im Protokoll nachlesen, wann meine Anträge behandelt werden. Gestern, ein typisches Beispiel! Es ist bekannt, dass zirka um 18 Uhr die Presse, der Hörfunk, das Fernsehen und die Zuschauer wahrscheinlich nicht mehr im Plenum anwesend sein werden und damit die Öffentlichkeit nicht mehr die Möglichkeit hat, die DVU-Anträge und meine Redebeiträge zu verfolgen. Heute ist das eine Ausnahme. Aber das sage ich Ihnen gleich, totschweigen können Sie mich nicht!

(C)

(D)

- (A) Meine Damen und Herren, was mit undemokratischen Mätzchen beginnt, kann schnell in Diktatur enden. Deshalb: Freiheit muss immer die Freiheit des Andersdenkenden sein!

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Deshalb mein Antrag, und ich sage Ihnen: Wehret den Anfängen, denn den Anfängen muss begegnet werden! Da sind wir uns doch alle einig, oder nicht?

Frau Jansen, ich kann damit sehr gut leben, dass ich für Sie und das Parlament, wie Sie es am 7. Juli 1999 hier in diesem Parlament zum Ausdruck brachten, eine einzige Zumutung bin. Damit kann ich gut leben. Sie, Frau Hövelmann, eigentlich wie immer, mögen wie am 16. Dezember 1999 hier undiszipliniert herumschreien, er sei ein Demagoge. Das stört mich überhaupt nicht. Gleiches gilt auch für Frau Stahmann vom Bündnis 90/Die Grünen, die sich mit dem Zwischenruf „Demagogisch sind Sie!“ hier nur wichtig machen wollte.

Wie aber würde der Präsident wohl reagieren, wenn ich Frau Wiedemeyer von der SPD am 22. März 2000 bei einem Redebeitrag entgegen geschleudert hätte: „Die einzige Schande sind Sie, die es hier gibt!“? Dann hätte bestimmt einer der Herren Präsidenten mit Sicherheit die Glocke geläutet und wäre eingeschritten.

- (B) Aber für solche unparlamentarischen Verfehlungen und Entgleisungen mir gegenüber gab es natürlich nicht einen einzigen Ordnungsruf! Herr Dr. Kuhn glaubte mich am 27. Januar 2000 während der Plenarsitzung in seiner Eigenschaft als Präsident so belehren zu müssen: „Herr Tittmann, hören Sie einmal zu, der Präsident hat Ihnen jetzt eben zu sagen, dass Argumente zur Person im Parlament nicht üblich und nicht gestattet sind.“ Das hätten Sie heute Morgen auch Senator Schulte sagen müssen, als er nach vorn gegangen ist und sich diesbezüglich mir gegenüber geäußert hat. Da möchte ich Herrn Dr. Kuhn doch einmal fragen: Warum werden hier Angriffe gegen meine Person laufend geduldet? Das kann es ja wohl in einer Demokratie nicht sein!

In derselben Sitzung steuerte Herr Präsident Weber mit der Belehrung bei, meine Wortwahl verletze die Würde betroffener Personen. Derartiges musste sich dagegen zum Beispiel der SPD-Abgeordnete Günthner auf seinen hasserfüllten Ausruf „Sie sind ein Volksverhetzer!“ nicht vorhalten lassen. Es erfolgt auch nie ein Ordnungsruf vom Präsidenten, wenn es gegen einen DVU-Abgeordneten geht. Hier scheint jede, aber auch jede Beleidigung und Diffamierung geradezu erwünscht.

Ich könnte, wenn ich wollte, mit gleicher Münze heimzahlen, das mache ich nicht. Ich unterlasse das aus Gründen des Anstandes und meiner Erziehung, und deshalb werde ich mich verbal auch nicht auf jene Ebene von Frau Berk von der SPD herablas-

sen, die da einem Augiasstall entsprechend sagte: „Hier stinkt es, wenn Sie hier vorn gestanden haben“. Frau Berk, auf Ihre Äußerung vom 27. Januar 2000 kann ich nur entgegnen, dass Ihre Ausstrahlung nicht mein Problem ist. Offenbar hat aber der Herr Präsident ein Problem. Indem er Sie zur Ordnung gerufen hätte, hätte er gemäß seines Amtes einen Beitrag geleistet, dass Hygiene den verbalen Schlagabtausch bestimmt und die demokratische Streitkultur nicht durch Verwahrlosung in der Gasse landet, meine Damen und Herren.

Herr Präsident Weber, ich frage Sie in Ihrer Eigenschaft als Präsident der Bremischen Bürgerschaft: Unterscheiden Sie hier zwischen Abgeordneten erster und zweiter Klasse? Sie fühlen sich nämlich immer wieder vom Präsidentenstuhl aus veranlasst, Partei gegen mich als DVU-Abgeordneten zu ergreifen, nur, weil meine Stellungnahmen zu den politischen Fragen der Zeit den etablierten Altparteien nicht passen. Sie und Ihr Stellvertreter Herr Dr. Kuhn stellen sich taub und lassen jedes Eingreifen vermissen, wenn mir als demokratisch gewähltem Abgeordneten der Deutschen Volksunion Beschimpfungen, Beleidigungen der übelsten Art von den so genannten demokratischen Parteien entgegengeschleudert werden. Ist das Ihre Vorstellung von Ordnung in diesem Hause, zu deren Aufrechterhaltung Sie nach der Geschäftsordnung verpflichtet sind?

Mit Ihrer Aussage nach meiner Rede zum Schutz der deutschen Sprache haben Sie eindeutig Paragraph 12 der Geschäftsordnung verletzt. Sie können aber sicher sein, dass undemokratische Machenschaften mir gegenüber auch außerhalb des Hauses sehr genau registriert werden. Ich erinnere noch einmal an den Paragraphen 12 der Geschäftsordnung, ich weiß nicht, ob Sie den kennen, wonach der Präsident, wenn er den Vorsitz führt, kein Recht hat, sich als Redner zu beteiligen. Er kann als Abgeordneter das Wort ergreifen, seine Amtsführung aber hat überparteilich und neutral zu sein.

Mit dem vorliegenden Antrag appelliere ich an Sie alle, unheilvollen Anfängen zu wehren, denn Willkür und Demokratie sind nicht vereinbar! — Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will in der gebotenen Kürze, aber sehr nachdrücklich die unsachlichen und falschen Angriffe gegen den Präsidenten der Bürgerschaft und gegen den Vorstand der Bürgerschaft zurückweisen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen — Abg. T i t t m a n n [DVU]: Steht alles im Protokoll!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Ich denke, ich kann in Übereinstimmung mit allen demokratischen Abgeordneten dieses Hauses sagen, es gibt überhaupt keinen Zweifel, dass der jeweilige Präsident die Sitzungsleitung in Übereinstimmung mit Verfassung, Gesetz und der Geschäftsordnung dieses Hauses ausübt.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber genauso klar ist, gegenüber rechtsradikaler Propaganda und rassistischer Hetze kann und darf niemand unparteiisch oder nachsichtig sein, auch und erst recht nicht der Präsident der Bremischen Bürgerschaft.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir alle sind entschlossen, nicht wegzusehen, wenn Ausländer angepöbelt oder beleidigt werden, und wir sind auch entschlossen, nicht darüber hinwegzuhören, wenn hier rechtsradikales Zeug gerechnet wird, sondern wir wollen dazu Stellung nehmen. Nichts anderes hat der Präsident der Bürgerschaft in der Sitzung im Juli getan, er hat eine rechtsradikale Propagandarede als das bezeichnet, was sie war, nämlich als Hetzkampagne gegen ausländische Mitbürger. Ich bin dem Präsidenten ausdrücklich dankbar, dass er diese klaren Worte gefunden hat.

(B)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, ich bin sicher, er hat auch zukünftig die Unterstützung des ganzen Hauses, wenn er gegen unerträgliche und unanständige Beiträge aus der rechtsextremistischen Ecke konsequent einschreitet.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Böhrnsen, Sie sind ja nicht einmal in der Lage, meine Fragen, die ich stellen wollte, zu beantworten. Sie setzen sich lieber hin, machen hier Ihre Spielchen, halten eine Wischiwäschrede, das war es dann, und dann ist es gut. Aber das ist nicht so.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie haben eben wieder ein Paradebeispiel abgegeben, was Sie unter Demokratie und Gleichberechtigung verstehen. Ihr Motto lautet: Diffamieren ist leichter als argumentieren. Sie glauben, Sie können mit Attacken gegen mich Ihre Macht hier im Parlament missbrauchen und als Einpeitscher Ihrer Fraktion hier

Ihr Süppchen kochen. Ich bin aber ganz sicher, dass die nächste Bürgerschaftswahl Ihnen Ihr Süppchen versalzen wird.

(C)

Ich garantiere Ihnen, dass ich mir das Recht auch in Zukunft nicht nehmen lasse, die Stimme des Volkes hier lauthals zu vertreten. Ich weiß, es passt Ihnen nicht, aber Sie werden mich nicht daran hindern, die Missstände, für die Sie verantwortlich sind und die Sie gern unter den Teppich kehren würden, an die Öffentlichkeit zu bringen.

Meine Damen und Herren, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die politischen Altparteien die demokratischen deutschen Rechten so behandelt wissen wollen, wie es das Schicksal Verfolgter in Deutschlands schlimmster Zeit, nämlich 1933 bis 1945, als Ergebnis einer verbrecherischen Diktatur war.

(Unruhe bei der SPD)

Jedenfalls bringen Sie mit Ihrer Ablehnung meines Antrages einmal mehr deutlich zum Ausdruck, welche Verlogenheit und Unehrllichkeit dahinter steckt, wenn Sie hier von Toleranz und Rechtsstaatlichkeit sprechen. Ich kann hierzu nur sagen, besser allein in Ehren als mit vielen in Schande! — Ich bedanke mich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(D)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann, Drucksache 15/417, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Öffentlicher Nahverkehr für Bremen und die Region

Mitteilung des Senats vom 15. August 2000
(Drucksache 15/419)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Jägers.

(A) Abg. **Jägers** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Wir reden heute zum öffentlichen Nahverkehr für Bremen und die Region. Der Anlass ist, dass der Nahverkehrsplan 1998 beschlossen worden ist und wir 1998 auf Anregung der SPD-Fraktion mitbeschlossen haben, dass wir den Nahverkehrsplan in zeitlichen Abständen einer Revision unterziehen wollen, um zu prüfen, wie sich das alles entwickelt hat, welche Entwicklungen uns gefallen, welche weniger, welche neuen Dinge wir aufnehmen müssen.

Der Senat legt uns heute das Überprüfungsergebnis vor, eine gute und ausführliche Vorlage, finde ich, auch, um in der Sprache zu bleiben, mit Weichenstellungen. Die Basis für die Entwicklung ist ja die integrative Verkehrsplanung von 1995. Ich finde übrigens auch, dass man da öfter einmal einen Blick hineinwerfen sollte, die war und ist sehr fortschrittlich.

Die Thematik ist umfangreich, ich will mich auf wenige Punkte beschränken, selbst wenn ich dann Gefahr laufe, einige nicht anzusprechen, das ist so. Ich möchte anfangen mit dem Schienenpersonennahverkehr, dem SPNV. Die Ergebnisse des Eisenbahngutachtens, die da angesprochen sind, sind wenig zufrieden stellend. Für meinen Geschmack stehen darin viel zu viele „Könnte“, „Sollte“, „Möchte“ und „Hätte“ und viel zu wenig „Müssen“, „Machen“ und „Werden“.

(B) Konkret: Die vorgeschlagenen Maßnahmen wie zum Beispiel Ausbau der Mahndorfer Kurve, Entflechtung Güter- und Personenverkehr, das heißt Trennung von schnellen und langsamen Verkehren, 15-Minuten-Takt nach Vegesack, 30-Minuten-Takt für alle anderen Strecken, Verbesserung des Angebotes auch in Richtung Verden/Twistringen und so weiter müssen angegangen werden, wir müssen damit anfangen, diese Dinge umzusetzen.

Die Mitteilung des Senats geht auch davon aus, dass die angesprochenen Maßnahmen volkswirtschaftlich sinnvoll sind, ökologisch sowieso, füge ich da hinzu, und legt auch den Kostenrahmen fest, 600 Millionen DM, eine Menge Geld, nichtsdestotrotz müssen wir da heran. Wir Sozialdemokraten meinen, dass wir in die Realisierung dieser Projekte einsteigen müssen, und zwar um die Zukunftsverkehre bewältigen zu können.

Sehr zukunftsfruchtig, meine Damen und Herren, ist die Planung der BSAG, die Schienennetze der Deutschen Bundesbahn mit zu nutzen. Wir finden das eine sehr gute Idee. Es liegt eigentlich auf der Hand, Bremen und Nordenham zum Beispiel direkt über die Straßenbahn- und Bundesbahnlinien miteinander zu verbinden. So schafft man ökologisch sinnvoll Mobilität, und so gewinnt man vor allen Dingen, das ist ja eines der Ziele, neue Kundschaft für

*) Vom Redner nicht überprüft.

die Straßenbahn und für die Bahn. Beide wollen ja neue Kundschaft. So schafft man auch, das ist ja das, wovon unser Koalitionspartner immer redet, eine angebotsorientierte Politik. Das kann und muss man im ÖPNV auch einmal machen. Da sagen wir ebenfalls, angebotsorientierte Politik ist die richtige Maßnahme, um Leute zu bewegen, auf den Bus oder auf die Bahn umzusteigen.

Im Sommerloch hat — Herr Eckhoff ist leider nicht da — die CDU die Arbeitnehmer entdeckt. Das ist ja immer ganz toll, wenn die CDU die Arbeitnehmer entdeckt, etwas Neues,

(Abg. **H e r d e r h o r s t** [CDU]: Mit einer klassischen Arbeitnehmerpartei können Sie nicht mithalten!)

und hat gesagt, wir müssen den Büropark Oberneuland/Vahr mit öffentlichen Verkehrsmitteln anbinden. Das, finde ich, ist auch richtig. Das Problem dabei ist immer: Man kann nicht von der BSAG erwarten, wirtschaftlich zu arbeiten, und gleichzeitig von der BSAG verlangen, unwirtschaftliche Linien zu betreiben, um dann wieder zu sagen, der Zuschuss ist viel zu hoch, fährt den einmal herunter. Am besten ist, ihr senkt einmal eben die Löhne für die Arbeitnehmer. Das passt nicht zusammen!

(Beifall bei der SPD)

Der ÖPNV muss sich an den Bedürfnissen derjenigen ausrichten, die eben nicht mit dem Auto fahren können oder wollen, der ÖPNV muss ja Daseinsvorsorge liefern. Beim ÖPNV spielt die Qualität eine wichtige Rolle. Ich sage das vor der Diskussion um den anstehenden Wettbewerb. Wettbewerb übrigens ist ja nichts Neues für den ÖPNV, da wird immer so getan, als wenn das eine ganz neue Entdeckung wäre. Der ÖPNV spielt sich immer im Wettbewerb ab.

Die Liberalisierung auf EU-Ebene darf eben nicht zur Folge haben, dass die Qualität beim ÖPNV sinkt, indem man einfach Linien ausschreibt, um da einen billigeren Anbieter zu finden. Der Wettbewerb muss sich auf der Qualitätsebene vollziehen, nicht auf der Lohnebene. Das wäre völlig falsch.

Die Aufgabenträgerschaft des SPNV durch den Zweckverband kann realisiert werden. Dort laufen Verhandlungen, das ist schwierig, weil es einstimmige Beschlüsse geben muss, um das zu machen. Die Übernahme der Aufgabenträgerschaft durch den Zweckverband macht aber Sinn, um die Linien halten und auch betreiben zu können. Hier erwarten wir vom Senat, dass er die Verhandlungen fortführt mit dem Ziel, das, was ich angemahnt oder ange-regt habe, auch umzusetzen. Qualitätsverbesserungen führen dazu, dass die Kunden die Bahn und den Bus akzeptieren, umsteigen und so auch zur ökologischen Wende beitragen.

(C)

(D)

(A) Zur Linie vier möchte ich hier nicht mehr viel sagen, der Bericht des Senats ist eindeutig. Man kann, wenn man das liest, davon ausgehen, dass der Senat in seiner Gänze begeistert ist von der Linie vier und das völlig gut und richtig findet, was da gemacht wird.

Meine Damen und Herren, die ÖPNV-Entwicklung ist ein stetiger Prozess. Wir werden einen neuen Nahverkehrsplan anfangen müssen und den alten sozusagen fortschreiben. Wir brauchen einen starken und qualitativ hochwertigen ÖPNV für Bremen und für die Region. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Möchte noch jemand? — Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Diese Bürgerschaft hat im November vergangenen Jahres, Sie können das in der Vorlage nachlesen, die der Senat Ihnen überreicht hat, unter Punkt eins beschlossen, dass die Bürgerschaft den Senat auffordert, bis zum Juli 2000 den Nahverkehrsplan von 1998 bis 2002 zu überprüfen und der Bürgerschaft ein Konzept für den Nahverkehr, den öffentlichen Personennahverkehr, vorzulegen.

(B) In der Tat hat der Senat ein ziemlich dickes Papier vorgelegt. Er hat schon sicherheitshalber gar nicht darüber geschrieben „Konzept“, sondern „Mitteilung des Senats, ÖPNV“ steht darüber, und es ist auch kein Konzept, was vorgelegt worden ist. Ich wundere mich sehr, Herr Kollege Jägers: Es war Ihr Antrag und der Antrag von Herrn Pflugradt und der CDU, der hier mit den Stimmen vom Bündnis 90/Die Grünen beschlossen worden ist, weil Sie damals dankenswerterweise einen Antrag von uns nicht annehmen wollten, aber abschreiben konnten. Es war dieser einstimmige Beschluss hier, und Sie fordern heute nicht einmal ein, dass der Senat wenigstens Ansätze eines Konzepts vorlegt.

Was er nämlich gemacht hat, ist etwas ganz anderes: Er hat auf rund 15 Seiten Zitate aus Papieren, die er früher der Bürgerschaft oder der Baudeputation vorgelegt hat, noch einmal zusammengestellt. Das sind viele Absichtserklärungen, viele rechtliche Belehrungen, viele Positionen, aber ein Konzept, meine Damen und Herren — vor einer halben Stunde haben wir ein Konzept diskutiert, über das man streiten konnte —, ist das nicht! Hier liegt kein Konzept vor, hier kann man eigentlich auch über gar nichts streiten. Ich finde, wenn wir hier einen Beschluss fassen, könnte sich der Senat wenigstens Mühe geben, dem Beschluss der Bürgerschaft in An-

*) Vom Redner nicht überprüft.

sätzen nachzukommen, statt uns hier mit den Sachen zu belästigen, die wir schon kennen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich klar, woran es liegt. Es gab ein Nahverkehrskonzept von 1989, das ist damals in dieser Bürgerschaft von der Mehrheit der SPD vorgelegt und auch beschlossen worden. Das damalige Konzept hatte wie so ein Konzept wie eben auch das Integrationskonzept, das beraten worden ist, viele deutliche Ziele genannt. Kernziel war damals, mehr Personen im Stadtverkehr dafür zu gewinnen, auf den öffentlichen Personennahverkehr umzusteigen, um die Umwelt zu entlasten. So stand es damals darin. Es gab viele weitere Ziele: lebendige Wohnquartiere, Schutz der Kinder und Anwohner vor Lärm, Gestank und Verkehrsbelästigung durch Kraftfahrzeuge, damit — sehr modern! — die Menschen in Bremen wohnen wollen und wohnen bleiben und nicht in das Umland ziehen. Das stand damals darin. Schutz vor Verkehrslärm war als ein Ziel darin, Senkung der Emissionen, ich will jetzt nicht alle aufzählen. Das sind alle Ziele, die Bündnis 90/Die Grünen noch heute für richtige Ziele einer Verkehrspolitik hält.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schauen Sie dieses ganze dicke Paket des Senats an! Die Bürgerschaft hat nach Zielen und Prämissen gefragt. Ziele und Prämissen sind in diesem Paket nicht enthalten, mit Ausnahme eines Hinweises, Herr Jägers hat das schon gesagt, auf die integrierte Verkehrsplanung von 1995, die in der Tat vorschlägt und vorsieht, dass mehr Leute auf den ÖPNV umsteigen sollen und übrigens auch auf das Fahrrad! Wenn wir den Nahverkehrsplan tatsächlich überprüft hätten, den diese Bürgerschaft vor zwei Jahren beschlossen hat, könnten wir heute schon sagen, dass dieses Ziel leider nicht erreicht werden kann, weil die Maßnahmen, die damals in dieser integrierten Verkehrsplanung standen, lange nicht erfüllt sind.

Ich will jetzt nicht über die Linie vier reden, die ursprünglich 1995 fertig sein sollte, und jetzt wird sie vielleicht 2004 nach Falkenberg fahren, wenn alles gut geht, Herr Pflugradt.

(Zuruf von der SPD: Besser spät als nie!)

Das ist kein Argument! Es ist nur ein deutlicher Hinweis darauf, dass bei den Zielen, die hier gesetzt werden, schon heute klar ist, dass sie nicht erreicht werden können. Ich weise nur darauf hin: Das Papier, das der Senat vorgelegt hat, ist weder ein Konzept, noch deutet es die Ziele an, die der Senat für den öffentlichen Personennahverkehr hat.

Ich will Ihnen ein paar nennen, wenn Sie die alten Ziele nicht nennen wollen, zum Beispiel eines,

(C)

(D)

(A) das der Vorgänger von Frau Wischer, Herr Senator Dr. Schulte, immer wieder angeführt hat: Die Zahl der Pendler aus dem Umland lag 1970 bei 48 000, als das Nahverkehrskonzept 1989 erstellt wurde, lag sie bei ungefähr 75 000, heute liegt sie bei rund 110 000 Pendlern, die zur Schule, zum Beruf und anderen Tätigkeiten hier in die Stadt fahren. Also, diese Pendler zum Umsteigen auf den Nahverkehr zu bewegen, das wäre ein Ziel. Dieses Ziel hätte zur Folge, dass wir vor allen Dingen den Ausbau der Eisenbahnstrukturen, Herr Jägers hat eben darauf hingewiesen, in das Umland vornehmen. Das hätte zum Ziel, klar zu sagen, wie das finanziert werden kann. Herr Jägers hat darauf hingewiesen, dass es gute Vorschläge gibt, die 600 Millionen DM kosten, nicht in einem Jahr, sondern in zehn Jahren. Das sind 60 Millionen DM pro Jahr.

Zur gleichen Zeit beschließt das Bundeskabinett, jährlich zwei Milliarden DM für den zusätzlichen Ausbau der Eisenbahninfrastruktur zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wäre es richtig zu sagen, wir Bremer wollen mit Niedersachsen zusammen — denn ein Teil der Schienen im Umland liegt ja in Niedersachsen — doch jährlich davon vielleicht 60 Millionen DM haben, damit dieses Eisenbahngutachten erfüllt werden kann. Das ist ein kleiner Teil dieses großen Brockens. Nichts davon lese ich in diesem Gutachten, und nichts davon höre ich auch von der Koalition, die neulich zwar in der Baudeputation gesagt hat, aus den Zinsen der UMTS-Versteigerung wollen wir Geld für die A 281 — ich habe nichts dagegen, dass der Bund seine Autobahnen auch selbst bezahlt —, aber davon, dass wir dafür auch Geld aus dem viel größeren Topf für die Bahn haben könnten, ist keine Rede.

(B) Ich meine, das ist genau eines dieser Probleme, die wir hier haben, und das ist auch der Grund, warum hier keine Ziele zustande kommen, weil die Koalition von SPD und CDU sich in dieser Frage des öffentlichen Personennahverkehrs überhaupt nicht auf Ziele einigen kann. Wenn die CDU, und wir konnten es neulich auch in der Zeitung lesen, glücklich ist, dass sich der Autofahrer in Bremen jetzt wieder ungehindert durch die Politik des Bauressorts und die Politik früherer Regierungen in diesem Lande auf den Straßen frei entfalten kann, dann ist das eben etwas anderes, als wenn die SPD sagt, wir wollen eine integrative Verkehrsplanung.

Integrativ heißt nicht alles nebeneinander. Hier bauen wir die Osterholzer Heerstraße aus, darauf lassen wir dann noch eine Straßenbahn fahren, und nebenan fahren dann auch noch die Straßenbahnen auf den Eisenbahnschienen Richtung Oyten. Das ist nicht integrativ, sondern parallel und kostet viel Geld. Eine integrative Verkehrsplanung, die die SPD will, sagt, hier fährt der ÖPNV, da leistet der Individualverkehr mit dem Auto seine Zubringerdienste, da kommt Park-and-ride hin, und in der Innenstadt ist vielleicht auch Verkehrsberuhigung, meine Da-

men und Herren. Diese beiden verschiedenen Ziele vertragen sich nicht so ohne weiteres, und das ist der Kern!

Der Wechsel der Politik von der SPD in den Achtzigern und Anfang der neunziger Jahre zur Politik der großen Koalition ist deutlich. Sie mögen das loben von der CDU, das ist in Ordnung. Wir finden, das ist eine falsche Entwicklung, die in dieser Stadt eingeschlagen worden ist, die den Ausbau des ÖPNV über die Ziele von 1989 hinaus, an denen einigermaßen gearbeitet worden ist — Linie sechs, Linie vier —, einfach verhindert. So schlicht und einfach ist das!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, das ist der Kern, warum die Senatorin auch kein Konzept vorlegen kann, weil es da Streit um jede einzelne Maßnahme geben wird, weil es ein Streit um das Geld ist. Bei der beschränkten Kasse in dieser Stadt und in diesem Land geht es dann immer um das Geld.

Meine Damen und Herren, weil es kein Konzept ist, ist diese Sammlung von Maßnahmen auch so schlecht zu vertiefen. Wir werden da nachhaken müssen, aber auf zwei Punkte möchte ich noch hinweisen: In diesem Konzept steht nur all das, das habe ich schon gesagt, was wir sowieso schon kennen. Ich hätte mir gewünscht, dass es in der Verkehrspolitik auch noch ein paar neue Ideen gibt, selbst wenn man die heute noch nicht alle umsetzen kann.

Ich habe vor kurzem in der Zeitung gelesen, und das fand ich ganz interessant, denn wir waren ja alle irgendwann auf der Expo, dass Bremerhaven Interesse hat, diese Seilbahn, die über die Expo fährt, zu kaufen.

(Zuruf der Abg. Frau W i e d e m e y e r
[SPD])

Ich würde sie genauso gern für Bremen haben, das muss ich ehrlich gesagt sagen. Das ist in bestimmten Bereichen eine vernünftige Idee für den ÖPNV. Bremerhaven kann das nicht ohne das Land tun, Bremen würde das nicht ohne das Land tun können. Das, finde ich, ist eine Idee, die auf dem Prüfstand stehen müsste, ob das nicht ein zukünftiges Verkehrsmittel ist.

Was ist mit dem Verkehr auf der Weser? Ab und zu liest man ja in den Zeitungen von Projekten, die nicht so richtig laufen und vorankommen. Auch das ist nach unserem ÖPNV-Gesetz ein Teil des öffentlichen Personennahverkehrs. Was ist mit modernen Bedienungsformen, sei es mit Kollektivtaxen, sei es mit Anrufsammeltaxen, sei es mit Bürgerbussen in den Stadtteilen, die wirklich nicht so dicht bevölkert sind und wo die großen Busse der BSAG abends leer durch die Straßen fahren? Auch davon lese ich

(C)

(D)

(A) nichts in einem solchen Papier, weil eben hier nur die Sachen dargestellt werden, die in den letzten Monaten und Jahren schon immer dargestellt worden sind. Die sind nicht schlecht, aber, meine Damen und Herren, ein ÖPNV-Konzept muss Ziele und einen Zeit- und einen Maßnahmenkatalog beinhalten. Diese hat der Nahverkehrsplan bisher leider auch nicht. Er hat viele Maßnahmen, aber er sagt nicht, was kommt wann und wie wird es genau durchgeführt, und ein solches Konzept muss auch Ausblicke auf die Zukunft haben.

Alle drei Punkte hat der Senat heute nicht vorgelegt. Wir können ihn als Opposition nicht zwingen, aber wir können ihn triezen, dass er in Zukunft seine Hausaufgaben macht, vor allen Dingen, wenn das Parlament es beschließt. Insofern kann es heute keine wirkliche ÖPNV-Debatte geben, weil der Senat sich geweigert hat, uns zu sagen, welche Konzepte er plant.

Meine Damen und Herren von der Koalition, wenn Sie sich nicht trauen, die parlamentarischen Aufgaben wahrzunehmen und das deutlich zu kritisieren, ist das Ihre Angelegenheit. Ich glaube, das fällt in Zukunft auf Sie selbst zurück, weil die Bürger dieser Stadt schon wissen wollen, wie es mit dem ÖPNV in Bremen weitergeht, wie unser Steuergeld sinnvoll dafür eingesetzt wird, weil die Entwicklung des ÖPNV nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz ist, sondern, ich glaube, auch in Bremen insgesamt ein Beitrag dazu ist, die Stadt lebenswert zu erhalten und noch lebenswerter zu machen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir diskutieren die Mitteilung des Senats über den öffentlichen Nahverkehr für Bremen und die Region. In dieser Mitteilung des Senats bezieht sich der Senat im Wesentlichen auf das, was 1999 aufgrund einer Großen Anfrage der CDU und der SPD-Fraktion mitgeteilt wurde. In dieser Mitteilung des Senats wird auf Seite zwei aufgezeigt, welche Konzeptionen und Zielsetzungen für den ÖPNV der Senat verfolgt, sie sind dort ausführlich dargestellt. Darauf bezieht sich der Senat in der jetzigen Mitteilung auch, und insofern herrscht, was den ÖPNV und die Zielsetzung angeht, eine gewisse Kontinuität von der letzten Legislaturperiode in diese Legislaturperiode. Darüber sind wir als CDU nicht traurig.

Es ist allerdings so, dass sich diese Zielsetzungen, die 1999 definiert wurden, von dem ÖPNV-Konzept von 1989 unterscheiden, und darüber sind wir froh und glücklich!

(Abg. Frau **Wiedemeyer** [SPD]: Dann freue dich ein bisschen schneller!)

Wir sind deswegen froh und glücklich, weil das Verkehrskonzept von 1989 dazu diente, den ÖPNV durch Straßenmalereien und Hochpflasterungen zu bevorzugen, durch Ampelschaltungen zu bevorzugen und den Individualverkehr zu behindern. Wir glauben, dass dies eine falsche Politik war, und haben deswegen für eine Abänderung gesorgt, und mit uns wird auch eine Rückkehr zu der Verkehrspolitik von 1989 nicht machbar sein. Das sage ich hier ganz eindeutig.

(C)

(Beifall bei der CDU — Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Zwischenbemerkung des Kollegen Mützelburg?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja, bitte!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Pflugradt, habe ich das richtig verstanden: Sie finden Ampelvorrangschaltungen für die Straßenbahn und für Busse in Bremen nicht richtig, und das soll es künftig auch nicht mehr geben, obwohl wir dafür immerhin 18 Millionen DM bewilligt und auch schon weitgehend ausgegeben haben?

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ich halte absolute Ampelvorrangschaltungen, die keine Rücksicht auf den Autoverkehr nehmen, für nicht akzeptabel, um das deutlich zu sagen. Ich bin dafür, dass es eine Bevorzugung für den ÖPNV dergestalt gibt, dass dann, wenn die Straßenbahn kommt, alle 7,5 oder 15 Minuten, sie einmal Vorrang bekommt, aber die übrigen 7,5 beziehungsweise 15 Minuten braucht es keine Ampelphasen für den ÖPNV zu geben. Das gab es nämlich, das ist mit dem ÖPNV-Konzept 1989 eingerichtet.

(D)

(Zuruf des Abg. **Mützelburg** [Bündnis 90/Die Grünen])

Das dient nicht dem ÖPNV, wenn der ÖPNV gar nicht kommt und eine Ampelphase trotzdem geschaltet wird, und behindert den Individualverkehr.

(Beifall bei der CDU)

Solche Bevorzugungen, sagen selbst die ÖPNV-Betreiber, sind unsinnig, das lehnen wir ab. Sie dienen nur dazu, den Individualverkehr zu behindern. Das wissen wir alle gemeinsam.

(Beifall bei der CDU)

Ich finde, das ist eine völlig überholte Konzeption. ÖPNV-Phasen bei Ampelschaltungen einzurichten,

- (A) wenn noch nicht einmal ein ÖPNV-Fahrzeug kommt und den Individualverkehr behindert, belästigt die Umwelt. Das wissen Sie ganz genau. Deswegen ist es unsinnig,

(Beifall bei der CDU)

was 1989 beschlossen worden ist.

Herr Mützelburg, ich habe eigentlich keine große Lust gehabt, hier zu debattieren. Ich bin ziemlich erstaunt und verwundert, dass Sie der Einzige hier noch in dieser Stadt, scheint mir beinahe, sind, der das ÖPNV-Konzept von 1989 hochhält. Selbst diejenigen, die das damals entwickelt haben, sind inzwischen davon überzeugt, dass dieses Konzept, das damals so aufgeschrieben worden ist, längst überholt ist. Dass Sie das jetzt wieder aus der Mottenkiste herausholen, überrascht mich schon sehr.

Ich will noch ein Zweites hinzufügen: Das, was in diesem ÖPNV-Konzept steht, waren, das habe ich eben schon gesagt, Straßenmalereien, Hochpflasterungen und die Behinderung des Individualverkehrs durch falsche Ampelschaltungen. Von diesem Konzept ist nichts mehr realisiert worden.

Alles andere ist im Übrigen aufgrund einer Koalitionsvereinbarung von 1995 durchgeführt worden, wenn ich die Verlängerung der Linie sechs und der Linie eins nehme, auch die Linie vier gehört dazu, werden Sie gleich dazwischenrufen, ist ja denn auch gemacht worden. Insofern hat sich in dieser Legislaturperiode endlich einmal wieder etwas für den ÖPNV bewegt. Wir brauchen, meine Damen und Herren, nicht immer neue Konzepte, sondern das, was wir brauchen, ist das kontinuierliche Abarbeiten von Investitionsmaßnahmen. Da sind wir dabei. Auf mehr Dinge brauche ich gar nicht einzugehen. Die Dinge, die hier sonst angesprochen worden sind, lohnen es sich nicht, darüber weiter zu debattieren. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Herr Staatsrat Logemann.

Staatsrat Logemann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Vorwurf von Herrn Mützelburg kann ich nur insoweit akzeptieren, als das, was er mit dem Wort Konzept sagt, in der Tat nicht vorliegt. Als dies damals in der Bürgerschaft diskutiert worden ist, hatte die Senatorin auch schon deutlich gemacht, dass ein Konzept in der von Ihnen umschriebenen Form bis zum Juli dieses Jahres nicht vorliegen könnte. In der Vorlage haben wir auch deutlich gemacht, dass es hier erforderlich ist, die Abstimmung mit der Region herzustellen, und die Fortschreibung für das Jahr 2002 vorgesehen ist.

Was ich in Ihrem Beitrag vermisst habe, ist die Anerkennung dessen, was getan wird. Ich würde da-

rauf gern einmal zu sprechen kommen. Ich glaube, dass bei den Dingen, die getan werden, der Dissens gar nicht so groß ist wie bei der Debatte um das Thema, ob wir ein Konzept haben oder nicht. Wir haben in dieser Legislaturperiode für diesen Bereich drei große Aufgaben gehabt: einmal fertig zu werden mit der finanziellen Situation, die wir bei der BSAG haben, eine finanzielle Situation, die wir zu meistern versuchen unter Aufrechterhaltung des öffentlichen Personennahverkehrs, so wie wir ihn jetzt haben. Die zweite Aufgabe ist: Wie entwickeln wir den ÖPNV weiter? Die dritte Aufgabe ist: Wie entwickeln wir den SPNV weiter?

Zu dem ersten Punkt, Effektivierung der BSAG, haben wir zu Beginn der Legislaturperiode ein Gutachten der Wibera gehabt. Auf dieser Grundlage wurde die Wirtschaftlichkeit der BSAG überprüft. Die BSAG hat diese Anforderung aufgenommen, um vor dem Hintergrund EU-Wettbewerbsrecht wettbewerbsfähig sein zu können, zweitens aber auch vor dem Hintergrund von Kürzungen der Finanzmasse. Sie muss mit reduzierten Beträgen auskommen. Diese Forderung hat die BSAG aufgenommen. Ich bin dankbar dafür, dass im Aufsichtsrat die Umsetzung dieser Maßnahmen von den Vertretern aller Fraktionen dieses Hauses begleitet und gefördert wird. Das zu dem ersten Punkt!

Zu dem zweiten Punkt: Wir haben an konkreten Ausbaumaßnahmen die Dinge, die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen waren, auf den Weg gebracht. Die Verbindung Osterstraße/Westerstraße ist im Bau. Die zweite Baustufe des zweiten Bauabschnitts ist ebenfalls im Bau. Die anderen Schritte für den Ausbau der Linie vier sind so weit auf den Weg gebracht, dass im nächsten Jahr auch dort am Langen Jammer mit dem Bau begonnen werden kann, also Dinge und Maßnahmen, die durchaus nicht selbstverständlich sind, sondern die mit einem erheblichen Kostenvolumen verbunden und auf den Weg gebracht worden sind. Insofern, glaube ich, gibt es kein Vertun über das, was in Gang gesetzt worden ist. Das ist sehr viel im Interesse des ÖPNV.

Das, was im Weiteren getan werden soll, ist, und das ist allen, die in der Deputation tätig sind, nun hinreichend bekannt, auf dem Wege. Es ist das Thema Regionalstadtbahn mit Machbarkeitsstudie, mit regionalwirtschaftlichen Untersuchungen auf dem Weg. Dasselbe gilt für die Entwicklung des ÖPNV in Richtung Stuhr. Das sind Themen, die im Zielnetz der BSAG dargestellt sind, die im Moment durch solche Machbarkeitsuntersuchungen und regionalwirtschaftlichen Untersuchungen überprüft werden und in den Deputationen jeweils zur Beratung gestellt worden sind und auch zukünftig zur Beratung gestellt werden mit dem Ziel, diese Maßnahmen dann in die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2002 einfließen zu lassen.

Ich würde mich wundern, wenn es Ihnen recht wäre, dass wir alle diese Maßnahmen einmal eben

(C)

(D)

(A) in ein Konzept hineingeschrieben hätten, und Sie hätten sie nicht vorher zur Beratung gehabt. Erstens müssen diese Unterlagen da sein. Zweitens müssen sie beraten sein, dann können sie zusammengefügt werden in ein Nahverkehrskonzept. Das zum ÖPNV!

Zum SPNV ist zu Recht darauf hingewiesen worden: Es werden in der Drucksache des Senats Maßnahmen aufgelistet, die für erforderlich gehalten werden. Dies ist in der Tat die Kurzfassung einer sehr umfangreichen und detaillierten Sammlung von Studien, die von Bremen auf den Weg gebracht worden sind, um demjenigen, der für den Bau solcher Infrastrukturen verantwortlich ist, nämlich der Deutschen Bahn, Anstöße und Hinweise zu geben, Grundlagenmaterial für die Verhandlungen mit der Deutschen Bahn.

(B) Hierüber hat es im Februar eine sehr ausführliche Diskussion in der Deputation gegeben. Insofern wundert mich, dass hier dann eine mangelnde Konzeption unterstellt wird. Sie ist da, und wir haben Grundlagen, auf denen wir an die Deutsche Bahn herantreten. Dazu hat vor wenigen Wochen ein Gespräch des Senats mit Herrn Mehdorn stattgefunden. Der Senat hat sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er den Rückzug der Bahn aus der Region nicht akzeptieren wird, dass der Senat es auch nicht akzeptieren wird, dass Arbeitskräfte und Arbeitsplätze, wie in den Zeitungen in den letzten Wochen kolportiert, aus Bremen abgezogen werden. Das ist etwas, was man sich gerade in unserer Region nicht leisten kann. Dies ist Herrn Mehdorn deutlich gemacht worden.

Gleichwohl muss man die Situation der Deutschen Bahn auch anerkennen, dass sie nach Wegen sucht, wie sie mit ihrem Finanzdilemma fertig werden kann. Deshalb wird es erforderlich sein, gerade auch zu dem Thema Interregioverbindungen mit dem Bund und mit den anderen Ländern zusammen Gespräche zu führen. Es muss klar sein: Bremen kann da nicht in Ersatzvornahme treten, sondern hier ist es schon erforderlich, dass auch seitens Berlin Mittel bereitgestellt werden. Das, was Herr Mützelburg gefordert hat, ist natürlich auch eine Forderung seitens des Senats, dass Mittel aus der UMTS-Versteigerung auch für die Schiene zur Verfügung gestellt werden. Mit dieser Zielsetzung wird der Senat dieses Thema entschieden verfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschlüsse der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente

(C)

Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft vom 28. August 2000 (Drucksache 15/432)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat Herr Präsident Weber.

(Abg. P f l u g r a d t [CDU]: Jetzt redet die vierte Fraktion!)

Präsident Weber: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hat Ihnen die wichtigsten Beschlüsse der Präsidentenkonferenz aus dem Frühjahr dieses Jahres als Drucksache übermittelt. Es ist schon eine lange Tradition, dass die Präsidenten der Landesparlamente dann eine Entschließung verabschieden, wenn die Interessen und Aufgaben der Landtage berührt sind und die Präsidenten darüber Einvernehmen erzielt haben. Mehrheitsbeschlüsse werden auf der Präsidentenkonferenz nicht gefasst. Die Präsidenten der Landesparlamente entwickeln ihre Positionen in der Vorbereitung und in der Diskussion auf den Konferenzen. Die Beschlussvorlagen werden in der Regel von einzelnen Landtagsverwaltungen vorbereitet. Insofern bitte ich Sie, die Ihnen vorliegenden Beschlüsse als Anregungen zu begreifen, die Sie in den jeweiligen Fachfragen verwenden, aber auch kritisch hinterfragen können.

(D)

Die Bedeutung der Beschlüsse liegt einzig und allein darin, dass sie immerhin von 16 Präsidenten der deutschen Landesparlamente unterschiedlicher politischer Herkunft verabschiedet worden sind. Meine Damen und Herren, zu den Beschlüssen im Einzelnen:

Erstens: Wettbewerb in einem solidarischen Staatswesen, Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus! Meine Damen und Herren, diese Resolution ist der Anlass, dass Ihnen dieses Beschlusspaket der Präsidentenkonferenz vorgelegt worden ist. Die Präsidenten haben ausdrücklich verabredet, die Föderalismusdiskussion in ihren Parlamenten in geeigneter Form anzusprechen und zu veröffentlichen. Wenn Sie neuere Veröffentlichungen über den Föderalismus verfolgen, zum Beispiel den Bericht einer Kommission der Bertelsmann-Stiftung unter dem Titel „Entflechtung 2000“, so werden folgende Fragen diskutiert:

Erstens: Soll man eine Grundgesetzänderung anstreben, die die Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern zugunsten einer Stärkung der Länder reduziert und damit zu Lasten des Bundes strukturiert? Soll man im Katalog der konkurrierenden Gesetzgebung mehr Kompetenzen auf die Länder verlagern?

- (A) Zweitens: Soll man politische Entscheidungen, die häufig zwischen Bund und Ländern sowohl in der Finanzierung als auch in der Entscheidung vermischt sind, klarer ordnen, etwa nach dem Leitsatz: Wo die Entscheidungsverantwortung liegt, muss auch die Finanzverantwortung liegen? Die spielt zum Beispiel bei vielen Gesetzen, die der Bund erlässt, die die Länder aber ausführen müssen und dadurch möglicherweise Kosten haben, eine entscheidende Rolle.
- Drittens: Ihnen allen ist die Form des bundesstaatlichen Finanzgefüges geläufig. Erst kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht dem Bundesgesetzgeber aufgegeben, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und den Ländern neu zu regeln. Sie verfolgen auch die Ministerpräsidentenkonferenzen, die Finanzministerkonferenzen, die sich hier um Einigkeit oder zumindest um Mehrheit bemühen.
- Meine Damen und Herren, am Punkt der Finanzverfassung hat Bremen zusammen mit anderen Bundesländern in der Präsidentenkonferenz eine einheitliche Entschließung mit weitergehenden Festlegungen verhindert, weil der Gedanke eines reinen Wettbewerbsföderalismus, wie er auch von den südlichen Ländern vertreten wird, nicht den Interessen Bremens dient.
- (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)
- (B) Meine Damen und Herren, dies ist, meine sehr geehrten Kollegen von der CDU, in enger Abstimmung mit dem Finanzsenator und der Senatskanzlei geschehen.
- Ich will Ihnen einmal kurz darstellen, wie das gelaufen ist! Es gab einen Antrag von den süddeutschen Ländern, in dem die Belange Bremens keine Rolle mehr spielten. Die Konferenz hat uns, den Bremern, den Hamburgern, den Berlinern, lediglich noch die Möglichkeit eingeräumt, eine abweichende Position als Fußnote, als Protokollnotiz zu Protokoll zu geben. Ich denke, das ist etwas, was ein selbstbewusstes Bundesland sich nicht zumuten darf,
- (Beifall bei der SPD)
- Herr Kollege Schrörs, ich glaube, da geben Sie mir Recht. Insofern habe ich dann in den zweitägigen Verhandlungen darum gerungen, die Position Bremens deutlich zu machen, und ich glaube, wenn Sie sich den Antrag ansehen, ist es auch deutlich geworden.
- Meine Damen und Herren, zu dem zweiten Punkt, Reform des Haushaltsrechts! Ich gehe davon aus, dass das Bundesland Bremen in der Frage der Einführung neuer Steuerungsinstrumente, Budgetierung, Controlling und Produkthaushalte gegenwärtig eine weit fortgeschrittene Stellung unter den Ländern der Bundesrepublik Deutschland einnimmt.
- Dies gilt auch für die Controlling-Berichte, die von den jeweiligen Produktgruppenverantwortlichen vorgelegt werden. Gleichwohl sollte es Sinn machen, wenn sich das Parlament als Ganzes ebenso wie die zuständigen Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses und die Fraktionsvorstände noch einmal intensiv damit beschäftigen, wie das Parlament am effektivsten seine Kontrolle ausübt, obwohl es in den letzten Jahren der erklärte Wille ist, der Exekutive eine größere Gestaltungsfreiheit zu geben. Dies gilt im Übrigen auch für die Kontrolle dereteiligungen.
- Meine Damen und Herren, wir müssen das Parlament, wir müssen unsere Kontrollmöglichkeiten stärken. Das muss und kann auch bedeuten, dass wir bei den nächsten Haushaltsberatungen durchaus den Antrag stellen müssen, dass Sie den Antrag stellen müssen, für dieses Haus mehr Personal einzustellen. Meine Damen und Herren, dieses Thema — —.
- (Zuruf der Abg. Frau W i e d e m e y e r
[SPD])
- Ja, Frau Kollegin Wiedemeyer, hier gibt es eine einzige Person, die dies in diesem Haus begleitet.
- (Abg. E c k h o f f [CDU]: Jetzt gibt es schon Widerspruch aus der eigenen Fraktion!)
- (D) Nein, nicht Widerspruch aus der eigenen Fraktion, Herr Kollege, sondern ich will nur dafür werben und das transparent machen! Wenn wir ein vernünftiges Controlling durchführen wollen, muss dieses Haus, Ihr Haus wohl gemerkt, in die Lage versetzt werden, dies auch vernünftig zu tun.
- Meine Damen und Herren, das ist nicht nur ein Problem des kleinen Landes Bremen, das ist das Problem aller anderen 15 Länder auch, die die gleiche Diskussion in ihren Parlamenten führen. Ich finde den Beitrag von Herrn Dr. Dannemann sehr gut, der das ja sehr konstruktiv gewendet und auch angeboten hat, uns dort zur Verfügung zu stehen, um das auch zu beraten. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist auch die ureigenste Aufgabe des Parlaments, sich in die Lage zu versetzen, dies zu tun.
- Drittens: Berichtspflicht der Landesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung! Hier geht es um die Frage, welche Rechte die Landesparlamente in Bezug auf die im Grundgesetz in der letzten Wahlperiode des Bundestages neu eingeführte akustische Wohnraumüberwachung haben. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die Länderparlamente auch eine Kontrollkompetenz über den Bereich der präventiven polizeilichen Überwachung hinaus im repressiven Bereich des Strafprozessrechts haben. Die Frage ist bereits vor geraumer Zeit von der Bürgerchaftsverwaltung über die Parlamentarische Kon-

(A) trollkommission auch an den Senator für Inneres herangetragen worden. Die Präsidenten der deutschen Landesparlamente haben sich in dieser zum Teil in den jeweiligen Exekutiven umstrittenen Frage für die parlamentsfreundlichere Lösung entschieden. Sie sind dabei in völliger Übereinstimmung mit einer entsprechenden Entschließung der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder.

Meine Damen und Herren, es dürfte nun zu überlegen sein, wie diese parlamentarische Kontrolle in Bremen am zweckmäßigsten ausgeübt werden kann. In den verschiedenen Bundesländern werden unterschiedliche Lösungen diskutiert, so hat zum Beispiel der bayerische Landtag mit Wirkung ab 1. April 2000 ein Gesetz erlassen, das ein eigenständiges parlamentarisches Kontrollgremium für diesen Bereich vorsieht und die Aufgaben mit der schon bestehenden parlamentarischen Kontrollkommission zusammenfasst.

Viertens: elektronische Pressespiegel und Pressearchive der Parlamente! Sowohl die Landesregierungen als auch die Parlamentspräsidenten sehen erhebliche Unsicherheiten bei der Erstellung elektronischer Pressespiegel und Pressearchive der Parlamente und setzen sich für eine Änderung des Urheberrechts ein, um hier rechtliche Klarheit zu schaffen. Auch wenn das bremische Parlament gegenwärtig keinen Pressespiegel herausgibt, tun dies doch die meisten anderen Landtage mit erheblich größeren Presseabteilungen. Bei der Ausgestaltung der Neufassung des Urheberrechtsgesetzes in diesem Bereich legen die Präsidentinnen und Präsidenten der Landtage Wert darauf, dass sie bei einer gegebenenfalls an die Verleger oder Autoren zu zahlenden Vergütung als nicht kommerzielle Nutzer eingestuft werden. Ich gehe davon aus, dass dieses Thema weiterhin auf der Präsidentenkonferenz im Sinne einer Interessenvertretung der Landesparlamente behandelt wird, nachdem der Bundesgesetzgeber jetzt Regelungen angekündigt hat.

(B) Meine sehr geehrten Damen und Herren, die soeben vorgestellten Entschließungen sind nicht geeignet für Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen. Sie sind, wie gesagt, Anregungen für fachliche und sachliche Diskussionen an Punkten, die alle Landesparlamente gleichermaßen berühren.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss auf ein Seminar aufmerksam machen, das vom 12. bis 13. Oktober 2000 in Speyer stattfindet. Es wird allen, die sich dafür interessieren, bekannt sein, was in Speyer an dieser Verwaltungsakademie seit vielen Jahren passiert. Am 12. und 13. Oktober werden genau die Themen ausführlich beraten, die ich gerade angesprochen habe. Ich darf Ihnen einige Punkte vorlesen, zum Beispiel: „Empfiehl es sich, die Befugnisse des Parlaments im Rahmen von Zielvereinbarungen, Produkthaushalt, Controlling und Budgetierung neu zu regeln?“ Man höre!

Zweiter Punkt: „Empfiehl es sich, die Befugnisse des Parlaments im Rahmen von Auslagerungen und Privatisierungen neu zu regeln?“ Ein dritter Punkt: „Empfiehl es sich, die Befugnisse der Rechnungshöfe in den beiden oben genannten Feldern neu zu regeln?“ und so weiter.

Meine Damen und Herren, das sind Punkte, die alle Landesparlamente berühren und in allen Landesparlamenten diskutiert werden. Wir haben schon viele Kollegen aus der bremischen Finanzverwaltung in Speyer als Referenten gehabt, und zu diesem Seminar ist Staatsrat Professor Dr. Hoffmann eingeladen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, dort hinzugehen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Ich darf nur bitten, Herr Präsident, dass nicht alle fahren, denn wir haben dann hier auch Plenarsitzungen.

(Heiterkeit — Abg. B ü r g e r [CDU]:
Der Präsident befreit uns dann ja!)

Als Nächste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach leichten Geburtswehen können nun hier die Beschlüsse der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente besprochen werden. Wir, die Grünen, möchten gern, dass es in Bremen zu einem normalen Vorgang wird, wie es auch in einigen anderen Landtagen der Fall ist, dass diese Beschlüsse dem Parlament zur Kenntnis gegeben werden und dass es uns frei steht, darüber zu debattieren.

Die Landtagspräsidentinnen und -präsidenten repräsentieren die Landtage, die erste Staatsgewalt in den Bundesländern. Über die Parteigrenzen hinweg haben ihre Aussagen eine wichtige politische Bedeutung in den Bundesländern, und wir sollten die Aussagen gebührend beachten und ihnen auch im politischen Raum den Platz zukommen lassen, der sinnvoll und richtig ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Inhaltlich will ich mich weitgehend den Ausführungen unseres Präsidenten, Herrn Weber, anschließen und aus grüner Sicht einige Ergänzungen machen! Meine Fraktion fühlt sich ermutigt, hier Fragen des Föderalismus verstärkt zu besprechen, und zwar dort, wo sie hingehören, nämlich im Parlament. Unabhängig davon, wer in Bund und Ländern die Regierung stellt, steht derjenige in einem Spannungsverhältnis zwischen den Kompetenzen des Bundes und denen der Länder. Bei der bevorstehenden Reform der föderalen Finanzbeziehungen wird

(C)

(D)

(A) sich in für Bremen existentieller Weise zeigen, ob es gelingt, den Föderalismus zu stärken. Das heißt auch und vor allem, es gibt eine ausreichende Finanzausstattung für alle Bundesländer, auch für die Stadtstaaten, und unter ihnen ein Solidarprinzip. Deshalb ist für Bremen die Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten ein Erfolg.

Wir verstehen diese Erklärung so, dass klar geworden ist, dass es ein Solidarprinzip unter den Bundesländern geben muss und dass dem bösen Gedanken vom Wettbewerbsföderalismus oder, sagen wir einmal, dem Ausgrenzen einzelner Bundesländer eine Absage erteilt wurde. Deshalb ist das ein politischer Erfolg, über den man, denke ich, sich in Bremen auch freuen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wichtig für die parlamentarische Arbeit in Bremen ist die parlamentarische Kontrolle der Reformen im Bereich flexiblere Haushaltsführung, neue Steuerungsmodelle, Kontrolle über die Verlagerung öffentlicher Aufgaben auf Gesellschaften privater Rechtsform und so weiter. Es ist bekannt, dass Bremen hier Vorreiter ist. Den Grünen geht die Vorreiterrolle, das sage ich Ihnen auch, das ist kein Geheimnis, in einigen Punkten zu weit, insbesondere weil die Frage unserer Rechte und Pflichten, die Frage der parlamentarischen Kontrolle dieser Haushaltsreform, der rasanten Entwicklung hinterhängt.

(B)

Wir wissen im Moment nicht ganz genau, und das macht mich auch froh, dass es in anderen Landtagen ähnliche Probleme gibt, wie sich die Rechte des Parlaments im Zusammenhang mit den Haushaltsreformen entwickeln. Wenn man sich zum Beispiel ansieht, welche Mängel in Bremen das Beteiligungscontrolling hat, das gibt es ja jetzt auch über ein Jahr — der Haushaltsausschuss hat sich gerade verabredet, darüber noch neu zu sprechen —, dann ist das ein Hinweis darauf, dass man das Problem hier offen ansprechen muss, und es macht eher Mut, dass es auch in anderen Landtagen als Problem erkannt worden ist.

Der fehlende Bericht zum Beleihungsgesetz ist hier ein weiterer Punkt, an dem man auch sehen kann, dass wir es hier ganz gut nötig haben, uns darüber sehr offen auseinanderzusetzen, was in Bremen verbessert werden kann. Obwohl es eine klare gesetzliche Vorgabe gibt, hier einmal im Jahr einen Bericht vorzulegen, fehlt dieser Bericht immer noch. Er ist jetzt für den Herbst zugesagt, wir wollen einmal sehen, wie es weitergeht. Der Gesellschaftsirrgarten, der in Bremen angerichtet wird, stößt auf unsere Kritik. Auch dazu sagen die Präsidenten, dass bei der Frage der Privatisierung geschaut werden muss, welche Kompetenzen die Parlamente noch haben. Auch dazu gibt es in diesem Haus Bedarf, sich darüber zu verständigen.

Ehe Sie sich gleich sehr stark ärgern, sage ich trotzdem noch einmal einen Satz zum Musical! Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass an der Kritik der Grünen viel mehr daran ist, als die große Koalition so gern an sich heranlassen möchte, dann sind das die unglaublichen Vorgänge im Zusammenhang mit dem Musical. Es wurde einfach ganz klar, dass das Deputationsgesetz, in dem klar geregelt ist, dass die Abgeordneten frühzeitig und ausreichend über alle Probleme, die sich ergeben, informiert werden sollen über die neuen Konstruktionen, die hier in Bremen im Zusammenhang mit der Reform des Haushaltswesens gewählt werden, nicht mehr eingehalten wird. Das ist ein gemeinsames Problem, und da ist die Erklärung der Präsidenten eine Ermütigung, sich dem auch gemeinsam zu stellen.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir glauben auch, dass es sein kann, dass das Parlament mehr Unterstützung braucht im Zusammenhang mit der Frage, welche Rechte und Pflichten wir eigentlich haben und wie sich das Ausschusswesen in Bremen so weiterentwickelt, damit der Haushalts- und Finanzausschuss in die Lage versetzt wird, sich seinen neuen Aufgaben zu stellen. Ob wir dafür jetzt eine neue Stelle bei der Bürgerschaft schaffen müssen, wie das in der Rede von Herrn Weber angeklungen ist, darüber würde ich gern reden. Ich sage aber zu, dass die Grünen sich dafür einsetzen werden, dass es dort zu einer personellen Verstärkung kommt, weil wir glauben, dass das im Gesamtinteresse des Parlaments ist.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Weg, den die Verwaltungsreform in Bremen geht, ist spannend, der Weg in ganz Deutschland ist spannend, er berührt Kernbereiche der Demokratie. Bremen braucht ein selbstbewusstes Parlament. Selbstbewusste Parlamente können ganz entspannt Beschlüsse der Präsidentenkonferenz debattieren, und die Beschlüsse der Präsidenten- und Präsidentinnenkonferenz können dazu etwas beitragen.

Der angekündigte Bericht „Budgetrecht der Parlamente“ kann uns auch hier unsere Arbeit, nämlich unter anderem Kontrolle der Regierung, erleichtern. Ich gehe eigentlich immer noch davon aus, dass die meisten Personen in diesem Haus Spaß daran haben, ihre Arbeit zu machen, und sie auch gern richtig machen wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

(A) Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, Sie haben eben begrüßt, dass wir hier die Beschlüsse der Konferenz der Präsidenten der Landtage vorliegen haben, dem kann ich mich nur anschließen, und Sie haben gesagt, Sie hoffen, dass das zukünftig ein normaler Vorgang wird. Auf der ersten Seite der Vorlage heißt es, der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft übermittelt uns hier die wichtigsten Beschlüsse. Ich finde, wenn wir uns intensiv damit beschäftigen wollen, was denn unsere Landtagspräsidenten und -präsidentinnen diskutieren, sollte man auch einmal die verschiedenen Beschlüsse aufzählen oder Kriterien dafür nennen, wer denn nun herausgefunden hat, was die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz waren. Ich jedenfalls weiß nicht, womit sie sich ansonsten bei dieser Tagung beschäftigt haben.

Es ist ein bisschen schwierig, diese Beschlüsse auch inhaltlich genau nachzuvollziehen, wenn zum Beispiel Bezug genommen wird auf eine Vorlage, die die Präsidentenkonferenz irgendwann im Jahr 1997 beraten hat. Wir schreiben jetzt das Jahr 2000. Frau Linnert hat eben gesagt, dass die Kontrolle des Parlaments manchmal der rasanten Entwicklung unserer Haushaltsgesetze hinterherhinkt. Hier glaube ich, dass die Beschlüsse, die uns jetzt übermittelt werden, auch dieser rasanten Entwicklung hinterherhinken. Es wird von der Präsidentenkonferenz das neue Haushaltsgrundsatzgesetz begrüßt. Das ist allerdings schon zum 1. Januar 1998 beschlossen worden. Die Länder indes sind gehalten, zum 1. Januar 2001 ihr Haushaltsrecht zu verändern, wir in Bremen haben das schon längst getan.

(B) Wenn ich einige dieser Anregungen lese, dann kann ich nur feststellen, wir sind auf einem guten Weg in Bremen. Hier wird vorgeschlagen, man könnte zum Beispiel Controlling-Berichte und zeitnahe Berichtspflichten einführen, um die Kontrolle auch der Parlamentarier und die Mitwirkung zu verbessern. Ich glaube, wir werden zurzeit überhäuft mit Controlling-Berichten im Haushaltsausschuss. Ich glaube, die Kritik von Frau Linnert eben bezieht sich nicht darauf, dass wir sagen, diese Controlling-Berichte sind nicht in Ordnung, sondern sie haben mittlerweile auch eine Quantität, die natürlich doch auch viele Fragen aufwirft. Wir haben in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses schon gemeinsam verabredet, dass wir über alle Fraktionen hinweg uns auch verständigen wollen, in welcher Form wir denn Controlling auch durch den Haushaltsausschuss begleiten wollen, und das Beteiligungs-Controlling spielt da eine ganz große Rolle. Ich glaube, wir sind in Bremen da wirklich auf dem guten Weg.

Ich schließe auch nicht aus, dass wir dazu kommen werden, dass wir eine Begleitung dieses Controllings auch durch dieses Haus organisieren müssen. Ich habe aber diese Beschlüsse oder diese

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Drucksache erst einmal nicht so verstanden, dass das jetzt zwingend ein Appell dafür sein muss, dass wir hier das Personal im Haus der Bürgerschaft verstärken. Ich denke, der geeignete Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, wäre dann im Rahmen der nächsten Haushaltsberatung oder aber, wenn wir genau wissen, welche Instanzen oder welche Gremien wir auch mit diesen Controlling-Instrumenten beauftragen wollen.

Ansonsten denke ich, dass wir gerade auch als Haushaltsgesetzgeber eher den Wünschen der Bürgerschaft, des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, aber auch den Wünschen des Direktors bei der letzten Haushaltsaufstellung gerecht geworden sind, denn für ein bisschen personelle Verstärkung haben wir da immerhin schon gesorgt.

Ich fände es noch interessant, wenn wir zum Beispiel, auch in Punkt sechs ist es erwähnt, zur Reform des Haushaltsrechts, zu der die Präsidentenkonferenz eine Arbeitsgruppe beauftragt hat, jetzt die Erfahrung mit dem Budgetrecht aus allen Bundesländern zusammentragen. Ich glaube, das wäre dann sicherlich auch eine geeignete Grundlage, auf der wir hier im Parlament das auch diskutieren sollten, indem uns das einmal übermittelt wird, und darum würde ich den Vorstand herzlich bitten, das auch zu tun, welche Erfahrungen es auch in den Ländern gibt.

(D) Wir wissen jetzt aus unseren Erfahrungen, wir erleben tagtäglich, dass das ein dynamischer Prozess ist, wir sehen die Schwachstellen, wir sehen aber auch, wo es gut funktioniert. Was uns einfach auch fehlt, ist die Vergleichbarkeit mit anderen Ländern. Das mag sicherlich nicht immer einfach sein, da wir hier ein Stadtstaat sind und nicht immer mit anderen Ländern zu vergleichen sind, aber ich glaube, es wäre sehr hilfreich, wenn uns dann auch dieses Werk, und das bitte in seiner Gänze und nicht nur in Auszügen, zur Verfügung gestellt werden könnte. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Lob an den Vizepräsidenten, dass er sofort erkannt hat, dass am 12. Oktober des Jahres 2000 eine Bürgerschaftssitzung stattfindet! Eigentlich müsste man auch von dem Direktor der Bürgerschaft und dem Präsidenten erwarten, dass sie nicht einen Vorschlag machen, dass alle Abgeordneten zu einer Veranstaltung gehen zu dem Zeitpunkt, an dem hier eine Bürgerschaftssitzung stattfindet.

(Beifall bei der CDU)

(A) Die Mitteilung des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft gibt die Möglichkeit, tiefe Einblicke in die Tätigkeiten der Konferenz der Landtagspräsidenten zu nehmen. Wir sehen, über welche Themen zumindest ausschnittsweise sich die Präsidenten der Landtage unterhalten. Der unbefangene Betrachter fragt sich natürlich, warum gerade diese Mitteilung des Vorstandes über die Präsidentenkonferenz uns erreicht. Böse Zungen könnten jetzt behaupten, vielleicht ist bei den vorherigen Sitzungen der Präsident nicht dabei gewesen. Deswegen hätte es keine Möglichkeit gegeben, gemeinsame Beschlüsse vorzulegen. Aber das würden nur böse Zungen behaupten.

(Präsident W e b e r : Ich kann das aufklären!)

Es gibt eine lange Tradition, dass die Beschlüsse, die die Präsidentenkonferenzen fassen, an die Fraktionen weitergeleitet werden und dass innerhalb der Fraktionen dann diese beraten werden oder in die entsprechenden Ausschüsse gegeben werden. Ich denke, an dieser Tradition sollten wir auch festhalten.

(B) Wir könnten uns doch jetzt einmal fragen, was uns der Absender sagen will. In der Mitteilung sind auch die Bereiche des elektronischen Pressespiegels und der Pressearchive der Parlamente, der Präsident hat eben dazu schon etwas gesagt, und die Berichtspflicht der Landesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung angesprochen worden. Das ist ein interessanter Punkt! Das ist deswegen ein interessanter Punkt, weil die Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente der Auffassung ist, dass die Berichtspflicht der Landesregierung zur akustischen Wohnraumüberwachung sowohl den präventiven Bereich polizeilicher Tätigkeit als auch den repressiven Bereich der Strafverfolgung umfasst.

Wenn nun unser Präsident das mitbeschlossen hat, dann fasse ich dies als Hinweis auf, dass sich der Präsident für den präventiven Bereich polizeilicher akustischer Wohnraumüberwachung ausspricht,

(Beifall bei der CDU)

denn ohne diese Durchführung würde eine Berichtspflicht ja keinen Sinn machen.

Nun zu den übrigen Punkten: Wettbewerb in einem solidarischen Staatswesen, Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus, Reform des Haushaltsrechts! Meine beiden Vorredner haben schon gesagt, dass in dieser Bürgerschaft diese Themen häufiger debattiert wurden. Wir haben sie auch in den verschiedensten Ausschüssen beraten, so im Haushaltsausschuss und im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss.

Ich verstehe diese Mitteilung des Vorstands so, dass die Präsidenten der Landesparlamente sich in

den Diskussionsprozess einbringen wollten, obwohl, so kann man in den Unterlagen, die den Fraktionen zugeleitet wurden, lesen, die Sie wahrscheinlich aber alle nicht haben, aber hätten einsehen können, die von den Direktoren erarbeiteten Papiere bisher nicht beschlossen wurden. Das ist also die Grundlage! Papiere, die nicht beschlossen sind, sind die Grundlage einer Mitteilung des Vorstands.

Unser Präsident weiß, sage ich bewusst, dass seine Parlamentarier dieses Thema mit großer Intensität bereits beraten, und insofern ist dieses Parlament selbstbewusst genug, dass es keines Anstoßes bedarf durch die Konferenz der Präsidenten und Präsidentinnen der Länderparlamente. Bei diesem Thema sind offensichtlich andere Parlamente noch nicht so weit wie wir. Wir sind im Umgang miteinander — auch mit der Opposition — in diesen Fragen sehr weit gekommen und tauschen uns hier sehr offen miteinander in den verschiedensten Gremien aus. Ich glaube nicht, dass in allen Landesparlamenten es so selbstverständlich ist, in diesen Fragen im Vorfeld und in laufenden Beratungen die Opposition einzubeziehen.

(Beifall bei der CDU)

Dass die Opposition hin und wieder eine andere Auffassung zu den Themen hat, ist völlig in Ordnung. Sie würden Ihrer Rolle als Opposition auch nicht nachkommen, wenn das nicht so wäre. Aber Sie können uns, den Christdemokraten und Sozialdemokraten, nicht vorwerfen, dass Sie in dieser Debatte nicht von uns entsprechend einbezogen und informiert wurden und wir uns mit Ihnen nicht oftmals und auch sehr konstruktiv austauschen.

In der Mitteilung des Vorstands der Bürgerschaft und in den Beschlüssen der Präsidentenkonferenz steht, und das wurde auch bei meinen Vorrednern deutlich, nichts Neues. Alles das, was darin steht, ist bekannt, alles das, was darin steht, ist hier oftmals und lange beraten worden, so dass der Neuigkeitswert dieser Mitteilung nicht besonders hoch ist.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum habt ihr euch dann so aufgeregt?)

Zur Reform des Haushaltsrechts wird gesagt, die Präsidentenkonferenz weist auf die Gefahren hin, die von einer Flexibilisierung für das Gebot der Haushaltsklarheit und für die Kontrollrechte der Rechnungshöfe ausgehen. Also, meine Damen und Herren,

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das war Frau Lin- nert bis dahin nicht klar!)

ich wollte jetzt gerade sagen, Herr Teiser, dass wir hier schon die Gefahr erkannt haben. Wir sind schon

(C)

(D)

(A) ein bisschen weiter, indem wir dabei sind, kräftig dabei sind, die Gefahren abzustellen.

Ein letzter Punkt! Herr Präsident, Sie haben uns eben gesagt, dass Sie für Ihr Haus, die Bürgerschaft, mehr Personal haben möchten. Ich kann mich erinnern, dass wir vor nicht allzu langer Zeit Haushaltsberatungen hatten. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Direktor oder der Präsident der Bürgerschaft im Rahmen dieser Haushaltsberatungen die Parlamentarier gebeten hätte, zu diesem Punkt den Personalschlüssel auszuweiten. Dies war nicht Bestandteil der Haushaltsberatungen, und da ich Berichterstatter für die Bürgerschaft bin, kann ich mich daran sehr genau erinnern.

Der Ansatz, hier etwas zu tun, ist ja nicht falsch. Aber ich kann den Vorwurf nicht ersparen, wenn der Präsident zwei oder drei Monate nach den Haushaltsberatungen kommt und Personal einfordert. Das hätte im Rahmen der Haushaltsberatungen geschehen müssen, denn sonst würde es demnächst jedem Senator auch möglich sein, seinen Personalschlüssel auszuweiten. Das kann nicht richtig sein.

Ich komme zum Anfang zurück. Lassen Sie uns lieber, Herr Präsident, die alte Tradition fortsetzen, indem nicht, auf den Zwischenruf von Herrn Pflugradt eingehend, sich in diesem Hause eine vierte Fraktion bildet, sondern dass das, was im Vorstand der Bürgerschaft beraten wird, in die Fraktionen gegeben wird. Wir können dann entsprechend auch die Beratungen gemeinsam in diesem Haus führen.

(B)

Sie sind der von uns gewählte Präsident, und damit haben Sie auch eine gewisse Verantwortung. Ihre Aufgabe sollte es sein, mit Ihren Unterlagen die Fraktionen zu unterstützen und Prozesse mit anzustoßen, die dann innerhalb der Fraktionen weiter beraten werden. Ich bin ja auch schon ein paar Jahre im Parlament und kann mich nicht daran erinnern, dass es jemals solche Mitteilung des Vorstands der Bürgerschaft gegeben hat. Deswegen macht man sich so, wenn es dann plötzlich eine solche gibt, seine Gedanken. — Danke sehr!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Schrörs, ich finde, das geht ein bisschen weit. Wenn der von uns hier einstimmig gewählte Vorstand dem Parlament Vorlagen zuleitet, meine Information ist

es, dass es sich um einen einstimmigen Vorstandsbeschluss gehandelt hat, dann finde ich das nicht in Ordnung — —.

(C)

(Abg. **Eckhoff** [CDU]: Einstimmig nicht!)

Der Vorstand ist hier vom Parlament gewählt worden, er ist eingesetzt worden, er hat eine bestimmte Funktion. Er hat zum Beispiel eine andere Funktion als die Fraktionsvorsitzenden. Ich werde mich nicht daran beteiligen, hier im Parlament eine Politik zu machen, die gegen den Vorstand gerichtet ist, die versucht, Mehrheitsentscheidungen des Vorstandes hier im Parlament zu politisieren, aus welchen Interessen auch immer.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich akzeptiere und achte die Beschlüsse des Vorstands. Wir können auch einmal darüber reden, wie das in der letzten Legislaturperiode gewesen ist und wer da aus welchen Gründen wie geknirscht hat. Trotzdem haben die Grünen immer klar gemacht, dass sie solidarisch zu unserem Präsidenten hier stehen, der das Parlament insgesamt repräsentieren soll, und zu den Beschlüssen des Vorstands. Ich werde das nicht mitmachen, hier zu versuchen, über die Fraktionsvorstände in die Politik des Vorstands hineinzuregieren.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

Sehr geehrte Damen und Herren, nachdem ich so freundlich gelobt worden bin, mache ich Ihnen den Vorschlag, dass wir die Tagesordnungspunkte 41, Schnelle Zugverbindungen, und 42, Lokale Agenda 21, für die heutige Sitzung aussetzen.

Gibt es dazu Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Dann schließe ich die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Schluss der Sitzung 17.47 Uhr)